



STADT KAMEN

12345

67890

67890

Neues

Kommunales

Finanzmanagement

Gesamtabschluss 2013 und
Gesamtlagebericht 2013

Inhaltsverzeichnis

Gesamtabschluss 2013	Seite
Gesamtergebnisrechnung	1
Gesamtbilanz zum 31.12.2013	2
Gesamtanhang	3 - 30
1. Allgemeine Hinweise	3
2. Angaben zum Konsolidierungskreis	3
3. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden	5
4. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	7
5. Erläuterung zur Gesamtbilanz	9
5.1. - Erläuterungen zu den Aktiva	9
5.2. - Erläuterungen zu den Passiva	16
6. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	20
7. Sonstige Angaben	25
7.1. - Mitarbeiter	25
7.2. - Derivative Finanzinstrumente	25
7.3. - Noch nicht erhobene Beiträge aus fertig gestellten Erschließungsmaßnahmen	26
7.4. - Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	26
8. Anlagen- und Sonderpostenspiegel	27
9. Forderungs- und Verbindlichkeitsspiegel	28
10. Konzernkapitalflussrechnung	29
Gesamtlagebericht	31 - 64
1. Vorbemerkungen	31
2. Betätigungsfelder des „Konzerns Stadt Kamen“	31
3. Darstellung der Vermögens-, Schulden- und Ertragslage	32
3.1. - Vergleich Gesamtbilanz 2013 mit Vorjahr	32
3.2. - Vergleich Gesamtergebnisrechnung 2013 mit Vorjahr	34
4. Ausblick auf die zukünftige Entwicklung	36
4.1. - Ergebnisorientierte Betrachtung	36
4.2. - Liquiditätsorientierte Betrachtung	38
4.3. - Prognose	41
5. Nachtragsbericht	41
6. Risikoberichterstattung	41
7. NKF - Kennzahlenset NRW 2013	44
8. Angaben zu den Ratsmitgliedern und zum Verwaltungsvorstand	51
Beteiligungsbericht	65 - 171

Stadt Kamen
Gesamtergebnisrechnung 2013

	Gesamtabschluss 2013	Gesamtabschluss 2012
1 Steuern und ähnliche Abgaben	41.592.630,92	38.475.967,46
2 + Zuwendungen und allg. Umlagen	28.503.793,38	32.084.941,66
3 + Sonstige Transfererträge	2.590.823,34	2.412.950,22
4 + Ö-rechtl. Leistungsentgelte	22.964.585,78	22.686.789,90
5 + P-r Leistungsentgelte	967.951,73	993.331,73
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.034.542,37	2.948.009,27
7 + Sonstige ordentliche Erträge	4.893.843,12	27.362.433,32
8 + Aktivierte Eigenleistungen	351.157,36	308.569,06
9 +/- Bestandsveränderungen	0,00	61.791,72
10 = Ordentliche Gesamterträge	104.899.328,00	127.334.784,34
11 - Personalaufwendungen	24.076.957,84	41.188.861,65
12 - Versorgungsaufwendungen	2.806.428,19	2.682.141,47
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.512.110,91	28.095.064,88
14 - Bilanzielle Abschreibungen	12.886.528,59	15.443.374,14
15 - Transferaufwendungen	44.795.403,42	43.013.301,80
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	6.112.382,88	8.583.255,86
17 = Ordentliche Gesamtaufwendungen	111.189.811,83	139.005.999,80
Ordentliches Gesamtergebnis		
18 = (= Zeilen 10 und 17)	-6.290.483,83	-11.671.215,46
19 + Finanzerträge	96.522,41	125.825,53
20 - Finanzaufwendungen	3.975.327,41	4.232.393,66
21 + Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	1.218.594,34	1.058.674,56
22 = Gesamtfinanzergebnis (= Zeilen 19 bis 21)	-2.660.210,66	-3.047.893,57
23 = Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (= Zeilen 18 und 22)	-8.950.694,49	-14.719.109,03
24 + Außerordentliche Erträge	17.829.533,19	149.052,34
25 - Außerordentliche Aufwendungen	0,00	15.147.958,02
26 = Außerordentliches Gesamtergebnis (= Zeilen 24 und 25)	17.829.533,19	-14.998.905,68
27 = Gesamtjahresergebnis (= Zeilen 23 und 26)	8.878.838,70	-29.718.014,71
28 Davon: anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis *)	702,00	8.492,33
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage		
29 + Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	79.541,81	0,00
30 + Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0,00	0,00
31 - Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenstände	385.921,54	0,00
32 - Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0,00	0,00
33 = Verrechnungssaldo	306.379,73	0,00

*) Anteil der Gemeinde Bönen am Jahresergebnis des VHS-Zweckverbandes

Gesamtbilanz zum 31.12.2013					Passiva	
Aktiva					31.12.2012	
					€	T€
1 Anlagevermögen					1 Eigenkapital	
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände					1.1 Allgemeine Rücklage	68.553.540,35
1.1.1 Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0	1.2 Sonderrücklagen	0,00
1.1.2 Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände		647.478,61		594	1.3 Ausgleichsrücklage	0,00
			647.478,61	594	1.4 Gesamtergebnis	8.878.838,70
1.2 Sachanlagen					1.5 Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	-350.939,67
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte						77.081.439,38
1.2.1.1 Grünflächen	22.480.077,20			22.726		66.562
1.2.1.2 Ackerland	6.664.518,27			6.516		
1.2.1.3 Wald, Forsten	1.044.179,12			1.023		
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	8.622.931,95			8.796		
		38.811.706,54		39.061		
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte						
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	1.544.744,03			1.588		
1.2.2.2 Schulen	71.797.617,54			72.728		
1.2.2.3 Krankenhäuser	0,00			0		
1.2.2.4 soziale Einrichtungen	0,00			0		
1.2.2.5 Wohnbauten	385.065,71			390		
1.2.2.6 Sonstige Dienst-, Geschäfts und Betriebsgebäude	43.324.526,02			58.543		
		117.051.953,30		133.249		
1.2.3 Infrastrukturvermögen						
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	26.797.545,90			26.804		
1.2.3.2 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	78.497.071,41			77.009		
1.2.3.3 Brücken und Tunnel	6.779.299,46			6.913		
1.2.3.4 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	90.286.565,15			94.910		
1.2.3.5 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	5.797.967,40			5.968		
		208.158.449,32		211.604		
1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden		196.296,99		236		
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler		399.802,42		349		
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge		3.683.905,58		4.765		
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung		3.465.593,95		4.927		
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau		5.757.268,85		4.233		
		377.524.976,95		398.424		
1.3 Finanzanlagen						
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen		79.114,59		79		
1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen		24.034.092,46		18.045		
1.3.3 Beteiligungen		3.867.548,23		3.868		
1.3.4 Sondervermögen		0,00		0		
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens		0,00		0		
1.3.6 Ausleihungen						
1.3.6.1 an verbundene Unternehmen	0,00			0		
1.3.6.2 an Beteiligungen	0,00			0		
1.3.6.3 an Sondervermögen	0,00			0		
1.3.6.4 Sonstige Ausleihungen	67.319,63			80		
		67.319,63		80		
		28.048.074,91		22.072		
		406.220.530,47		421.090		
2 Umlaufvermögen						
2.1 Vorräte						
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	1.796.379,41			2.751		
2.1.2 Unfertige Leistungen	0,00			469		
2.1.3 Geleistete Anzahlungen	0,00			0		
		1.796.379,41		3.220		
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	6.686.533,12			6.408		
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	398.237,33			3.600		
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	481.957,71			1.519		
		7.566.728,16		11.527		
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens		0,00		0		
2.4 Liquide Mittel		5.052.273,67		1.587		
		14.415.381,24		16.334		
3 Aktive Rechnungsabgrenzung			751.288,26	710		
4 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			0,00	0		
Summe			421.387.199,97	438.134	Summe	421.387.199,97
						438.134

Stadt Kamen

Gesamtanhang 2013

1. Allgemeine Hinweise

Der vorliegende Gesamtabchluss wurde gemäß den gesetzlichen Vorschriften der Gemeindeordnung (GO NRW) und der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) aufgestellt. Ebenso wurden ergänzende Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), sofern diese anzuwenden waren, berücksichtigt.

Für den Konzernabschluss entspricht das Haushaltsjahr/Geschäftsjahr der einbezogenen Unternehmen und Sondervermögen dem jeweiligen Kalenderjahr. Die assoziierten Unternehmen wurden jeweils mit dem letzten Jahresabschluss gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V.m. § 312 Abs. 6 HGB einbezogen.

2. Angaben zum Konsolidierungskreis

Gemäß § 116 Abs. 2 GO NRW hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbstständigten Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher und privat-rechtlicher Form zu konsolidieren. Als Konsolidierung wird die Einbeziehung eines Unternehmens in den Konzernabschluss bezeichnet.

Verselbstständigte Aufgabenbereiche (kurz: vAB), die für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage von untergeordneter Bedeutung sind, müssen nach § 116 Abs. 3 GO NRW nicht einbezogen werden. Die untergeordnete Bedeutung lässt sich auf verschiedene Weise ermitteln. Für die Stadt Kamen wurden hierzu die Bilanzen und Ergebnisrechnungen der einzelnen Organisationen ins Verhältnis zu der Gesamtsumme der Bilanzen und Ergebnisrechnungen aller vAB gesetzt. Als Maßstab ist ein Schwellenwert von 5 % festgesetzt worden. Wurde dieser Prozentsatz überschritten, sind die Unternehmen in den Gesamtabchluss einbezogen worden. Außerdem darf der Anteil der nicht einzubeziehenden Unternehmen / vAB in Summe ebenfalls den Wert von 5 % nicht überschreiten (sog. doppeltes Minimumprinzip).

Die Art der Einbeziehung hängt von den nachstehenden Voraussetzungen ab:

➤ Vollkonsolidierung:

Gemäß § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. §§ 300, 301, 303-305 und §§ 307-309 HGB sind vAB in öffentlich-rechtlichen Organisationsformen voll zu konsolidieren. Das gilt auch für Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts unter einheitlicher Leitung oder beherrschendem Einfluss der Gemeinde. Ein beherrschender Einfluss liegt vor, wenn nachfolgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- o die Gemeinde hat die Mehrheit der Stimmrechte,
- o der Gemeinde steht das Recht zu, die Mehrheit der Mitglieder des Verwaltungs-, Leitungs- oder Aufsichtsorgans zu bestellen oder abzuwählen und sie ist gleichzeitig Gesellschafterin oder
- o der Gemeinde steht das Recht zu, einen beherrschenden Einfluss auf Grund eines mit dem Unternehmen geschlossenen Beherrschungsvertrags oder aufgrund einer Satzungsbestimmung dieses Unternehmens auszuüben.

Bei der Vollkonsolidierung werden die Gesellschaften mit ihren gesamten Jahresabschlüssen einbezogen.

➤ Equity-Methode:

Gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. §§ 311 und 312 HGB sind vAB unter maßgeblichen Einfluss (assoziierte Unternehmen) der Gemeinde „at Equity“ zu konsolidieren. Bei der Equity-Methode werden die Beteiligungen über die Fortführung des bereits vorhandenen Beteiligungswertes der Stadt anhand des der Gemeinde zuzuordnenden anteiligen Eigenkapitals des Unternehmens einbezogen.

➤ At-cost-Methode:

Beteiligungen, die von untergeordneter Bedeutung sind, werden mit ihren Anschaffungskosten „einbezogen“. Dies schließt die Einbeziehung der Jahresabschlüsse und die Anpassung der bereits vorhandenen Beteiligungswerte (der Stadt) aus.

Aus den zuvor genannten gesetzlichen Voraussetzungen ist nachstehender Konsolidierungskreis entstanden.

Neben der Stadt als sog. Mutterunternehmen wurden die folgenden zwei Unternehmen vollkonsolidiert:

Name des Unternehmens	Sitz des Unternehmens	Effektive Beteiligungsquote
Stadtentwässerung Kamen (Sondervermögen)	Kamen	100,00 %
Volkshochschulzweckverband Kamen-Bönen	Kamen	66,66 %

Ausschlaggebend für die Einbeziehung der Volkshochschule in den Vollkonsolidierungskreis war das negative Eigenkapital der Tochter, welches für die Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich ist.

Aufgrund der Einbringung der Hellmig-Krankenhaus Kamen GmbH sowie zusätzlicher städtischer Vermögensgegenstände und Schulden (hier: Sonderposten) in die Klinikum Westfalen GmbH (kurz: KW GmbH) zum 01.01.13 waren die Voraussetzungen für eine Einbeziehung in den Konzernabschluss nicht mehr erfüllt. Aus den zuvor genannten Gründen war das Unternehmen zu entkonsolidieren.

Im Gegenzug war nunmehr die Einbeziehung der neuen Beteiligung an der KW GmbH zu prüfen. Als Ergebnis wurde festgestellt, dass die Stadt Kamen gem. § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. §§ 311 und 312 HGB einen maßgeblichen Einfluss auf die KW GmbH ausübt, sodass die KW GmbH als assoziiertes Unternehmen gemäß der Equity-Methode in den Konzernabschluss einzubeziehen ist.

Insofern wurden nachfolgende Unternehmen nach der Equity-Methode in den Gesamtabschluss einbezogen:

Name des Unternehmens	Sitz des Unternehmens	Effektive Beteiligungsquote
GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen	Kamen	42,00%
Klinikum Westfalen GmbH	Dortmund	20,10 %

Folgende Organisationen wurden aufgrund der untergeordneten Bedeutung nach der „at-cost-Methode“ in den Gesamtabchluss einbezogen:

Name des Unternehmens	Sitz des Unternehmens	Effektive Beteiligungsquote
Kamener Betriebsführungs-gesellschaft mbH	Kamen	100,00 %
Technopark Kamen GmbH	Kamen	55,69 %
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	Kamen	8,07 %
Antenne Unna Betriebsgesellschaft GmbH & Co	Dortmund	2,47 %
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	Unna	5,56 %
Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH	Unna	11,00 %

3. Angaben zu den Konsolidierungsmethoden

Bei der Vollkonsolidierung werden die Einzelabschlüsse der Töchter und der Mutter zu einer Summenbilanz und -ergebnisrechnung summiert. Hierbei werden ebenso Vermögensgegenstände und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen, die zwischen den Organisationen entstanden sind, in den Konzern einbezogen. Der Gesamtabchluss bildet jedoch die Sichtweise einer wirtschaftlichen Einheit ab, innerhalb derer es keine konzerninternen Leistungsbeziehungen gibt.

Die **Kapitalkonsolidierung** wurde auf Grundlage der Neubewertungsmethode gemäß § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 301 Abs. 1 S. 2 und 3 HGB durchgeführt. Bei der Kapitalkonsolidierung erfolgt die Verrechnung des Beteiligungsbuchwertes der konsolidierten Töchter mit dem Neubewerteten Eigenkapital der Töchter zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. In dem vorliegenden Gesamtabchluss erfolgte die Verrechnung auf Grundlage der Wertansätze zum Erstkonsolidierungszeitpunkt.

Dafür sind im ersten Schritt die Bilanzen der Töchter auf stille Reserven und Lasten hin zu untersuchen. In dem vorliegenden Gesamtabchluss sind bei der Vollkonsolidierung grundsätzlich aktivische Unterschiedsbeträge entstanden. Um mögliche stille Reserven aufzudecken, ist vor allem bei dem langfristigen Anlagevermögen eine Neubewertung durchzuführen.

Bei den voll konsolidierten Töchtern verfügt nur die Stadtentwässerung Kamen (SEK) im Hinblick auf das Kanalvermögen über langfristiges Anlagevermögen. Eine Neubewertung wurde seitens der Stadtentwässerung bereits vor einiger Zeit in Auftrag gegeben. Da bislang noch keine Ergebnisse vorliegen und die Betriebsleitung davon ausgeht, dass im Rahmen der Neubewertung keine wesentlichen stillen Reserven im Kanalvermögen festgestellt werden, wurde von einer Umbewertung im Gesamtabchluss abgesehen. Der aktivische Unterschiedsbetrag ist somit in voller Höhe als Geschäfts- und Firmenwert anzusehen.

Die **Schuldenkonsolidierung** erfolgte nach § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 303 Abs. 1 HGB durch Verrechnung der Forderungen mit den entsprechenden Verbindlichkeiten, die zwischen den voll konsolidierten Organisationen innerhalb des Haushalts-/ Geschäftsjahres entstanden sind.

Die **Aufwands- und Ertragskonsolidierung** wurde auf Grundlage des § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 305 Abs. 1 HGB durchgeführt und beinhaltet die Eliminierung der zwischen den vollkonsolidierten Unternehmen entstandenen Erträge und Aufwendungen.

Die **assoziierten Unternehmen** wurden gemäß § 50 Abs. 3 GemHVO NRW i. V. m. § 312 Abs. 1 HGB in der Konzernbilanz mit dem Buchwert angesetzt, welcher auf Grundlage der Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung (01.01.10 bzw. 01.01.13) ermittelt wurde. Die Jahresabschlüsse der **assoziierten Unternehmen** wurden nicht an die konzerneinheitlichen Methoden angepasst, sondern es wurden deren Bewertungsmethoden gem. § 312 Abs. 5 HGB beibehalten.

Bei der Einbeziehung der Klinikum Westfalen GmbH zum 01.01.13 hat sich ein passiver Unterschiedsbetrag in Höhe von 1.947.406,96 € ergeben. Dieser ist größtenteils durch die Unternehmenszusammenschlüsse und den damit verbundenen höheren Vermögenswerten entstanden, an denen der „Konzern Stadt Kamen“ partizipiert. Aus diesem Grund wurde er erfolgsneutral mit dem Eigenkapital verrechnet.

Von einer **Zwischenergebniseliminierung** wurde gemäß § 50 Abs. 1 und 2 GemHVO NRW i. V. m. § 304 Abs. 2 HGB abgesehen, da Lieferungen und Leistungen zwischen der Konzernorganisation/assoziierten und voll konsolidierten Unternehmen zu üblichen Marktbedingungen vorgenommen wurden. Die Ermittlung der Wertansätze erfordert einen unverhältnismäßig hohen Aufwand und ist für die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzgesamtlage von untergeordneter Bedeutung.

Mangels bestehender rechtlicher Grundlagen, wurde die **Entkonsolidierung** des Krankenhausbetriebs gemäß den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung sowie den internationalen Rechnungslegungsvorschriften vorgenommen.

Hierbei wurden die zuvor vollkonsolidierten Vermögensgegenstände und Schulden des Krankenhausbetriebs auf Grundlage der Wertansätze im Konzern (Stand 31.12.12) erfolgswirksam zum 01.01.13 ausgebucht. Darüber hinaus wurden die in 2012 eliminierten Forderungen und Verbindlichkeiten hinsichtlich des Krankenhausbetriebs, die seitens des Konzerns zum 01.01.13 nunmehr gegenüber der Klinikum Westfalen GmbH bestanden, wieder eingestellt. Als Veräußerungserlös wurde der ehemalige Beteiligungsbuchwert der Hellmig-Krankenhaus-Kamen GmbH erfolgswirksam angesetzt. Die damalige Verrechnung des Geschäfts- und Firmenwertes mit dem Eigenkapital in Höhe von 383.101,94 € wurde beibehalten.

4. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entsprechend des Grundsatzes des einheitlichen Ausweises wurden die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Stadt Kamen auf die Einzelabschlüsse der voll zu konsolidierenden Organisationen angewandt. Ein gesonderter Ausweis von Vermögensgegenständen und Schulden hat nicht stattgefunden. Ebenso sind vom NKF abweichende Bewertungsmethoden gemäß § 308 Abs. 2 S. 3 HGB beibehalten worden, sofern diese unwesentlich bzw. von untergeordneter Bedeutung waren. Auf gegebenenfalls notwendige Anpassungen wird in den nachstehenden Erläuterungen bei den jeweiligen Positionen Bezug genommen. Für das einbezogene assoziierte Unternehmen wurden die Bewertungsmethoden gemäß § 312 Abs. 5 HGB beibehalten.

Nachfolgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden waren für die Aufstellung des Gesamtabchlusses maßgebend.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu ihren Anschaffungskosten aktiviert und sofern sie der Abnutzung unterliegen, entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die aus der Kapitalkonsolidierung entstandenen **Geschäfts- und Firmenwerte** wurden mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und wird, sofern es der Abnutzung unterliegt, um planmäßige Abschreibungen vermindert. Die Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer linear und zeitanteilig im Jahr des Zugangs abgeschrieben.

Gleichartige bzw. annähernd gleichwertige bewegliche Vermögensgegenstände werden zu einer Gruppe zusammengefasst und mit einem gewogenen Durchschnitt aktiviert. Für Lehrmittel und Medien im Schulbereich sowie für den Bücherbestand in der Stadtbibliothek wurde ein Festwert angesetzt.

Geringwertige Anlagegüter ab einem Nettowert von 60,00 Euro bis zu einem Nettowert von 410,00 Euro werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben; ihr sofortiger Abgang wird unterstellt. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen grundsätzlich zeitanteilig im Jahr des Zugangs.

Bei den **Finanzanlagen** werden die Anteilsrechte zu Anschaffungskosten bzw. niedrigeren beizulegenden Werten angesetzt. Die **sonstigen Ausleihungen** werden bei Verzinslichkeit der Forderung mit ihrem Nominalwert und bei Unverzinslichkeit mit dem Barwert angesetzt.

Die Zugänge bei den Beteiligungen aus assoziierten Unternehmen enthalten saldiert neben erworbenen Anteilen auch Einlagen und anteilige Jahresüberschüsse.

Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 Abs. 3 Satz 1 GO NRW sowie aus Wertveränderungen aus Finanzanlagen sind unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen.

Bei den **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, Waren** ist grundsätzlich eine Bewertung mit den Anschaffungskosten erfolgt. Soweit die Tagespreise zum Bilanzstichtag niedriger waren, kamen diese zum Ansatz. Der „zum Verkauf bestimmte Grund und Boden“ wird ebenfalls bei den Waren ausgewiesen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert angesetzt. Allen risikobehafteten Posten ist durch Bildung einer angemessenen Einzelwertberichtigung Rechnung getragen; das allgemeine Kreditrisiko ist durch pauschale Abschläge berücksichtigt.

Ausgaben vor dem Bilanzstichtag werden als **Rechnungsabgrenzungsposten** aktiviert, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Der auf der Passivseite ausgewiesene **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter** entspricht dem auf die Gemeinde Bönen entfallenden Anteil an dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag der Volkshochschule.

Die **Sonderposten** werden aufgrund eines Zahlungseinganges bzw. per Schenkungs- oder Überlassungsvereinbarung erfasst. Sonderposten für Zuwendungen werden, sofern sie investiv genutzt werden, passiviert und entsprechend der Nutzungsdauer aufgelöst. Konsumtiv verwendete Zuwendungen werden im Jahr des Zahlungseingangs in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Sonderposten für den Gebührenaussgleich werden aufgelöst, wenn die Kostenüberdeckung der kostenrechnenden Einrichtung gebührenmindernd in der Kalkulation berücksichtigt wird.

Der Passivierungsbetrag der **Pensionsrückstellungen** wird nach anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik auf Basis der Heubeck Richttafeln 2005 G unter Zugrundelegung der Berechnung der kwv – Kommunale Versorgungskassen Westfalen-Lippe - mit einem Rechnungszinsfuß von 5,0 % ermittelt.

Instandhaltungsrückstellungen von Sachanlagen werden passiviert, wenn die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und bis zum Bilanzstichtag als unterlassen bewertet werden muss.

Die **sonstigen Rückstellungen** werden nur gebildet, sofern sie durch Gesetz oder Verordnung zugelassen sind. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verpflichtungen mit den Beiträgen, die nach vernünftiger Beurteilung erforderlich sind.

Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

In den Einzelabschlüssen der Töchter enthaltene Verbindlichkeiten für den Gebührenaussgleich wurden gemäß den Vorschriften des NKF (§ 43 Abs. 6 GemHVO NRW) den Sonderposten zugeordnet.

Einnahmen werden als **passive Rechnungsabgrenzungsposten** angesetzt, sofern sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach dem Abschlussstichtag darstellen.

5. Erläuterung zur Gesamtbilanz

5.1. Erläuterungen zu den Aktiva

Position 1 Anlagevermögen

Position 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Software	406.638,10	335.308,88
Grunddienstbarkeiten	240.839,51	240.339,51
Lizenzen	1,00	1,00
Sonstige	0,00	18.089,00
Summe	647.478,61	593.738,39

Position 1.2 Sachanlagen

Position 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Position 1.2.1.1 Grünflächen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Grund und Boden	19.033.549,56	19.033.117,56
Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	3.446.527,64	3.692.994,33
Summe	22.480.077,20	22.726.111,89

Position 1.2.1.2 Ackerland

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Grund und Boden	6.664.518,27	6.515.987,34
Summe	6.664.518,27	6.515.987,34

Position 1.2.1.3 Wald, Forsten

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Grund und Boden	872.836,97	872.836,97
Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	171.342,15	150.454,94
Summe	1.044.179,12	1.023.291,91

Position 1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Grund und Boden	8.558.155,45	8.731.102,12
Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	64.776,50	65.057,50
Summe	8.622.931,95	8.796.159,62

Position 1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte
Position 1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Grund und Boden	280.987,90	280.987,90
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	1.263.756,13	1.306.829,13
Summe	1.544.744,03	1.587.817,03

Position 1.2.2.2 Schulen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Grund und Boden	13.325.830,88	13.325.830,88
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	58.471.786,66	59.402.195,73
Summe	71.797.617,54	72.728.026,61

Position 1.2.2.5 Wohnbauten

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Grund und Boden	206.276,67	206.276,67
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	178.789,04	183.833,04
Summe	385.065,71	390.109,71

Position 1.2.2.6 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Grund und Boden	6.862.955,08	8.011.112,98
Gebäude, Aufbauten und Betriebsvorrichtungen	36.461.570,94	50.532.179,49
Summe	43.324.526,02	58.543.292,47

Der „Konzern Stadt Kamen“ hat die dem Krankenhausbetrieb zuzuordnenden Grundstücke sowie die darauf errichteten Bauten und technischen Anlagen (ca. 14.162 T€) an die Klinikum Westfalen GmbH gegen Gewährung von Gesellschaftsanteilen übertragen.

Position 1.2.3 Infrastrukturvermögen
Position 1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Grund und Boden	26.797.545,90	26.803.673,19
Summe	26.797.545,90	26.803.673,19

Position 1.2.3.2 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Mischwasser-Sammler	69.046.233,60	67.598.958,63
Schmutzwasser-Sammler	3.216.422,40	3.237.239,95
Regenwasser-Sammler	5.191.312,32	5.213.825,08
Hausanschlüsse, Regenbauwerke, Pumpwerke	1.043.103,09	959.587,26
Summe	78.497.071,41	77.009.610,92

Der wesentliche Zugang ist auf die Inbetriebnahme von Mischwassersammlern zurückzuführen.

Position 1.2.3.3 Brücken und Tunnel

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Bauwerke	6.779.299,46	6.913.454,63
Summe	6.779.299,46	6.913.454,63

Position 1.2.3.4 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Bauwerke	90.286.565,15	94.909.663,00
Summe	90.286.565,15	94.909.663,00

Der rückläufige Wertansatz der Bauwerke unter der Bilanzposition „Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen“ beruht auf der jährlichen linearen Abschreibung.

Position 1.2.3.5 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Bauwerke	5.797.967,40	5.967.527,39
Summe	5.797.967,40	5.967.527,39

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Fahrradstationen, Parkhäuser, Infotafeln sowie Fahrgastwartehallen.

Position 1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Bauwerke	196.296,99	236.310,99
Summe	196.296,99	236.310,99

Unter dieser Position sind in erster Linie Spielgeräte für Kinderspielplätze, Bänke und Skateanlagen ausgewiesen.

Position 1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Kunstgegenstände	324.510,00	348.986,47
Bodendenkmäler	2,00	2,00
Sonstige	75.290,42	309,00
Summe	399.802,42	349.297,47

Position 1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Fahrzeuge	3.303.434,79	3.692.463,99
Technische Anlagen	284.344,83	964.968,05
Maschinen	60.610,21	70.371,70
Sonstige	35.515,75	37.048,75
Summe	3.683.905,58	4.764.852,49

Der Rückgang bei den technischen Anlagen ist größtenteils durch die Krankenhausfusion und der damit zugleich verbundenen Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs (ca. 658 T€) bedingt.

Position 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Anlagegüter	3.465.593,95	4.927.071,44
Summe	3.465.593,95	4.927.071,44

Der Rückgang bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung ist durch die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs (ca. 1.463 T€) bedingt.

Position 1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Anlagen im Bau	5.757.268,85	4.222.824,19
Geleistete Anzahlungen auf Sachanlagen	0,00	10.067,40
Summe	5.757.268,85	4.232.891,59

Der steigende Wertansatz der „Anlagen im Bau“ resultiert zum überwiegenden Teil aus der Baumaßnahme „Derner Straße“.

Position 1.3 Finanzanlagen**Position 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen**

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Technopark Kamen GmbH	53.550,00	53.550,00
Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH	25.564,59	25.564,59
Summe	79.114,59	79.114,59

Position 1.3.2 Anteile an assoziierten Unternehmen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH	18.459.891,67	18.045.063,45
Klinikum Westfalen GmbH	5.574.200,79	0,00
Summe	24.034.092,46	18.045.063,45

Mit einem Gesellschaftsanteil von 20,1 % an der Klinikum Westfalen GmbH ist diese im „Konzern Stadt Kamen“ als assoziiertes Unternehmen auszuweisen und nach der Equity-Methode zu bewerten. Der Wertansatz ergibt sich aus dem Saldo der hingegebenen, Vermögensgegenstände und Schulden zzgl. des anteiligen Jahresergebnisses 2013 der KW GmbH und der Auflösung des passiven Unterschiedsbetrags.

Position 1.3.3 Beteiligungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH	3.316.280,00	3.316.280,00
Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	375.759,02	375.759,02
Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH	168.607,00	168.607,00
Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG	6.901,21	6.901,21
Sparkassenzweckverband	1,00	0,00
Summe	3.867.548,23	3.867.547,23

Position 1.3.6 Ausleihungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
Ausleihungen an Beteiligungen	0,00	0,00
Ausleihungen an Sondervermögen	0,00	0,00
Sonstige Ausleihungen	230.567,21	251.851,73
Abzinsungen zu sonstigen Ausleihungen	-163.247,58	-171.666,87
Summe	67.319,63	80.184,86

Der rückläufige Wertansatz ist u. a. durch die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs (ca. 5 T€) bedingt.

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt (siehe Seite 27).

Abweichungen von der standardmäßig vorgesehenen Nutzungsdauer liegen bei folgenden Anlagegütern vor:

- Funktionsgebäude Ludwig-Schröder-Str.: Einfamilienhaus = Mischwertbildung, 60 Jahre (Standard: 70 Jahre)
- Wohngebäude in der Mersch 30: Nutzungsdauer gem. Gutachten, 90 Jahre (Standard: 70 Jahre)
- Turnhalle Bürgerhaus: Angleichung Nutzungsdauer an Begegnungsstätte, 60 Jahre (Standard: 40 Jahre)

Position 2 Umlaufvermögen
Position 2.1 Vorräte

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	107.100,14	625.530,50
Waren	25.848,94	29.422,69
Zum Verkauf bestimmter Grund und Boden	1.663.430,33	2.095.599,42
Unfertige Erzeugnisse und Leistungen	0,00	468.945,43
Summe	1.796.379,41	3.219.498,04

Die Veränderung dieser Bilanzposition beruht hauptsächlich auf den Verkäufen von Grundstücken aus dem BPlan 17 HW sowie des Verkaufs des Grundstücks der Glückaufschule.

Der Rückgang bei den unfertigen Erzeugnissen und Leistungen (ca. 469 T€) sowie den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen (ca. 506 T€) ist auf die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs zurückzuführen.

Position 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände
Position 2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und
Forderungen aus Transferleistungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Gebührenforderungen	934.698,51	1.852.232,72
Beitragsforderungen	2.477,45	23.174,14
Steuerforderungen	782.212,07	1.063.972,77
Forderungen aus Transferleistungen	565.462,33	392.422,12
Sonstige öffentl.-rechtl. Forderungen	4.651.104,72	3.423.014,55
Wertberichtigungen	-249.421,96	-346.465,43
Summe	6.686.533,12	6.408.350,87

Die Senkung der Position „Gebühren“ beruht auf Forderungen gegen den öffentlichen Bereich (hauptsächlich Straßen.NRW) zum 31.12.2012, die in 2013 zahlungswirksam wurden.

Aufgrund der fehlenden Dienstherrenfähigkeit haben die GSW und die Klinikum Westfalen GmbH anteilig die bei dem „Konzern Stadt Kamen“ geführten Pensionsrückstellungen für ehemalige Mitarbeiter zu erstatten.

Position 2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Privatrechtliche Forderungen	444.980,65	3.976.692,73
Wertberichtigungen	-46.743,32	-377.706,65
Summe	398.237,33	3.598.986,08

Der wesentliche Rückgang ist durch die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs bedingt (ca. 3.164 T€).

Position 2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Sonstige Vermögensgegenstände	155.084,33	1.175.480,33
Forderung Sozialhilfe	383.489,74	420.109,02
Wertberichtigungen	-56.616,36	-76.478,31
Summe	481.957,71	1.519.111,04

Der rückläufige Wertansatz ist durch die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs bedingt (ca. 498 T€).

Position 2.4 Liquide Mittel

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Sparkasse Kamen	4.842.044,60	1.405.695,58
Sonstige	210.229,07	181.542,81
Summe	5.052.273,67	1.587.238,39

Der hohe Wertansatz resultiert u. a. aus der Aufnahme eines Liquiditätskredits zum Ende des Jahres, sowie aus dem Anteil an der Einkommenssteuer und Schlüsselzuweisungen, die zum Ende des Jahres zahlungswirksam wurden.

Position 3 Aktive Rechnungsabgrenzung

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Zeitliche Abgrenzung	751.288,26	710.275,68
Summe	751.288,26	710.275,68

5.2. Erläuterungen zu den Passiva

Position 1 Eigenkapital

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Allgemeine Rücklage	68.553.540,35	96.639.019,16
Gesamtjahresergebnis	8.878.838,70	-29.718.014,71
Ausgleichsposten f. Anteile anderer Gesellschafter	-350.939,67	-359.432,00
Summe	77.081.439,38	66.561.572,45

Die Allgemeine Rücklage zum 31.12.2013 errechnet sich wie folgt:

	Euro
Stand zum 31.12.2012	96.639.019,16
- Jahresverlust 2012	29.718.014,71
- Jahresverlust 2012 (Anteil Gemeinde Bönen)	8.492,33
+ Erhöhung der allgemeinen Rücklage zum 31.12.13	1.947.407,96
+ Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen	79.541,81
- Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	385.921,54
= Stand 31.12.13	68.553.540,35

Die Erhöhung der allgemeinen Rücklage resultiert aus der Bilanzierung des Sparkassenzweckverbandes und der Auflösung des passiven Unterschiedsbetrags des assoziierten Unternehmens „KW GmbH“:

Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	31.12.2013
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	53.998,99
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	19.795,28
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.929,00
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.817,54
Bauten auf fremden Grund und Boden	1,00
Summe	79.541,81

Bei den verrechneten Erträgen aus dem Abgang der Maschinen, technischen Anlagen und Fahrzeugen handelt es sich um Veräußerungsgewinne nicht mehr benötigter Fahrzeuge. Die Erträge aus dem Abgang der sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäuden resultieren aus der Auflösung der Sonderposten der Hausmeisterwohnung am Rathaus. Um Veräußerungsgewinne handelt es sich auch bei dem Abgang der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Bedingt durch den Abgang veralteter Software wurden die zugeordneten Sonderposten ertragswirksam gegen die allgemeine Rücklage aufgelöst.

Der Ertrag bei den Bauten auf fremden Grund und Boden resultiert aus der Auflösung des Sonderpostens der gestohlenen Nestschaukel am Spielplatz Pastorenkamp.

Verrechnete Verluste bei Vermögensgegenständen	31.12.2013
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	3.509,41
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	111.276,82
Grünflächen	7.435,60
Infrastrukturvermögen	250.397,40
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.298,67
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.002,64
Bauten auf fremden Grund und Boden	1,00
Summe	385.921,54

Bei den verrechneten Aufwendungen der sonstigen Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude handelt es sich um die Ausbuchung des Restbuchwertes der Hausmeisterwohnung am Rathaus.

Defekte Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie veraltete Software werden ebenfalls mit den Restbuchwerten gegen die Allgemeine Rücklage ausgebucht. Bei dem Infrastrukturvermögen resultieren die ausgebuchten Restbuchwerte hauptsächlich aus den Abgängen von Haltestellensitzbänken am Koeplatz und von Altbeständen bei den Mischwasseranlagen.

Die ausgebuchten Restbuchwerte der Maschinen und technischen Anlagen und der Fahrzeuge resultieren aus der Verschrottung eines Stromerzeugeraggregates und einer Gerätewagentransportbox der Feuerwehr. Da auf dem Spielplatz Pastorenkamp die Nestschaukel gestohlen wurde, ist der Erinnerungswert gegen die Allgemeine Rücklage ausgebucht worden.

Position 2 Sonderposten
Position 2.1 Sonderposten für Zuwendungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Zuwendungen	80.732.913,87	100.669.426,51
Summe	80.732.913,87	100.669.426,51

Der geringe Wertansatz resultiert aus der Krankenhausfusion und der damit zugleich verbundenen Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs (ca. 14.995 T€).

Position 2.2 Sonderposten für Beiträge

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
aus Erschließungsbeiträgen	10.579.968,76	11.053.826,60
aus Straßenbaubeiträgen	2.697.462,04	2.851.107,04
Empfangene Ertragszuschüsse	11.817.492,95	12.033.340,22
Summe	25.094.923,75	25.938.273,86

Position 2.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Bestand 01.01.	1.100.279,04	1.435.985,58
Auflösung	-829.661,00	-536.137,54
Zuführung	292.668,00	200.431,00
Summe	563.286,04	1.100.279,04

Sonderposten für den Gebührenaussgleich werden für am Ende eines Kalkulationszeitraumes entstandene Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Einrichtungen gebildet, die nach § 6 des Kommunalabgabengesetzes in den darauffolgenden vier Jahren ausgeglichen werden müssen.

Position 2.4 Sonstige Sonderposten

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Anlagen im Bau	0,00	4.559,92
Sonstige	4.006.203,24	418.933,32
Summe	4.006.203,24	423.493,24

Position 3 Rückstellungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Pensionsrückstellungen	64.030.037,00	61.984.992,38
Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00	0,00
Instandhaltungsrückstellungen	79.100,48	452.428,03
Sonstige Rückstellungen	14.363.364,90	31.279.939,50
Summe	78.472.502,38	93.717.359,91

Der wesentliche Rückgang der sonstigen Rückstellungen resultiert aus der Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs (ca. 16.610 T€).

Des Weiteren setzen sich die **sonstigen Rückstellungen** wie folgt zusammen:

Bezeichnung	31.12.2013	31.12.2012
Altersteilzeit	3.348.094,00	4.113.338,60
Urlaub	478.050,79	912.252,87
Überstunden, Bereitschaftsdienst	218.148,64	811.304,16
Prüfungen	180.000,00	234.750,00
Dienstjubiläen	86.102,00	85.318,00
Prozesskosten	252.059,14	198.127,58
Andere ungewisse Verbindlichkeiten	2.070.472,33	1.851.508,17
Für drohende Verluste	7.362.900,00	7.362.900,00
Kündigung Mitgliedschaft in der VBL	0,00	15.387.875,52
Aufbewahrungspflichten	7.500,00	7.500,00
Sonstige	360.038,00	315.064,60
Summe	14.363.364,90	31.279.939,50

Position 4 Verbindlichkeiten

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Kredite für Investitionen	83.188.477,99	83.471.467,34
Kredite zur Liquiditätssicherung	60.578.952,51	53.155.569,29
Lieferungen und Leistungen	1.878.541,30	1.930.465,93
Transferleistungen	753.488,48	656.574,88
Sonstige Verbindlichkeiten	1.871.654,79	5.197.117,68
Erhaltene Anzahlungen	1.271.165,43	0,00
Summe	149.542.280,50	144.411.195,12

Der erhöhte Wertansatz resultiert vor allem aus der Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung in Höhe von 8.500 T€, welcher sich durch die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs (ca. 2.485 T€) z. T: relativiert.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern, durchlaufende Gelder, sowie eine Vielzahl unterschiedlicher Sachverhalte, die nicht den zuvor genannten Verbindlichkeiten zugeordnet werden können. Der Rückgang bei den sonstigen Verbindlichkeiten resultiert aus der Umbilanzierung der erhaltenen Anzahlungen in eine eigenständige Bilanzposition. Im Verbindlichkeitsspiegel auf Seite 28 werden die Fristigkeiten dargestellt.

Unter den Verbindlichkeiten aus Transferleistungen werden Verpflichtungen passiviert, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen (z. B. Sozial- und Jugendhilfe).

Position 5 Passive Rechnungsabgrenzung

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Passiver RAP Bestattungswesen	4.779.663,24	4.569.896,40
Sonstige passive RAP	1.113.987,57	742.761,78
Summe	5.893.650,81	5.312.658,18

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse:

Zum Bilanzstichtag bestehen Bürgschaftsverpflichtungen (Ausfallbürgschaften) in Höhe von **7.607.696,34 €**. Hiervon entfallen 7.210.009,63 € auf eine Ausfallbürgschaft für Darlehen der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen und 397.686,71 € auf eine Ausfallbürgschaft für ein Darlehen der Technopark Kamen GmbH.

6. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

Position 1 Steuern und ähnliche Abgaben

Die Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben setzen sich wie folgt zusammen:

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Grundsteuer A	83.848,07	63.360,64
Grundsteuer B	7.860.623,19	5.868.706,35
Gewerbesteuer	14.537.521,18	14.245.669,05
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	15.213.036,00	14.503.234,00
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1.576.193,00	1.558.511,00
Sonstige Vergnügungssteuer	420.721,22	315.272,76
Hundesteuer	250.568,01	233.407,33
Kompensationszahlung	1.650.120,25	1.687.806,33
Summe	41.592.630,92	38.475.967,46

Die Steigerung der Grundsteuer B ist auf die Anhebung des Hebesatzes von 440 v.H. auf 580 v.H. zurückzuführen.

Position 2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Schlüsselzuweisungen vom Land	18.230.658,00	20.692.881,00
Zuweisungen vom Bund	31.070,13	25.174,49
Zuweisungen vom Land	5.358.715,16	5.080.142,02
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	4.169.206,08	5.118.249,84
Sonderauflösung Sonderposten Zuweisungen	165.083,35	241.810,46
Auflösung der Ertragszuschüsse	378.479,02	377.039,00
Sonstige Zuweisungen und Zuschüsse	170.581,64	549.644,85
Summe	28.503.793,38	32.084.941,66

Der niedrigere Wertansatz beruht u. a. auf dem Ausscheiden des Krankenhausbetriebs aus dem Vollkonsolidierungskreis (ca. 932 T€) und auf niedrigeren Schlüsselzuweisungen (ca. 2.462 T€).

Position 3 Sonstige Transfererträge

Die sonstigen Transfererträge setzen sich wie folgt zusammen:

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz	1.216.691,40	1.174.036,10
Rückzahlung gewährter Hilfen	1.016.652,60	934.621,23
Sonstige Transfererträge	357.479,34	304.292,89
Summe	2.590.823,34	2.412.950,22

Position 4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Verwaltungsgebühren	827.762,44	719.931,86
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	20.939.739,34	20.914.947,13
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	1.180.020,00	1.044.490,91
Sonstige öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	17.064,00	7.420,00
Summe	22.964.585,78	22.686.789,90

Position 5 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Erträge aus Verkauf	24.426,41	17.955,98
Mieten und Pachten	624.067,41	660.773,96
Privatrechtliche Leistungsentgelte	319.457,91	314.601,79
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00
Summe	967.951,73	993.331,73

Position 6 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Erstattungen öffentlich-rechtlicher Forderungen	2.122.387,59	1.201.638,44
Erstattungen privatrechtlicher Forderungen	912.154,78	1.746.370,83
Summe	3.034.542,37	2.948.009,27

Der wesentliche Rückgang der Erstattungen privatrechtlicher Forderungen beruht u. a. auf dem Ausscheiden des Krankenhausbetriebs aus dem Vollkonsolidierungskreis (ca. 632 T€). Dieses wird z. T. durch die Forderungseinstellung (öffentlich-rechtlich) gegenüber der GSW GmbH und der KW GmbH in Höhe von ca. 1.238 T€ (siehe Position 2.2.1) kompensiert.

Position 7 Sonstige ordentliche Erträge

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Veräußerungen von Grundstücken und Gebäuden	0,00	11.003,82
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	418.758,33	193.624,28
Erträge aus Krankenhausleistungen	0,00	22.084.120,67
Ordnungsrechtliche Erträge	245.042,00	125.192,87
Konzessionsabgaben	2.510.094,02	2.564.048,00
Verzinsung der Gewerbesteuer	86.465,00	200.855,31
Übrige ordentliche Erträge	1.633.483,77	2.183.588,37
Summe	4.893.843,12	27.362.433,32

Im Wesentlichen ist der Rückgang auf das Ausscheiden des Krankenhausbetriebs zurückzuführen (Erträge aus Krankenhausleistungen ca. 22.084 T€).

Position 8 Aktivierte Eigenleistungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Aktivierte Eigenleistungen	351.157,36	308.569,06
Summe	351.157,36	308.569,06

Position 9 Bestandsveränderungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Bestandsveränderungen	0,00	61.791,72
Summe	0,00	61.791,72

Position 11 Personalaufwendungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Bezüge, Löhne, Gehälter	17.405.622,66	30.573.960,50
Sozialabgaben, Beiträge zur Versorgungskasse	3.290.487,41	6.680.439,87
Zuführung Rückstellungen	3.072.213,09	3.601.142,75
Sonstige Personalaufwendungen	308.634,68	333.318,53
Summe	24.076.957,84	41.188.861,65

Der niedrigere Wertansatz beruht auf dem Ausscheiden des Krankenhausbetriebs aus dem Vollkonsolidierungskreis (ca. 17.290 T€).

Position 12 Versorgungsaufwendungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Versorgungsaufwendungen Beamte, Angestellte	2.038,48	11.405,52
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	2.804.389,35	2.669.291,65
Beihilfen und Unterstützungsleistungen	0,00	1.444,30
Summe	2.806.428,19	2.682.141,47

Position 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Aufwendungen für Energie und Wasser	2.714.017,85	3.687.689,71
Aufw. für die Unterhaltung des Anlagevermögens	3.890.132,51	4.662.103,52
Aufw. für die Bewirtschaftung	858.897,76	788.887,88
Medizinischer Bedarf	0,00	4.926.762,34
Wirtschaftsbedarf	0,00	487.649,47
Abwasserabgabe und Lippeverbandsumlage	4.672.839,00	5.012.140,61
Schülerbeförderungskosten	643.326,80	715.724,12
Erstattungen	6.416.721,23	6.201.612,72
Sonstige Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	1.316.175,76	1.612.494,51
Summe	20.512.110,91	28.095.064,88

Die Verringerung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beruht ebenfalls größtenteils auf dem Ausscheiden des Bereichs „Gesundheitswesen“ aus dem Vollkonsolidierungskreis (Medizinischer Bedarf und Wirtschaftsbedarf).

Position 14 Bilanzielle Abschreibungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Abschreibungen immaterielle VG	120.242,38	137.710,74
Abschreibungen Sachanlagen	12.766.286,21	15.305.663,40
Summe	12.886.528,59	15.443.374,14

Im Berichtsjahr 2013 sind keine Sachverhalte aufgetreten, die eine vergleichbar hohe Sonderabschreibung wie in 2012 (Glückaufschule 1.388 T€) erforderlich gemacht haben.

Position 15 Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen beinhalten folgende Zusammensetzungen:

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Allgemeine Umlagen an Gemeinden (GV)	25.103.702,50	24.551.034,98
Sonstige soziale Leistungen	8.951.782,80	8.636.662,75
Jugendhilfe an natürliche Personen	6.994.782,04	6.651.158,16
Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	1.355.534,03	998.364,00
Gewerbesteuerumlage	1.082.244,00	1.027.728,00
Zuweisungen an das Land	485.739,00	487.640,00
Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz	508.550,62	360.544,94
Zuschüsse an Andere	313.068,43	300.168,97
Summe	44.795.403,42	43.013.301,80

Position 16 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Geschäftsaufwendungen	724.958,56	1.037.912,53
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	1.380.702,74	1.285.792,48
Beiträge an Vereine, Versicherungen, Verbände	893.407,82	1.221.657,58
Besondere Personalaufwendungen	331.226,15	351.084,91
Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	295.086,65	351.624,58
Aufw. für Honorarkräfte und ehrenamtl. Tätigkeiten	1.016.446,35	1.021.507,59
Wertkorrekturen zu Forderungen	669.609,43	961.237,06
Abschreibungen Umlaufvermögen	1.575,00	7.999,00
Übrige ordentliche Aufwendungen	799.370,18	2.344.440,13
Summe	6.112.382,88	8.583.255,86

Die Verringerung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen ist auf die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs zurückzuführen.

Position 19 Finanzerträge

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0,00	0,00
Gewinnanteile an Beteiligungen	78.530,00	77.293,86
Zinserträge	1.811,85	6.067,75
Sonstige Finanzerträge	16.180,56	42.463,92
Summe	96.522,41	125.825,53

Position 20 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Zinsen	3.834.682,22	4.146.053,55
sonstige Finanzaufwendungen	140.645,19	86.340,11
Summe	3.975.327,41	4.232.393,66

Position 21 Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Erträge aus assoziierten Unternehmen	1.218.594,34	1.058.674,56
Summe	1.218.594,34	1.058.674,56

Der höhere Wertansatz resultiert aus der Einbeziehung der KW GmbH in den Konzernabschluss.

Position 24 Außerordentliches Erträge

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Außerordentliche Erträge	17.829.533,19	149.052,34
Summe	0,00	149.052,34

Der außerordentliche Ertrag in diesem Geschäftsjahr resultiert aus der Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs, der hier, insbesondere aufgrund seiner Höhe, auszuweisen ist.

Der Entkonsolidierungserfolg setzt sich wie folgt zusammen:

Ermittlung Entkonsolidierungserfolg:

	Beschreibung	Betrag in Euro
	Veräußerungserlös i. w. S.	1.218.936,18
-	Entkonsolidierte Vermögensgegenstände	7.599.268,67
+	Entkonsolidierte Schulden	23.276.175,49
-	Wiederauflebende Verbindlichkeiten	69.687,67
+	Wiederauflebende Forderungen	1.003.377,86
=	Entkonsolidierungserfolg	17.829.533,19

Position 25 Außerordentliche Aufwendungen

Zusammensetzung	31.12.2013	31.12.2012
	Euro	Euro
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	15.147.958,02
Summe	0,00	15.147.958,02

Die außerordentlichen Aufwendungen 2012 resultierten aus der einmaligen Rückstellungsbildung für die Kündigung der VBL-Mitgliedschaft (Gesundheitsbereich). Im Rahmen der Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs wird die hierfür gebildete Rückstellung ebenfalls erfolgswirksam ausgebucht (s. a. „Erläuterungen zu Passiva“ Position 3, Seite 18).

7. Sonstige Angaben

7.1. Mitarbeiter:

Die Anzahl der Mitarbeiter im Konzern stellt sich zum 31.12.13 folgendermaßen dar:

Stichtag	Angestellte	Beamte	Azubis/Trainees	Summe
31.03.	369	137	9	515
30.06.	368	136	9	513
30.09.	375	137	12	524
31.12.	370	137	12	519
Durchschnitt des laufenden Jahres	371	137	10	518
Durchschnitt des Vorjahres	655	138	6	799

Die Anzahl der Mitarbeiter ist bedingt durch das Ausscheiden der Hellmig-Krankenhaus Kamen GmbH aus dem Vollkonsolidierungskreis gesunken.

7.2. Derivative Finanzinstrumente

Als derivative Finanzinstrumente werden Zinsswaps zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Diese dienen ausschließlich Sicherungszwecken; reine Handelspositionen mit dem Ziel der Ertragsoptimierung werden nicht eingegangen.

Zum 31.12.2013 bestand ein Zinsswap mit einer Laufzeit bis zum 14.07.2026 und einem Nominalvolumen in Höhe von 2.065 T€. Darüber hinaus bestanden zwei CHF-Plus-Swaps mit einer Laufzeit bis zum 15.09.2019 bzw. bis zum 15.12.2019 und einem Nominalvolumen in Höhe von 2.500 T€ bzw. 5.000 T€, sowie zwei Zahler-Swaps mit einer Laufzeit bis zum 30.12.2028 bzw. bis zum 30.03.2036 und einem Nominalvolumen in Höhe von ca. 2.209,1 T€ bzw. 1.615,9 T€. Die Marktwerte der Swaps waren am 31.12.2013 negativ und betrugen 452,6 T€ (Vj. 574,2 T€) für den Zinsswap, 2.029,7 T€ (Vj. 2.404,7 T€) bzw. 4.059,4 T€ (Vj. 4.809,4 T€) für die CHF-Plus-Swaps und 229,5 T€ (Vj. 354,7 T€) bzw. 247,1 T€ (Vj. 368,9 T€) für die in 2011 abgeschlossenen Zahler-Swaps. Die Marktwerte begründen keine Zahllast.

Seit Ende 2011 wurden keine Zahlungen für den CHF-Plus-Swap mehr geleistet. Basierend auf einem Gutachten der Rechtsanwälte Rössner wird die Rückabwicklung der Swap-Verträge verlangt. Die Klageschrift gegen die West LB bzw. ihre Rechtsnachfolger (Portigon, EAA Erste Abwicklungsanstalt) wurde am 18.05.2012 beim Landgericht Dortmund eingereicht. Mit seinem Urteil vom 02.08.2013 hat das Landgericht Dortmund im Wesentlichen entschieden, dass keine gegenseitigen Ansprüche aus dem CHF-Plus-Swap sowie dem Zinsswap bestehen. Begründet wurde dieses dadurch, dass zum Zeitpunkt des

Abschlusses das Rechtsgeschäft im Sinne einer doppelten Sittenwidrigkeit nichtig war. Daraufhin wurden auch die Zahlungen für den Zinsswap eingestellt. Gegen die Entscheidung des Landgerichts Dortmund wurde mit Schreiben vom 27.09.2013 durch die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei Berufung beim Oberlandesgericht Hamm eingelegt.

Die in 2011 gebildete Drohverlustrückstellung (rd. 7.362,9 T€) wird unverändert beibehalten. Sie deckt das gesamte Risiko der von dem Ergebnis des Klageverfahrens abhängigen finanziellen Risiken ab.

7.3. Noch nicht erhobene Beiträge aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen

Erschließungsbeiträge aus fertiggestellten Erschließungsmaßnahmen wurden für einige Grundstücke im Bereich des B-Plans 17 HW und des Gewerbegebiets Südfeld zum Stichtag noch nicht erhoben, da diese noch nicht verkauft wurden.

7.4. Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung

Bezeichnung der Maßnahme	Betrag in Euro
JFZ Mitte: Brandmeldeanlage, Dachentwässerung, Heizung	11.100,48
Bürgerhaus Methler: Sanierung WC Anlage	35.000,00
Parkpalette Koepeplatz: Betonsanierung	33.000,00
Gesamt	79.100,48

8. Gesamtanlagen- und -sonderpostenspiegel

Gesamtanlagenpiegel für das Haushaltsjahr 2013												
Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen/Wertberichtigungen					Buchwerte	
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im Wirtschaftsjahr	Zuschreibungen im Wirtschaftsjahr	angesammelte Abschreib. auf die in Spalte 3 ausgew. Abgänge	Endstand	Restbuchwert am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwert am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Geschäfts- oder Firmenwert	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2.138.116,50	177.939,44	620.328,20	20.134,80	1.715.862,54	1.544.378,11	120.242,38	0,00	596.236,56	1.068.383,93	647.478,61	593.738,39
3. Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	2.138.116,50	177.939,44	620.328,20	20.134,80	1.715.862,54	1.544.378,11	120.242,38	0,00	596.236,56	1.068.383,93	647.478,61	593.738,39
II. Sachanlagen												
1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	45.074.355,13	198.667,18	220.203,90	22.844,62	45.075.663,03	6.012.804,37	290.042,32	0,00	38.890,20	6.263.956,49	38.811.706,54	39.061.550,76
2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	257.222.298,46	225.124,81	18.821.262,52	1.458.552,09	240.084.712,84	123.973.052,64	3.632.309,70	0,00	4.572.602,80	123.032.759,54	117.051.953,30	133.249.245,82
3. Infrastrukturvermögen	416.129.299,04	293.982,77	1.195.265,38	4.086.938,05	419.314.954,48	204.525.369,91	7.548.430,80	0,00	917.295,55	211.156.505,16	208.158.449,32	211.603.929,13
4. Bauten auf (konzern-)fremden Grund und Boden	721.821,27	0,00	4.801,36	0,00	717.019,91	485.510,28	40.013,00	0,00	4.800,36	520.722,92	196.296,99	236.310,99
5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	798.945,47	75.266,42	0,00	0,00	874.211,89	449.648,00	24.761,47	0,00	0,00	474.409,47	399.802,42	349.297,47
6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	11.359.857,61	217.044,30	2.141.981,60	0,00	9.434.920,31	6.595.005,12	635.949,80	0,00	1.479.940,19	5.751.014,73	3.683.905,58	4.764.852,49
7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.610.916,09	594.028,86	9.205.162,94	8.525,60	8.008.307,61	11.683.844,65	593.612,28	0,00	7.734.743,27	4.542.713,66	3.465.593,95	4.927.071,44
8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	4.232.891,59	7.122.539,26	1.166,84	-5.596.995,16	5.757.268,85	0,00	1.166,84	0,00	1.166,84	0,00	5.757.268,85	4.232.891,59
	752.150.384,66	8.726.653,60	31.589.844,54	-20.134,80	729.267.058,92	353.725.234,97	12.766.286,21	0,00	14.749.439,21	351.742.081,97	377.524.976,95	398.425.149,69
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	79.114,59	1.218.936,18	1.218.936,18	0,00	79.114,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	79.114,59	79.114,59
2. Anteile an assoziierten Unternehmen	18.045.063,45	5.989.029,01	0,00	0,00	24.034.092,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	24.034.092,46	18.045.063,45
3. Beteiligungen	3.867.547,23	1,00	0,00	0,00	3.867.548,23	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3.867.548,23	3.867.547,23
4. Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. Ausleihungen	80.184,86	1.000.000,00	1.012.865,23	0,00	67.319,63	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	67.319,63	80.184,86
	22.071.910,13	8.207.966,19	2.231.801,41	0,00	28.048.074,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	28.048.074,91	22.071.910,13
	776.360.411,29	17.112.559,23	34.441.974,15	0,00	759.030.996,37	355.269.613,08	12.886.528,59	0,00	15.345.675,77	352.810.465,90	406.220.530,47	421.090.798,21

Gesamtsonderpostenspiegel für das Haushaltsjahr 2013												
Sonderposten	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Auflösungen/Wertberichtigungen					Buchwerte	
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Umbuchungen	Endstand	Anfangsstand	Abschreibungen im Wirtschaftsjahr	Zuschreibungen im Wirtschaftsjahr	angesammelte Abschreib. auf die in Spalte 3 ausgew. Abgänge	Endstand	Restbuchwert am Ende des Wirtschaftsjahres	Restbuchwert am Ende des vorangegangenen Wirtschaftsjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Sonderposten												
1. Sonderposten aus Zuwendungen	206.302.157,77	3.062.447,67	28.400.302,07	-5.048.789,57	175.915.513,80	105.632.731,26	2.929.201,62	0,00	13.379.332,95	95.182.599,93	80.732.913,87	100.669.426,51
2. Sonderposten aus Beiträgen	55.006.456,55	187.461,91	1.272.122,34	0,00	53.921.796,12	29.068.182,69	1.030.805,00	0,00	1.272.115,32	28.826.872,37	25.094.923,75	25.938.273,86
3. Sonderposten für den Gebührenausschlag	2.314.285,58	192.668,00	0,00	0,00	2.506.953,58	1.214.006,54	729.661,00	0,00	0,00	1.943.667,54	563.286,04	1.100.279,04
4. Sonstige Sonderposten	596.831,30	36.678,14	11.363,90	5.048.789,57	5.670.935,11	173.338,06	1.498.197,79	0,00	6.803,98	1.664.731,87	4.006.203,24	423.493,24
	264.219.731,20	3.479.255,72	29.683.788,31	0,00	238.015.198,61	136.088.258,55	6.187.865,41	0,00	14.658.252,25	127.617.871,71	110.397.326,90	128.131.472,65

9. Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel

Forderungsspiegel (SB)

Art der Forderungen	Gesamt- betrag des Haushaltsjahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	
		EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	6.686.533,12	2.288.088,83	0,00	4.398.444,29	6.408.350,87
2. Privatrechtliche Forderungen	398.237,33	398.237,33	0,00	0,00	3.598.986,08
3. Sonstige Vermögensgegenstände	481.957,71	481.757,71	200,00	0,00	1.519.111,04
Summe aller Forderungen	7.566.728,16	3.168.083,87	200,00	4.398.444,29	11.526.447,99

Verbindlichkeitspiegel (SB)

Art der Verbindlichkeiten	Gesamt- betrag des Haushaltsjahres	mit einer Restlaufzeit von			Gesamt- betrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahren	
		EUR	EUR	EUR	
		1	2	3	
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	83.188.477,99	2.755.814,76	12.416.767,92	68.015.895,31	83.471.467,34
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	60.578.952,51	31.578.952,51	18.000.000,00	11.000.000,00	53.155.569,29
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.878.541,30	1.878.541,30	0,00	0,00	1.930.465,93
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	753.488,48	753.488,48	0,00	0,00	656.574,88
7. Sonstige Verbindlichkeiten	1.871.654,79	1.871.654,79	0,00	0,00	5.197.117,68
8. Erhaltene Anzahlungen	1.271.165,43	1.271.165,43	0,00	0,00	0,00
Summe aller Verbindlichkeiten	149.542.280,50	40.109.617,27	30.416.767,92	79.015.895,31	144.411.195,12

10. Konzernkapitalflussrechnung

Zeile		Position	Betrag in Euro 2013	Betrag in Euro 2012
1.		Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-8.950.694,49	-14.719.109,03
2.	+/-	Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	12.886.528,59	15.443.374,14
3.	+/-	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	2.050.793,84	18.702.533,64
4.	+/-	sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-5.076.813,01	-7.049.817,99
5.	+/-	Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	281.782,85	509.361,78
6.	+/-	Abnahme/Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	635.367,84	-1.106.085,01
7.	+/-	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.250.615,41	1.605.088,85
8.	+/-	Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Positionen	0,00	-14.998.905,68
9.	=	Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit (1. bis 8.)	3.077.581,03	-1.613.559,30
10.	+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00
11.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-8.726.653,60	-11.547.125,40
12.	+	Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00
13.	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-177.939,44	-124.638,40
14.	+	Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00
15.	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.527.602,30	-440.854,56
16.	+	Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
17.	-	Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00
18.	+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00
19.	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00
20.	+	Einzahlungen aus Zuwendungen	3.479.255,72	5.615.229,47
21.	=	Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit (10. bis 20.)	-7.952.939,62	-6.497.388,89
22.	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	0,00
23.	-	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00
24.	+	Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	50.732.609,21	56.597.303,35
25.	-	Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	-41.236.646,05	-47.643.842,91
26.	=	Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit (22. bis 25.)	9.495.963,16	8.953.460,44
27.		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (9. + 21. + 26.)	4.620.604,57	842.512,25
28.	+/-	Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,00	0,00
29.	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	431.669,10	-410.843,15
30.	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (27. bis 29.)	5.052.273,67	431.669,10

Erläuterungen zu der Konzernkapitalflussrechnung

Zugänge oder Abgänge von Vermögensgegenständen und Schulden aufgrund von Änderungen des Konsolidierungskreises (hier: Entkonsolidierung Hellmig-Krankenhaus Kamen GmbH) sind gemäß dem Deutschen Rechnungslegungsstandards II keine zahlungswirksamen Vorgänge und sind, da sie zu keiner Veränderung des Finanzmittelfonds führen sondern lediglich die Konzernkapitalflussrechnung aufblähen, sogar gänzlich nicht in der Konzernkapitalflussrechnung zu erfassen.

Auch die Einbringung von Vermögensgegenständen und Schulden gegen Gewährung von Gesellschaftsanteilen (hier: Klinikum Westfalen GmbH), stellt einen solchen zahlungsunwirksamen Geschäftsvorfall dar, der nicht in die Konzernkapitalflussrechnung aufzunehmen ist.

Darüber hinaus wurden 2013 Zinsen in Höhe von rd. 3.699 T€ gezahlt.

Der Finanzmittelfonds am Ende der Periode entspricht dem Bilanzposten „liquide Mittel“.

Im Vorjahr setzte sich der Finanzmittelfonds aus dem Bilanzposten „liquide Mittel“ abzüglich des in dem Bilanzposten „Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung“ enthaltenen Anteils für kurzfristige Kontokorrentkredite in Höhe von 1.155.569,29 € zusammen.

Stadt Kamen

Gesamtlagebericht für 2013

1. Vorbemerkungen

Gemäß § 116 Abs. 1 und 2 GO NRW hat die Gemeinde in jedem Haushaltsjahr zum 31.12. einen Gesamtabschluss aufzustellen. Zu dem Gesamtabchluss hat die Gemeinde ihren Jahresabschluss nach § 95 GO NRW und die Jahresabschlüsse des gleichen Geschäftsjahres aller verselbständigten Aufgabenbereiche in öffentlich–rechtlicher oder privatrechtlicher Form zu konsolidieren. Mit dieser Vorgehensweise erfolgt die Rechenschaftslegung und ein gesamtheitlicher Überblick über das gesamte Aufgabenspektrum in Verantwortung des „Konzerns Stadt Kamen“.

2. Betätigungsfelder des „Konzerns Stadt Kamen“

Der „Konzern Stadt Kamen“ setzt sich aus insgesamt 16 Aufgabenfeldern zusammen, die nachfolgend aufgezählt sind:

- Gefahrenabwehr,
- Melde- und Ordnungswesen,
- Schulträgeraufgaben,
- Kultur,
- Soziale Hilfen,
- Kinder-, Jugend- und Familienhilfen,
- Sportförderung,
- Wirtschaftsförderung und Tourismus,
- Umweltschutz,
- Ver- und Entsorgung,
- Gebäude- und Grundstücksmanagement,
- Räumliche Planung und Entwicklung,
- Pflege und Unterhaltung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen,
- Abwasserbeseitigung, Gewässerunterhaltung
- Jugend- und Erwachsenenbildung,
- Gesundheits- und Wohlfahrtswesen, sowie medizinische Grundversorgung

Festzustellen ist, dass das Betätigungsfeld des „Konzerns Stadt Kamen“ stark von den Pflichtaufgaben der kommunalen Selbstverwaltung, sowie den Aufgaben der Daseinsvorsorge dominiert wird. Freiwillige Aufgaben bestehen unter anderem im Bereich Kultur, Jugend- und Erwachsenenbildung, Sportförderung, sowie im Bereich Wirtschaftsförderung und Tourismus.

Die oben dargestellten Aufgabenfelder werden im Kernhaushalt über den Produktplan mithilfe von Zielen und Kennzahlen gesteuert. Bei den durch Konsolidierung einbezogenen Aufgabenbereichen gestaltet sich die Steuerung schwieriger. Aufgrund des Fehlens eines einheitlichen Konzernrechnungswesens können hier nur politische Ziele formuliert und angestrebt werden.

3. Darstellung der Vermögens-, Schulden- und Ertragslage

3.1 Vergleich Gesamtbilanz 2013 mit Vorjahr

AKTIVA			
	Gesamtbilanz 31.12.12	Gesamtbilanz 31.12.13	Abweichung
1. Anlagevermögen			
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	593.738,39	647.478,61	53.740,22
1.2 Sachanlagen	398.425.149,69	377.524.976,95	-20.900.172,74
1.3 Finanzanlagen	22.071.910,13	28.048.074,91	5.976.164,78
Summe	421.090.798,21	406.220.530,47	-14.870.267,74
2. Umlaufvermögen			
2.1 Vorräte	3.219.498,04	1.796.379,41	-1.423.118,63
2.2 Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände	11.526.447,99	7.566.728,16	-3.959.719,83
2.3 Liquide Mittel	1.587.238,39	5.052.273,67	3.465.035,28
Summe	16.333.184,42	14.415.381,24	-1.917.803,18
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	710.275,68	751.288,26	41.012,58
Bilanzsumme	438.134.258,31	421.387.199,97	-16.747.058,34
PASSIVA			
1. Eigenkapital			
1.1 Allgemeine Rücklage	96.639.019,16	68.553.540,35	-28.085.478,81
1.2 Jahresergebnis	-29.718.014,71	8.878.838,70	38.596.853,41
1.3 Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	-359.432,00	-350.939,67	8.492,33
Summe	66.561.572,45	77.081.439,38	10.519.866,93
2. Sonderposten	128.131.472,65	110.397.326,90	-17.734.145,75
3. Rückstellungen	93.717.359,91	78.472.502,38	-15.244.857,53
4. Verbindlichkeiten	144.411.195,12	149.542.280,50	5.131.085,38
5. Passive Rechnungsabgrenzung	5.312.658,18	5.893.650,81	580.992,63
Bilanzsumme	438.134.258,31	421.387.199,97	-16.747.058,34

Der oben dargestellte Vergleich signalisiert zusammenfassend folgende Erkenntnisse:

- Verringerung des Anlagevermögens (ca. 14.870 T€). Die hohen Abgänge im Sachanlagevermögen (ca. 20.900 T€) sind hauptsächlich durch die Krankenhausfusion und die damit zugleich verbundene Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs aus dem Konzernabschluss begründet und können durch die Zunahme des Finanzanlagevermögens (ca. 5.976 T€) nicht kompensiert werden. Die Zunahme resultiert aus der Anpassung des Beteiligungsbuchwertes der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen und der erstmaligen Einbeziehung der Klinikum Westfalen GmbH nach der Equity-Methode.
- Auch das Umlaufvermögen sinkt im Berichtsjahr um ca. 1.918 T€. Besonders auffällig ist hier die Verringerung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um ca. 3.960 T€. Diese Abweichung zum Vorjahr resultiert fast ausschließlich aus der Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs. Sie kann jedoch durch den im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegenen Bestand an liquiden Mitteln größtenteils kompensiert

werden. Dieser resultiert v. a. aus der Aufnahme eines Liquiditätskredites zum Ende des Jahres, sowie aus Schlüsselzuweisungen und dem Anteil an der Einkommensteuer, die ebenfalls zum Jahresende zahlungswirksam wurden.

- Steigerung des Eigenkapitals u. a. um den Jahresüberschuss (ca. 8.879 T€) zzgl. der Verrechnung des passiven Unterschiedsbetrags aus der erstmaligen Einbeziehung der Klinikum Westfalen GmbH (ca. 1.947 T€) von ca. 66.562 T€ auf ca. 77.081 T€ zum 31.12.2013.
- Deutliche Abnahme der Rückstellungen und Sonderposten, die größtenteils bedingt ist durch die Krankenhausfusion und der damit zugleich verbundenen Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs.
- Die Erhöhung der Verbindlichkeiten um ca. 5.131 T€. Diese beruht im Wesentlichen auf der Aufnahme von Liquiditätskrediten in Höhe von 8.500 T€, welche durch die Entkonsolidierung der Verbindlichkeiten aus dem Krankenhausbetrieb (2.485 T€) z. T. kompensiert wird.

3.2 Vergleich Gesamtergebnisrechnung 2013 mit Vorjahr

Zeile	Beschreibung	Ergebnis 31.12.2012	Ergebnis 31.12.2013	Abweichung	Erl. Ziff
		Euro	Euro	Euro	
1	Steuern und ähnliche Abgaben	38.475.967,46	41.592.630,92	3.116.663,46	1
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	32.084.941,66	28.503.793,38	-3.581.148,28	2
3	+ Sonstige Transfererträge	2.412.950,22	2.590.823,34	177.873,12	
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	22.686.789,90	22.964.585,78	277.795,88	
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	993.331,73	967.951,73	-25.380,00	
6	+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.948.009,27	3.034.542,37	86.533,10	
7	+ Sonstige ordentliche Erträge	27.362.433,32	4.893.843,12	-22.468.590,20	3
8	+ Aktivierte Eigenleistungen	308.569,06	351.157,36	42.588,30	
9	+/- Bestandsveränderungen	61.791,72	0,00	-61.791,72	
10	= Ordentliche Gesamterträge	127.334.784,34	104.899.328,00	-22.435.456,34	
11	- Personalaufwendungen	41.188.861,65	24.076.957,84	-17.111.903,81	4
12	- Versorgungsaufwendungen	2.682.141,47	2.806.428,19	124.286,72	
13	- Aufw. für Sach- und Dienstleistungen	28.095.064,88	20.512.110,91	-7.582.953,97	5
14	- Bilanzielle Abschreibungen	15.443.374,14	12.886.528,59	-2.556.845,55	
15	- Transferaufwendungen	43.013.301,80	44.795.403,42	1.782.101,62	
16	- Sonstige ordentliche Aufwendungen	8.583.255,86	6.112.382,88	-2.470.872,98	
17	= Ordentliche Gesamtaufwendungen	139.005.999,80	111.189.811,83	-27.816.187,97	
18	= Ordentliches Gesamtergebnis (= Zeilen 10 und 17)	-11.671.215,46	-6.290.483,83	5.380.731,63	
19	+ Finanzerträge	125.825,53	96.522,41	-29.303,12	
20	- Finanzaufwendungen	4.232.393,66	3.975.327,41	-257.066,25	
21	+ Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	1.058.674,56	1.218.594,34	159.919,78	
22	= Gesamtfinanzergebnis (= Zeilen 19 bis 21)	-3.047.893,57	-2.660.210,66	387.682,91	
23	= Gesamtergebnis der laufenden Geschäftstätigkeit (= Zeilen 18 und 22)	-14.719.109,03	-8.950.694,49	5.768.414,54	
24	+ Außerordentliche Erträge	149.052,34	17.829.533,19	17.680.480,85	6
25	- Außerordentliche Aufwendungen	15.147.958,02	0,00	-15.147.958,02	7
26	= Außerordentliches Gesamtergebnis (= Zeilen 24 und 25)	-14.998.905,68	17.829.533,19	32.828.438,87	
27	= Gesamtjahresergebnis (= Zeilen 23 und 26)	-29.718.014,71	8.878.838,70	38.596.853,41	
28	Davon: anderen Gesellschaftern zuzurechnendes Ergebnis *)	8.492,33	702,00	-7.790,33	
Nachrichtlich: Verrechnung von Erträgen und Aufwendungen mit der Allgemeinen Rücklage					
29	+ Verrechnete Erträge bei Vermögensgegenständen	79.541,81	0,00	-79.541,81	
30	+ Verrechnete Erträge bei Finanzanlagen	0	0,00	0,00	
31	- Verrechnete Aufwendungen bei Vermögensgegenständen	385.921,54	0,00	-385.921,54	
32	- Verrechnete Aufwendungen bei Finanzanlagen	0	0,00	0,00	
33	= Verrechnungssaldo	306.379,73	0,00	-306.379,73	

*) Anteil der Gemeinde Bönen am Jahresergebnis des VHS-Zweckverbandes

Erläuterungen:

- Zu 1 Im Wesentlichen Mehrerträge bei Grundsteuer B (ca. 1.992 T€) und dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer (ca. 710 T€).
- Zu 2 Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen (ca. 2.462 T€) und bei den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten (949 T€).
- Zu 3 Die Verringerung der sonstigen ordentlichen Erträge ist bedingt durch das Ausscheiden des Krankenhausbetriebs und den dadurch fehlenden Erträgen aus Krankenhausleistungen (Vorjahr ca. 22.084 T€).
- Zu 4 Der Minderaufwand im Bereich der Personalaufwendungen (ca. 17.111 T€) ist hauptsächlich durch die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs bedingt.
- Zu 5 Auch die Verringerung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (ca. 7.583 T€) ist hauptsächlich durch die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs bedingt.
- Zu 6 Der hohe Wertansatz bei den außerordentlichen Erträgen resultiert aus dem im Rahmen der Entkonsolidierung entstandenen Erfolg (ca. 17.830 T€).
- Zu 7 Der hohe Ansatz im Vorjahr war bedingt durch die Rückstellungsbildung für die Kündigung der VBL-Mitgliedschaft – Gesundheitsbereich – (ca. 15.148 T€).

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Gesamtjahresüberschuss i. H. v. 8.878.838,70 € ab und fällt damit ca. 38.597 T€ besser aus als das Gesamtjahresergebnis des Vorjahres.

Die Verbesserung ist hauptsächlich bedingt durch die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs und dadurch, dass im Vorjahr ein einmaliger außerordentlicher Aufwand für die Rückstellungsbildung zur Kündigung der VBL-Mitgliedschaft - Gesundheitsbereich - eingestellt wurde.

Durch die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs ergibt sich ein Erfolg in Höhe von ca. 17.830 T€. Dies ist durch die Buchungssystematik der Entkonsolidierung bedingt, bei der u. a. die Schulden und die Vermögensgegenstände des vollkonsolidierten Unternehmens aus der Konzernbilanz auszubuchen sind. Im vorliegenden Fall waren die Schulden des Krankenhausbetriebs deutlich höher als die Vermögensgegenstände, was vor allem auf das Ausbuchen der VBL-Rückstellung (ca. 15.148 T€) zurückzuführen ist.

Im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit (ordentliches Gesamtergebnis) ergibt sich ebenfalls ein deutlich besseres Ergebnis im Vergleich zum Vorjahr (5.381 T€). Mit einem Aufwandsdeckungsgrad von 94,3 % (Vj. 91,6 %) ergibt sich eine Verbesserung von 2,7 %-Punkten. Die Kennzahl des Aufwandsdeckungsgrads verdeutlicht, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung der Aufwendungen (100 %) entstehen. Aufgrund der fehlenden Deckung entsteht ein negatives Ergebnis für die laufende Verwaltungstätigkeit, welches durch die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs in diesem Jahr (Einmaleffekt) kompensiert wird.

Im Rahmen des Gesamtjahresabschlusses wird der Überschuss des Konzernjahres 2013 buchhalterisch unter der Bilanzposition 1.5 auf der Passivseite ausgewiesen. Nach der Bestätigung des Gesamtjahresabschlusses durch den Rat, wird der Gesamtjahresüberschuss 2013 unter Berücksichtigung der Minderheitsanteile in die Allgemeine Rücklage umbuchet, wodurch sich diese erhöht.

4. Ausblick auf die zukünftige Entwicklung

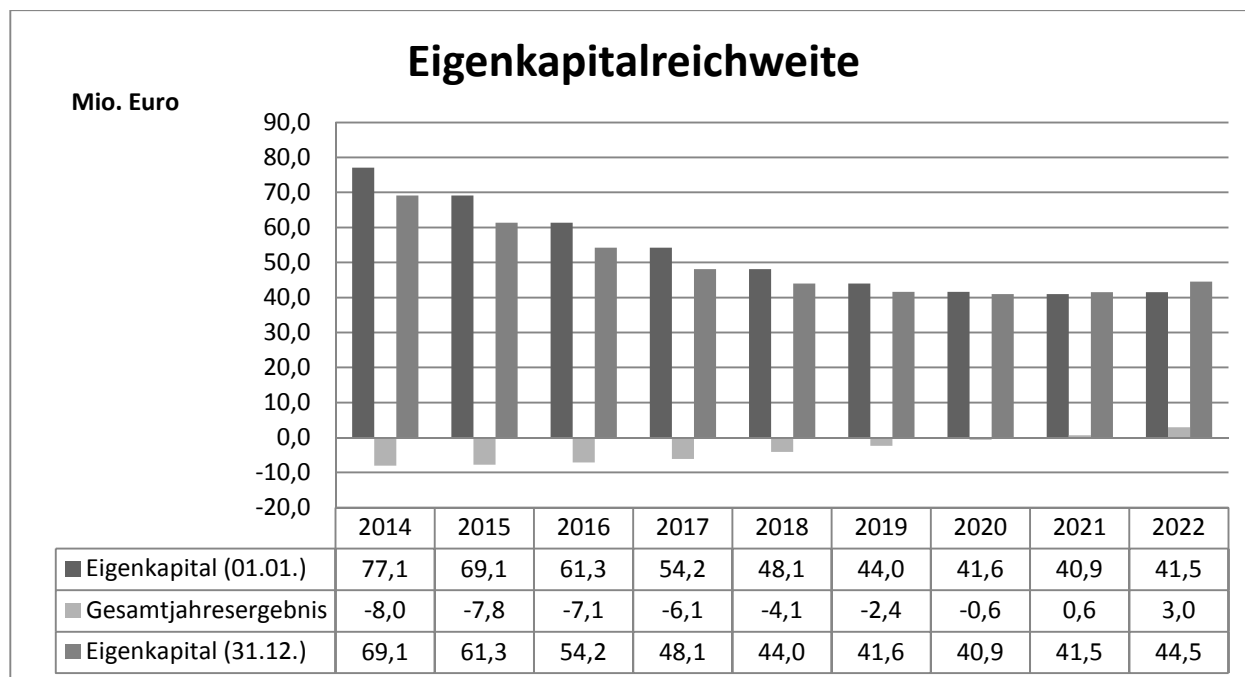
4.1 Ergebnisorientierte Betrachtung

Die zukünftige Entwicklung des „Konzerns Stadt Kamen“ ist durch den Grad der finanziellen Umsetzbarkeit des kommunalen Aufgabenspektrums geprägt. In dem am 13.11.2013 im Rat der Stadt Kamen eingebrachten fortgeschriebenen HSK-Entwurf 2014 wird durch zahlreiche Konsolidierungsmaßnahmen der Haushaltsausgleich gemäß § 76 GO bis zum Jahr 2022 dargestellt. Die Beschlussfassung des Rates ist am 12.12.2013 erfolgt und die Kommunalaufsicht hat mit Schreiben vom 23.01.2014 die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes genehmigt. Dies wirkt sich ebenfalls auf den „Konzern Stadt Kamen“ aus.

Die Realisierung des Konzeptes setzt jedoch weiterhin eine disziplinierte Umsetzung der geplanten Maßnahmen voraus, vor allem weil die Belastungsparameter für die Gestaltung der kommenden Haushaltsjahre zukünftig weiterhin deutlich vorgegeben sein werden. Hierzu zählen insbesondere:

- allgemeine Kostensteigerungen,
- Kostensteigerung im Energiebereich,
- höhere Soziallasten,
- ständiger Instandhaltungsbedarf der kommunalen Infrastruktur,
- Belastung der Gesamtergebnisrechnung mit Abschreibungen (nach Abzug der Auflösungen für Ertragszuschüsse), die mit Ausnahme im Bereich der Gebührenhaushalte nicht refinanzierbar sind,
- ständiger Verzehr der Allgemeinen Rücklage durch die jährlichen Gesamtjahresfehlbeträge (Ausgenommen von dem einmaligen positiven Effekt durch die Entkonsolidierung; Zielsetzung: Beendigung dieser Entwicklung mittel- und langfristig mit dem HSK 2014),
- wesentliche Ertragspositionen bzw. Einnahmepositionen des „Konzerns Stadt Kamen“ sind nicht oder nur geringfügig intern beeinflussbar.

Unter Berücksichtigung der Haushalts- und Wirtschaftsplanungen ergibt sich für den „Konzern Stadt Kamen“ nachfolgende Eigenkapitalreichweite. Da für die Aufgabenbereiche Abwasserbeseitigung (SEK) und Jugend- und Erwachsenenbildung (VHS) keine Ergebnisdaten bis 2022 vorliegen, wird für die Jahre ab 2017 mit einem durchschnittlichen Ergebnis gerechnet, welches auf Grundlage der Planungen bis 2017 ermittelt wurde. Das Ergebnis des Aufgabenbereichs Gesundheitswesen ist aufgrund der Fusion mit der Klinikum Westfalen GmbH zum 01.01.2013 und dem damit verbundenen Ausscheiden aus dem Konsolidierungskreis in der nachfolgenden Betrachtung nicht mehr zu berücksichtigen.



Die obige Darstellung zeigt die Entwicklung des Eigenkapitals bis zum Haushaltsjahr 2022. Mit der geplanten Verbesserung der Gesamtjahresergebnisse, vor allem bedingt durch das HSK 2014, beträgt die Eigenkapitaldecke Ende des Jahres 2022 ca. 44,5 Mio. €. Im Vergleich zum Einzelabschluss der Kernverwaltung wäre für den „Konzern Stadt Kamen“ der Haushaltsausgleich bereits im Jahr 2021 erreicht. Unter der Prämisse, dass dieser dauerhaft dargestellt werden kann, wäre der Eigenkapitalbetrag in Höhe von 41,5 Mio. € die Basis für die strategische Ausrichtung der Finanzwirtschaft des „Konzerns Stadt Kamen“ in den Folgejahren nach 2021.

4.2 Liquiditätsorientierte Betrachtung

Nach der ergebnisorientierten Betrachtung bedarf es folgender Anmerkungen zur Situation und Entwicklung des „Konzerns Stadt Kamen“ unter Liquiditätsgesichtspunkten.

Für den Gesamtabschluss ist die Kapitalflussrechnung nach der Methode des Deutschen Rechnungslegungsstandards II (kurz: DRS II) vorgeschrieben. Diese stellt den Mittelzu- und abfluss nach der indirekten Methode dar. Ausgehend vom Gesamtjahresergebnis werden für den „Cash-Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit“ die nicht zahlungswirksamen Aufwendungen hinzugerechnet und im Gegenzug die nicht zahlungswirksamen Erträge abgezogen. Darüber hinaus werden Veränderungen der Aktiv- und Passivseite der Bilanz zum Vorjahr in die Berechnung mit einbezogen. Zahlungsunwirksame Vorgänge der Aktivseite (z. B. Erhöhung Forderungen/Vorräte) werden abgezogen, wohingegen zahlungsunwirksame Vorgänge auf der Passivseite (z. B. Zunahme Rückstellungen/Verbindlichkeiten) hinzugerechnet werden.

Für den „Cash-Flow aus Investitionstätigkeit“ werden die Zugänge im Anlagevermögen als Mittelabfluss dargestellt und die Zugänge der Sonderposten als Mittelzufluss. Zuletzt wird der „Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit“ abgebildet, welcher sich aus dem Mittelzufluss aus Darlehen und Liquiditätskrediten abzüglich des Mittelabflusses aus Darlehen und Liquiditätskrediten errechnet. Der Finanzmittelfonds setzt sich aus dem Bilanzposten „liquide Mittel“, ggf. abzüglich des in dem Bilanzposten „Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung“ enthaltenen Anteils für kurzfristige Kontokorrentkredite, zusammen.

Zugänge oder Abgänge von Vermögensgegenständen und Schulden aufgrund von Änderungen des Konsolidierungskreises (hier: Entkonsolidierung Hellmig-Krankenhaus Kamen GmbH) sind keine zahlungswirksamen Vorgänge und sind, da sie zu keiner Veränderung des Finanzmittelfonds führen und lediglich die Konzernkapitalflussrechnung aufblähen, sogar gänzlich nicht in der Konzernkapitalflussrechnung zu erfassen. Auch die Einbringung von Vermögensgegenständen und Schulden gegen Gewährung von Gesellschaftsanteilen (hier: Klinikum Westfalen GmbH) stellt einen solchen zahlungsunwirksamen Geschäftsvorfall dar, der nicht in die Konzernkapitalflussrechnung aufzunehmen ist.

Diese Art der Darstellung stellt nicht auf tatsächliche Zahlungen ab und unterscheidet sich wesentlich von der Finanzrechnung der Kernverwaltung, welche die direkte Berechnungsweise widerspiegelt.

Neben der Konsolidierung der Gesamtjahresergebnisse in der Gesamtergebnisrechnung gilt es auch die Liquidität zu konsolidieren und zu steuern. Liquiditätskredite sollen einen kurzfristigen Finanzengpass überbrücken und sind daher grundsätzlich mit kurzen Laufzeiten versehen. Da die Konzerne derzeit kaum in der Lage sind, die Liquiditätskredite zeitnah zurückzuzahlen, hat die Landesregierung für den kommunalen Bereich die Möglichkeit längerfristiger Laufzeiten (bis zu max. zehn Jahren) geschaffen. Durch ein intensives Darlehensmanagement gelingt hier eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Streuung der Prolongationstermine.

Gleichwohl zeigt der zum 31.12.2013 vorliegende Bestand an Kassenkrediten in Höhe von 60.500 T€ auf, in welchem erheblichem Umfang Liquiditätsprobleme durch diese Kredite überbrückt werden mussten und welche Risiken, insbesondere bei wieder ansteigenden Zinssätzen, zukünftig bestehen. Für das Jahr 2013 ergab sich allein aus der Zahlung der Zinsen eine Belastung in Höhe von ca. 1.089 T€. Die konsequente Umsetzung des HSK 2014 und eine damit verbundene kontinuierliche Verbesserung der Gesamtjahresergebnisse in der Gesamtergebnisrechnung, bis zur Erlangung des Haushaltsausgleichs im Jahr 2021, wirkt sich zugleich positiv auf die Konzernkapitalflussrechnung aus. Eine Reduzierung der Neuaufnahmen notwendiger Liquiditätskredite ist die Folge.

Die Höhe der Darlehensaufnahme zur Finanzierung von Investitionen wird in den kommenden Jahren in Abwägung mit der Zielsetzung zu erfolgen haben, zumindest die vorhandene Infrastruktur substanziell zu erhalten. Dabei muss der Umfang der Investitionen bzw. der Darlehensaufnahme im Einklang mit der Höhe der Zinsaufwendungen in der Gesamtergebnisrechnung stehen, damit der Haushaltsausgleich nicht durch übermäßig steigende Zinsaufwendungen gefährdet wird. Aber auch in diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass zum 31.12.2013 ein Kreditbestand für investive Zwecke in Höhe von ca. 83.188 T€ vorlag. Auch hier ist das Risiko zukünftig ansteigender Zinssätze zu beachten. Für das Jahr 2013 wurden insgesamt ca. 2.619 T€ aufgewendet.

Aus der Bedienung des gesamten Schuldendienstes ergab sich somit für das Jahr 2013 eine Zinsbelastung in Höhe von ca. 3.708 T€.

Zeile	Position	Betrag in Euro 2013	Betrag in Euro 2012	Abweichung
1.	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-8.950.694,49	-14.719.109,03	5.768.414,54
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf das Anlagevermögen	12.886.528,59	15.443.374,14	-2.556.845,55
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	2.050.793,84	18.702.533,64	-16.651.739,80
4.	+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-5.076.813,01	-7.049.817,99	1.973.004,98
5.	+/- Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	281.782,85	509.361,78	-227.578,93
6.	+/- Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind Abnahme/Zunahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder	635.367,84	-1.106.085,01	1.741.452,85
7.	+/- Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder	1.250.615,41	1.605.088,85	-354.473,44
8.	+/- Ein- und Auszahlungen aus außerordentlichen Positionen	0,00	-14.998.905,68	14.998.905,68
9.	= Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit (1. bis 8.)	3.077.581,03	-1.613.559,30	4.691.140,33
10.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0,00	0,00	0,00
11.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-8.726.653,60	-11.547.125,40	2.820.471,80
12.	+ Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-177.939,44	-124.638,40	-53.301,04
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	0,00	0,00	0,00
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-2.527.602,30	-440.854,56	-2.086.747,74
16.	+ Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00	0,00
17.	- Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0,00	0,00	0,00
18.	+ Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00	0,00
19.	- Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0,00	0,00	0,00
20.	+ Einzahlungen aus Zuwendungen	3.479.255,72	5.615.229,47	-2.135.973,75
21.	= Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit (10. bis 20.)	-7.952.939,62	-6.497.388,89	-1.455.550,73
22.	+ Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0,00	0,00	0,00
23.	- Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	0,00	0,00	0,00
24.	+ Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	50.732.609,21	56.597.303,35	-5.864.694,14
25.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und der Aufnahme von (Finanz-)Krediten	-41.236.646,05	-47.643.842,91	6.407.196,86
26.	= Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit (22. bis 25.)	9.495.963,16	8.953.460,44	542.502,72
27.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (9. + 21. +	4.620.604,57	842.512,25	3.778.092,32
28.	+/- Wechselkurs-, konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0,00	0,00	0,00
29.	+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	431.669,10	-410.843,15	842.512,25
30.	= Finanzmittelfonds am Ende der Periode (27. bis 29.)	5.052.273,67	431.669,10	4.620.604,57

Zum Zeitpunkt 31.12.2013 bestehen im „Konzern Stadt Kamen“ Kassenkredite in Höhe von 60.500 T€, die gänzlich der Kernverwaltung zuzuordnen sind. Der Bestand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 8.500 T€ (Vj: 4.000 T€) erhöht und resultiert aus den zuvor genannten Faktoren. Die Steigerung zum Vorjahr hängt unter anderem mit niedrigeren Schlüsselzuweisungen sowie mit Mehraufwendungen im Bereich der sozialen Leistungen (Transferaufwendungen) und Personal zusammen, die die Finanzierungstätigkeit des Konzerns negativ beeinflussen.

Desweiteren ergibt sich zum 31.12.2013 ein positiver „Cash-Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit“ in Höhe von ca. 3.078 T€. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Verbesserung um ca. 4.691 T€.

Die Verbesserung steht im Zusammenhang mit Mehrerträgen bei den Steuern und ähnlichen Abgaben, den Kostenerstattungen sowie den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten. Im Gegenzug erhöhen sich zwar auch die Aufwendungen - vor allem im Bereich Personal und der Transferzahlungen, jedoch ist der zahlungswirksame Anteil bei den Erträgen höher als bei den Aufwendungen. Verdeutlicht wird dies durch die Abweichung im Bereich der Zunahme/Abnahme der Forderungen (1.741 T€) und Verbindlichkeiten (354 T€).

Der „Cash-Flow aus Investitionstätigkeit“ ist negativ und beträgt ca. 7.953 T€. Insgesamt wurden in 2013 Investitionen in Höhe von ca. 11.432 T€ vorgenommen, die zu einem Mittelabfluss führten. Dagegen steht der Mittelzufluss aus Zuwendungen in Höhe von ca. 3.479 T€.

Insgesamt ergibt sich zum 31.12.2013 ein positiver Finanzmittelfonds in Höhe von ca. 5.052 T€.

Die Kennzahl „Liquiditätsgrad 2“ verdeutlicht bestehende Engpässe bei den liquiden Mitteln. Sie setzt die liquiden Mittel, erhöht um die kurzfristigen Forderungen ins Verhältnis zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten und gibt somit den Grad der Zahlungsfähigkeit an.

Zum 31.12.2013 liegt der Wert bei 20,5 % (Vj: 24,7 %) (s. NKF – Kennzahlenset NRW 2013). Ein Betrag unter 100% zeigt einen signifikanten Engpass auf. Im Vergleich zum Vorjahr stellt dies eine Verschlechterung von 4,2 %-Punkten dar. Die Abweichung ist begründet durch die deutliche Abnahme der kurzfristigen Forderungen (ca. 5.279 T€). Die Höhe der Kontokorrentkredite hat sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich (ca. 1.156 T€) verändert.

4.3 Prognose

Es wird weiterhin mit einer positiven Entwicklung der Wirtschaft gerechnet, welches sich entsprechend auf der Ertragsseite der Gesamtergebnisrechnung niederschlagen wird. Insbesondere wird weiterhin mit hohen Erträgen im Bereich der Steuern, sowie der Schlüsselzuweisungen kalkuliert. Da diese jedoch grundsätzlich von den konjunkturellen Entwicklungen abhängig sind, sind diese Positionen immer mit Unsicherheiten hinsichtlich der Höhe verbunden. Auch die grundsätzlich unsichere Höhe der Kreisumlage beeinflusst das Gesamtjahresergebnis. Für den Plan 2014 sind im Vergleich zum Ergebnis 2013 ca. 1.120 T€. mehr veranschlagt.

Im Bereich der Abwasserbeseitigung wird mit einem höheren Gebührenaufkommen gerechnet, jedoch steigen auch die Aufwendungen. Insgesamt wird für das Jahr 2014 mit einem positiven Ergebnis in Höhe von ca. 2.745 T€ gerechnet, was sich ebenfalls in der Gesamtergebnisrechnung widerspiegeln wird. Auch das Haushaltssicherungskonzept 2014 wird sich entlastend auf die Gesamtergebnisrechnung auswirken.

Für die Gesamtabschlüsse 2014 ff. wird aus den zuvor genannten Faktoren grundsätzlich mit einer positiven Entwicklung des Gesamtjahresergebnisses gerechnet. Bei dieser Betrachtung muss jedoch der einmalig positive Effekt aus der Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs außen vor gelassen werden.

5. Nachtragsbericht

In seiner Sitzung vom 18.09.2014 hat der Rat der Stadt Kamen zugestimmt, dass die Klinikum Westfalen GmbH der Stiftung Volmarstein ein Angebot zur Übernahme des Krankenhausbetriebes ihres evangelischen Krankenhauses Lütgendortmund unterbreiten kann.

Bei Realisation dieser Maßnahme, würde sich die Beteiligungsquote der Stadt Kamen an der Klinikum Westfalen GmbH verändern, was gegebenenfalls den Entfall aus dem Konsolidierungskreis zur Folge hätte.

Da jedoch bislang noch keine konkreten Ergebnisse feststehen, bleibt die Entwicklung und folglich auch die Auswirkung auf die künftigen Gesamtabschlüsse abzuwarten.

Darüber hinaus sind keine weiteren Entwicklungen und Risiken bekannt, die bestandsgefährdend oder geeignet wären, die Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns nachhaltig und wesentlich zu beeinträchtigen. Bestehenden Risiken wird durch bilanzielle Vorsorge Rechnung getragen.

Bezüglich der derivativen Finanzinstrumente wird auf die Ausführungen in der nachfolgenden Risikoberichterstattung verwiesen.

6. Risikoberichterstattung

Die wesentlichen Erträge des „Konzerns Stadt Kamen“ beinhalten die Erträge aus der Gewerbesteuer, dem Anteil an der Einkommenssteuer sowie aus den Schlüsselzuweisungen des Landes.

Ein Risiko für den „Konzern Stadt Kamen“ liegt insofern insbesondere darin, dass die genannten Ertragspositionen stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, dem Konjunkturverlauf und teilweise erheblich von gesetzlichen Änderungen abhängen.

In den Gesamtabchluss 2013 wurde der Bereich des Gesundheitswesens nicht mehr einbezogen. Die Fusion zum 01.01.2013 mit der Klinikum Westfalen GmbH hatte die Entkonsolidierung des Krankenhausbetriebs zur Folge.

Ein weiteres Risiko stellen die ebenfalls kaum zu beeinflussenden Aufwendungen dar. Hier ist unter anderem die Kreisumlage als wesentlicher Belastungsparameter zu nennen. Die Kreise sind in der rechtlichen Position die Abschreibungen zu refinanzieren, in dem sie diese in die Kreisumlage einrechnen.

Dadurch erhält dieser Belastungsparameter nicht nur zusätzliches Gewicht, sondern führt dazu, dass die Kommunen die Lasten der investiven Tätigkeiten der Kreise finanzieren müssen. Im Rahmen der Planung 2014 wurde mit einer leicht steigenden Kreisumlage gerechnet. Dies erzeugt die Erwartung, dass auch der Kreis Unna in den kommenden Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Konsolidierung seines Haushalts und damit zur Entlastung der kreisangehörigen Kommunen leisten wird. Aufgrund der sich jedoch aktuell abzeichnenden Entwicklung des Jahresergebnisses 2014 sowie der geplanten Ergebnisse 2015 ff. des Kreises Unna muss für die künftigen Gesamtabschlüsse mit einer deutlichen Steigerung dieser Aufwandsposition gerechnet werden.

Ein zusätzliches Risiko stellt auch die im geringen Umfang beeinflussbare Lippeverbandsumlage und Abwasserabgabe im Bereich der Stadtentwässerung dar.

Finanzielle Risiken für den „Konzern Stadt Kamen“ bestehen zudem in der Vorhaltung defizitärer Einrichtungen, die jedoch einen wesentlichen Standortfaktor für die Bürgerinnen und Bürger darstellen. Insbesondere angesichts der allgemeinen demografischen Entwicklung gewinnt dieser Faktor für die Kommunen immer mehr an Bedeutung bei der Entscheidung für die Wahl des Wohnortes ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Zum 31.12.2013 bestand ein Zinsswap mit einer Laufzeit bis zum 14.07.2026 und einem Nominalvolumen in Höhe von 2.065 T€. Darüber hinaus bestanden zwei CHF-Plus-Swaps mit einer Laufzeit bis zum 15.09.2019 bzw. bis zum 15.12.2019 und einem Nominalvolumen in Höhe von 2.500 T€ bzw. 5.000 T€, sowie zwei Zahler-Swaps mit einer Laufzeit bis zum 30.12.2028 bzw. bis zum 30.03.2036 und einem Nominalvolumen in Höhe von ca. 2.209,1 T€ bzw. 1.615,9 T€. Die Marktwerte der Swaps waren am 31.12.2013 negativ und betrugen 452,6 T€ (Vj. 574,2 T€) für den Zinsswap, 2.029,7 T€ (Vj. 2.404,7 T€) bzw. 4.059,4 T€ (Vj. 4.809,4 T€) für die CHF-Plus-Swaps und 229,5 T€ (Vj. 354,7 T€) bzw. 247,1 T€ (Vj. 368,9 T€) für die in 2011 abgeschlossenen Zahler-Swaps. Die Marktwerte begründen keine Zahllast.

Seit Ende 2011 wurden keine Zahlungen für den CHF-Plus-Swap mehr geleistet. Basierend auf einem Gutachten der Rechtsanwälte Rössner wird die Rückabwicklung der Swap-Verträge verlangt. Die Klageschrift gegen die West LB bzw. ihre Rechtsnachfolger (Portigon, EAA Erste Abwicklungsanstalt) wurde am 18.05.2012 beim Landgericht Dortmund eingereicht. Mit seinem Urteil vom 02.08.2013 hat das Landgericht Dortmund im Wesentlichen entschieden, dass keine gegenseitigen Ansprüche aus dem CHF-Plus-Swap sowie dem Zinsswap bestehen. Begründet wurde dieses dadurch, dass zum Zeitpunkt des Abschlusses das Rechtsgeschäft im Sinne einer doppelten Sittenwidrigkeit nichtig war. Daraufhin wurden auch die Zahlungen für den Zinsswap eingestellt. Gegen die Entscheidung des Landgerichts Dortmund wurde mit Schreiben vom 27.09.2013 durch die beauftragte Rechtsanwaltskanzlei Berufung beim Oberlandesgericht Hamm eingelegt.

Die in 2011 gebildete Drohverlustrückstellung (rd. 7.362,9 T€) wird unverändert beibehalten. Sie deckt das gesamte Risiko der von dem Ergebnis des Klageverfahrens abhängigen finanziellen Risiken ab.

Die Gesamtergebnisrechnung und Konzernkapitalflussrechnung des Konzerns profitieren momentan von einem außerordentlich günstigen Zinsklima, das seinen Ursprung und aktuellen Stand in der globalen Finanzkrise hat.

Rechtliche und finanzielle Risiken werden durch Vorgaben per Gesetz und nachstehende organisatorische Kontrollmechanismen minimiert:

- FB 14 - Rechnungsprüfung -
- Beschlussfassungen im Fachausschuss und im Rat der Stadt Kamen bei wesentlichen Entscheidungen
- Vergabestelle im FB 30 - Bürger Service -
- Korruptionsbekämpfungsgesetz
- Allgemeine Dienstanweisung der Stadt Kamen
- Mitgliedschaft in den Aufsichtsräten der Tochtergesellschaften
- Kämmerer als Betriebsleiter des Eigenbetriebes Stadtentwässerung Kamen
- Bürgermeister als Verbandsvorsteher der Volkshochschule Kamen-Bönen
- Zentrales Controlling durch den FB 10.2

Ebenso tragen folgende Instrumente dazu bei, die zukünftigen Risiken rechtzeitig erkennen und überschaubar halten zu können:

- Haushalts- und Wirtschaftspläne
- Zentrales Darlehensmanagement
- Liquiditätsplanung

Zugleich wird bei den erheblichen Belastungsparametern der Lippeverbands- und Abwasserabgabe durch engen Kontakt mit dem Lippeverband dafür Sorge getragen, eine möglichst risikominimierte Planungssicherheit im Hinblick auf die Entwicklung der Gebührensätze für Schmutz- und Niederschlagswasser zu schaffen.

Die Abdeckung der Risiken im technischen Bereich des Aufgabengebiets „Stadtentwässerung“ wird gemäß § 18a und §§ 54 bis 61 WHG und § 53 LWG NRW sowie durch die Umsetzung der Selbstüberwachungsverordnung Kanal NRW (SüV-Kan) gewährleistet. Um technische Risiken zu vermeiden bzw zu minimieren, werden bei den Kanalbaumaßnahmen vor Baubeginn und baubegleitend notwendige Bodenuntersuchungen und Beweissicherungsverfahren durchgeführt. Auch ausreichender Sicherheits- und Arbeitsschutz auf den Baustellen wird regelmäßig durch Beauftragung fachkompetenter Ingenieurbüros gewährleistet.

Durch ein gesetzlich vorgegebenes Mahnverfahren innerhalb des Bereichs der Stadtkasse mit der zusätzlichen Wahrnehmung der Beitreibung offener Forderungen durch eigene Vollziehungsbeamte ist ein gut funktionierendes Forderungsmanagement gegeben.

Die Finanz- und Bilanzbuchhaltung der Kernverwaltung ist organisatorisch so gestaltet, dass für alle Arbeitsplätze eine klar definierte Produktverantwortung pro Mitarbeiter mit jeweils identischen Arbeitsabläufen und mit einer Vertretungsregelung existiert. Diese Vorgehensweise unterstreicht und stärkt die Verantwortlichkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für bestimmte, abgegrenzte und ihnen zugeordnete Bereiche. Durch die identischen Arbeitsabläufe für alle Produkte kann die Vertretungsregelung bei Abwesenheit flexibler gestaltet und die Gefahr eines Arbeitsstaurisikos minimiert werden.

Seit Juli 2010 ist der Bereich der Stadtkasse organisatorisch der Finanz- und Bilanzbuchhaltung zugeordnet. Mit dieser Bündelung aller Aufgaben des gesamten Buchungsgeschäftes innerhalb einer Gruppe werden die Transparenz und das Erkennen eines Handlungsbedarfs für Änderungen der Arbeitsabläufe im operativen Geschäft verbessert.

7. NKF - Kennzahlenset NRW 2013

Einleitung

Das NKF - Kennzahlenset NRW ist in gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Gemeinden sowie der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung (VERPA) zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen erarbeitet worden. Es besteht aus 18 Kennzahlen, welche die haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation, die Vermögenslage, die Finanzlage und die Ertragslage darstellen. Somit macht das NKF - Kennzahlenset NRW eine Bewertung des Haushalts und der wirtschaftlichen Lage jeder Gemeinde nach einheitlichen Kriterien, besonders für die Aufsichtsbehörden, möglich. Bei der Auswertung der Kennzahlen ist darauf zu achten, dass das Kennzahlenset nur bei vollständiger Betrachtung aussagekräftig ist. Die Auswertung einzelner Kennzahlen kann zu Fehlinterpretationen führen. Grundlage für das folgende NKF - Kennzahlenset bildet der geprüfte Gesamtabschluss 2013.

Kennzahlen gemäß NKF - Kennzahlenset NRW

Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation

1. Aufwandsdeckungsgrad
2. Eigenkapitalquote 1
3. Eigenkapitalquote 2
4. Fehlbetragsquote

Kennzahlen zur Vermögenslage

5. Infrastrukturquote
6. Abschreibungsintensität
7. Drittfinanzierungsquote
8. Investitionsquote

Kennzahlen zur Finanzlage

9. Anlagendeckungsgrad 2
10. Dynamischer Verschuldungsgrad
11. Liquidität 2. Grades
12. Kurzfristige Verbindlichkeitsquote
13. Zinslastquote

Kennzahlen zur Ertragslage

14. Netto - Steuerquote
15. Zuwendungsquote
16. Personalintensität
17. Sach- und Dienstleistungsintensität
18. Transferaufwandsquote

Haushaltswirtschaftliche Gesamtsituation

1. Aufwandsdeckungsgrad

Diese Kennzahl zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung (Aufwandsdeckungsgrad = 100%) erreicht werden.

		2013	2012	2011
Aufwandsdeckungsgrad =	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	94,3%	91,6%	93,5%

2. Eigenkapitalquote 1

Die Eigenkapitalquote 1 zeigt die Höhe des Eigenkapitals am Gesamtkapital an. In der Gesamtbilanz errechnet sich zum 31.12.2013 ein niedriger Anteil von 18,3 %. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto unabhängiger ist der Konzern von externen Fremdkapitalgebern und desto größer ist die Ausgleichsmöglichkeit bei eintretenden Verlusten. Ebenso kann diese Kennzahl einen wichtigen Bonitätsfaktor darstellen. Als Richtwert ist ein Prozentsatz von 50 % vorgegeben. Niedrige Prozentzahlen können Anzeichen von einer drohenden Überschuldung sein. Mit 18,3 % wird dieser Richtwert deutlich unterschritten.

		2013	2012	2011
Eigenkapitalquote 1 =	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	18,3%	15,2%	21,9%

3. Eigenkapitalquote 2

Hiermit wird der Anteil des „wirtschaftlichen“ Eigenkapitals am Gesamtkapital gemessen. Weil die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese erweitert. Sonderposten dienen der Finanzierung von Anlagevermögen und stärken den Konzern in seiner Kapitalstruktur. Die Eigenkapitalquote verbessert sich dadurch zum 31.12.2013 auf 44,3 %.

		2013	2012	2011
Eigenkapitalquote 2 =	$\frac{\text{EK} + \text{Sopo Zuw./Beiträge} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	43,4%	44,1%	50,7%

4. Fehlbetragsquote

Diese Kennzahl gibt Auskunft über den durch einen Fehlbetrag in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil. Da mögliche Sonderrücklagen unberücksichtigt bleiben müssen, bezieht die Kennzahl ausschließlich die Ausgleichsrücklage und die Allgemeine Rücklage ein. Die Ausgleichsrücklage des „Konzerns Stadt Kamen“ beträgt 0 €. Je höher die Fehlbetragsquote ist, umso stärker wird das Eigenkapital gemindert. Aufgrund des positiven Gesamtjahresergebnisses kann diese Kennzahl für 2013 nicht berechnet werden.

		2013	2012	2011
Fehlbetragsquote =	$\frac{\text{Negatives Jahreserg.} \times (-100)}{\text{Ausgleichsrüchl.} + \text{Allg. Rücklage}}$	-	30,8%	16,8%

Kennzahlen zur Vermögenslage

5. Infrastrukturquote

Die Infrastrukturquote ist eine Kennzahl, die Auskunft über den Anteil des in der Infrastruktur gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen des Konzerns gibt. Die Kennzahl gibt insofern einen Hinweis auf etwaige Belastungen (Folgeaufwendungen), die aus der Infrastruktur resultieren. Da das Infrastrukturvermögen in der Regel nicht veräußerbar ist, kann die Quote nur langfristig beeinflusst werden.

		2013	2012	2011
Infrastrukturquote =	$\frac{\text{Infrastrukturvermögen} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	49,4%	48,3%	48,2%

6. Abschreibungsintensität

Die Abschreibungsintensität gibt an, welchen Teil die bilanziellen Abschreibungen auf das Anlagevermögen an den gesamten ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Da es sich bei bilanziellen Abschreibungen um weitestgehend fixe Aufwendungen handelt, kann die Kommune sie kaum abbauen. Hierbei ist zu beachten, dass eine geringe Abschreibungsquote auch bedeuten kann, dass das Vermögen bereits größtenteils abgeschrieben ist und das „alte“ Anlagevermögen nicht durch neue Anlagen ersetzt wurde.

		2013	2012	2011
Abschreibungsintensität =	$\frac{\text{Bilanzielle Abschreibungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	11,6%	11,1%	10,8%

7. Drittfinanzierungsquote

Die Kennzahl gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten die Belastung durch die Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich. Eine hohe Drittfinanzierungsquote ist als positiv zu beurteilen.

		2013	2012	2011
Drittfinanzierungsquote =	$\frac{\text{Auflösung Sonderposten} \times 100}{\text{Bilanzielle Abschreibungen auf AV}}$	48,0%	45,6%	44,4%

8. Investitionsquote

Die Kennzahl gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgänge neue Investitionen gegenüber stehen. Eine geringere Investitionsquote lässt auf weniger Investitionen und somit auf ein alterndes Vermögen schließen.

		2013	2012	2011
Investitionsquote =	$\frac{\text{Bruttoinvestition} \times 100}{\text{Abgänge AV} + \text{AfA AV}}$	36,2%	51,9%	80,2%

Kennzahlen zur Finanzlage

9. Anlagendeckungsgrad 2

Der Anlagendeckungsgrad 2 ist eine Kennzahl, die anzeigt, inwieweit das Anlagevermögen durch das langfristig zur Verfügung stehende Kapital (Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital) gedeckt ist. Diese Kennzahl ist auch als "Goldene Bilanzregel" bekannt. Im Optimalfall sollte der Anlagendeckungsgrad 2 über 100% betragen.

		2013	2012	2011
Anlagendeckungsgrad 2 =	$\frac{(\text{EK} + \text{Sopo Zuw./Beiträge} + \text{langfr. FK}) \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	80,2%	76,9%	81,6%

10. Dynamischer Verschuldungsgrad, hier: Effektivverschuldung

Mit Hilfe der Kennzahl Dynamischer Verschuldungsgrad lässt sich die Schuldentilgungsfähigkeit des Konzerns beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, da sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Der Dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen. Dieses Jahr ist der Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit erstmalig positiv. Dies ist als gut zu beurteilen, da ein positiver dynamischer Verschuldungsgrad über 0 Jahre eine Schuldentilgung prognostiziert.

		2013	2012	2011
Dynamischer Verschuldungsgrad =	$\frac{\text{Effektivverschuldung}}{\text{Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (FR)}}$	71,6 Jahre	-142,0 Jahre	-49,8 Jahre

		2013	2012	2011
Effektivverschuldung =	$\frac{\text{Gesamtes Fremdkapital} \text{ ./. Liquide Mittel} \text{ ./. kurzfristige Forderungen}}{\text{= Effektive Verschuldung}}$	220 Mio. €	229 Mio. €	203 Mio. €

11. Liquidität 2. Grades

Die Liquidität 2. Grades gibt stichtagsbezogen an, inwieweit die kurzfristigen Forderungen und liquiden Mittel zum Bilanzstichtag die kurzfristigen Verbindlichkeiten decken. Die Kennzahl sollte bei mindestens 100% liegen, um die Zahlungsfähigkeit sicherzustellen. Ein niedrigerer Wert zeigt einen signifikanten Liquiditätsengpass auf.

		2013	2012	2011
Liquidität 2. Grades =	$\frac{(\text{Liquide Mittel} + \text{kurzf. Forderungen}) \times 100}{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten}}$	20,5%	24,7%	32,9%

12. Kurzfristige Verbindlichkeitsquote

Wie hoch die Gesamtbilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl Kurzfristige Verbindlichkeitsquote beurteilt werden. Insofern sollte der Wert möglichst gering sein.

		2013	2012	2011
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote =	$\frac{\text{Kurzfristige Verbindlichkeiten} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	9,5%	9,3%	5,5%

13. Zinslastquote

Die Kennzahl Zinslastquote zeigt die anteilmäßige Belastung des Konzerns mit Zinsaufwendungen an. Damit gibt sie Hinweise auf das Ausmaß der anteiligen Belastung des Konzerns durch in der Haushalts- bzw. Rechnungsperiode oder in Vorjahren aufgenommene Kassenkredite und Kredite. Eine hohe Quote ist ein Indiz für eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten des Konzerns.

		2013	2012	2011
Zinslastquote =	$\frac{\text{Finanzaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	3,6%	3,0%	9,3%

Kennzahlen zur Ertragslage

14. Netto – Steuerquote

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich der Konzern "selbst" finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter, z. B. staatlichen Zuwendungen, ist. Weil dem Bund und dem Land Anteile am Aufkommen der Gewerbesteuer zustehen, ist es erforderlich, die Aufwendungen für die von dem Konzern zu leistende Gewerbesteuerumlage sowie für die Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit von den Steuererträgen in Abzug zu bringen. Eine hohe Netto-Steuerquote deutet in der Regel auf eine hohe Finanzkraft des Konzerns hin.

		2013	2012	2011
Netto – Steuerquote =	$\frac{(\text{Steuererträge} \text{./. Gew.St.Umlage} \text{./. Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit}) \times 100}{\text{Ordentliche Erträge} \text{./. Gew.St.Umlage} \text{./. Finanzierungsbet. Fonds Dt. Einheit}}$	38,2%	29,1%	28,8%

Gewerbesteuerumlage + Finanzierungsbeteiligung Fonds Dt. Einheit = 2.437.778,03 €

15. Zuwendungsquote

Inwieweit der Konzern von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist, verdeutlicht die Zuwendungsquote. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft des Konzerns hinweisen.

		2013	2012	2011
Zuwendungsquote =	$\frac{\text{Erträge aus Zuwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$	27,2%	25,2%	24,3%

16. Personalintensität

Die Personalintensität gibt im Sinne einer Personalaufwandsquote an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Personal ist ein Inputfaktor zur Erstellung kommunaler Outputs. Eine niedrige Quote ist daher nicht unbedingt ein positives Signal. Stellenabbau und damit eine Reduktion der Personalaufwandsquote kann zu Qualitätsminderung führen.

		2013	2012	2011
Personalintensität =	$\frac{\text{Personalaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	21,7%	29,6%	29,5%

17. Sach- und Dienstleistungsintensität

In welchem Ausmaß die Gemeinde Leistungen Dritter in Anspruch genommen hat, zeigt die Kennzahl Sach- und Dienstleistungsintensität. Umso geringer die Kennzahl, desto weniger bzw. desto günstigere Leistungen Dritter wurden in Anspruch genommen. Dies ist nicht zwangsläufig positiv zu bewerten, da sich unter Umständen Leistungen verschlechtern.

		2013	2012	2011
Sach- und Dienstleistungsintensität =	$\frac{\text{Aufw. für Sach- und Dienstleistungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	18,4%	20,2%	20,0%

18. Transferaufwandsquote

Die Kennzahl gibt an, in welchem Umfang die Kommune durch Transferaufwendungen belastet wird. Eine geringere Quote kann insofern als gut bewertet werden.

		2013	2012	2011
Transferaufwandsquote =	$\frac{\text{Transferaufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$	40,3%	30,9%	31,1%

8. Angaben zum Verwaltungsvorstand und zu den Ratsmitgliedern

Stand 31.12.2013

Teil A: Ratsmitglieder

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Bahcekapili	Cetin	Arbeitssuchend	keine	keine	keine
Blaschke	Thomas	bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger, Energieberater im Handwerk	keine	- stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH - stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Bucek	Werner	Lehrer / Pensionär	keine	-stellv. beratendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen ab 26.09.2013 -stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen ab 08.10.2013	keine
Dreher	Britta	Medizinische Fachangestellte	keine	- Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH - stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der TECHNOPARK Kamen GmbH - stellv. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Dyduch	Marion	Angestellte; Personalentwicklung Jobcenter Dortmund	keine	- Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen - Mitglied in der Verbandsversammlung des Lippeverbandes - Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW - Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen - Mitglied im Risikoausschuss der Sparkasse UnnaKamen - Mitglied im Hauptausschuss der Sparkasse UnnaKamen - stellv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungs GmbH - Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	keine
Ebbinghaus	Dirk	Rentner	keine	- Mitglied in der Zweckverbandsversammlung Sparkasse UnnaKamen	keine

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Eckardt	Joachim	Rektor einer Hauptschule	keine	- Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH - stellv. Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW - stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - stellv. Mitglied. in der Verbandsversammlung des Westf.-Lipp. Sparkassen- und Giroverbandes - stellv. Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen	keine
Eisenhardt	Ralf	Soldat	keine	- Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW - Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen - stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der TECHNOPARK Kamen GmbH - Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - Mitglied in der Mitgliederversammlung der Zukunftsaktion Kohlegebiete (ZAK) e.V. - Mitglied der Kuratoriums-Stiftung Sozialwerk Heeren-Werve	keine
Fuhrmann	Rainer	Polizeibeamter	keine	- Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen - Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH - Mitglied in der Mitgliederversammlung der Naturförderungsgesellschaft - Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - stellv. Vorsitzender im Rechnungsprüfungsausschuss des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -stellv. Vorsitzender in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Gercek	Kaya	Rechtsanwalt	keine	- stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke Kamen, Bönen, Bergkamen - Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH - stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Gerdes	Rosemarie	Hausfrau ----- gelegentlich Promotion	keine	- stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH - Mitglied in der Versammlungsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - Mitglied im Beirat der Klinikum Westfalen GmbH	keine
Grosch	Klaus-Dieter	Lehrer	keine	- Beratendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - Mitglied in der Versammlungsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Gube	Astrid	Hausfrau	keine	- Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH - stellv. Mitglied in der Mitgliederversammlung der Naturförderungsgesellschaft - stellv. Mitglied im der Gesellschafterversammlung der TECHNOPARK Kamen GmbH - Mitglied in der Versammlungsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - stellv. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Hartig	Petra	Medizinische Fachangestellte	keine	- Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen - Mitglied im Aufsichtsrat der Klinikum Westfalen GmbH - stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener BetriebsführungsGmbH - stellv. Mitglied in der Versammlungsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Hasler	Reinhard	Kommunalbeamter	keine	- Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen - Mitglied in der Mitgliederversammlung des Rates der Gemeinden Europas – Deutsche Sektion - stellv. Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW - stellv. Mitglied in der Versammlungsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - stellv. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Heidenreich	Hans-Dieter	Rentner	keine	- Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener BetriebsführungsGmbH - Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Heidler	Daniel	Studienrat (M.Ed.)	keine	- Mitglied im Aufsichtsrat der TECHNOPARK Kamen GmbH - Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Holtmann	Peter	Bergmechaniker i.R.	keine	- Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Westfalen GmbH - stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Jung	Renate	Rentnerin	keine	- stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH - Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - stellv. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - Mitglied im Zweckverband der Sparkasse UnnaKamen	keine
Kasperidus	Klaus	Systementwickler Dipl.-Mathematiker	keine	- stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen - Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - stellv. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Kemna	Wilhelm	Leiter Fachkommissariat	keine	- stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen - stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener BetriebsführungsGmbH - stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - stellv. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Kissing	Heinrich	Dipl.-Ingenieur (Geotechnik), GeschäftsführerGeok GmbH	Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Hamm Gas GmbH & Co.KG	-stellv. Mitglied in der Mitgliederversammlung des Rates der Gemeinden Europas - Deutsche Sektion -Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW -stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -Mitglied in der Verbandsversammlung des Lippeverbandes	keine
Klanke	Heiko	Lehrer	keine	-stellv. Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen -stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Technopark Kamen GmbH -stellv. Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW -Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Kloß	Dieter	Rentner	keine	keine	keine
Krause	Michael	kfm. Angestellter (Groß- und Außenhandelskaufmann)	keine	- stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen - stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Unnaer Kreis-, Bau- und SiedlungsGmbH - stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -Mitglied in der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse UnnaKamen	keine
Kühnapfel	Klaus-Bernhard	Projektleiter im Ingenieur- und Planungsbüro	keine	-stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen - stellv. Mitglied im Gesamtvorstand der Naturförderungsgesellschaft -stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen - stellv. Mitglied der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Lenkenhoff	Gabriele	Angestellte bei der Landesgruppe der Abgeordneten DIE LINKE im Bundestag	keine	-stellv. beratendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen bis 02.09.2013 -stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen bis02.09.2013	keine

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Lipinski	Friedhelm	Studiendirektor a.D.	keine	-Mitglied im Aufsichtsrat der Unnaer Kreis-, Bau- und SiedlungsGmbH -Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH -stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -Mitglied in der Verbandsversammlung des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes -stellv. Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH - 2. stellv. Vorsitzender im Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen	keine
Mann	Annette	Diplom-Sozialarbeiterin	keine	-Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen -stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener BetriebsführungsGmbH -Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW -Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Unnaer Kreis-, Bau- und SiedlungsGmbH -stellv. Mitglied im Zweckverband der Sparkasse UnnaKamen -stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen Mitglied im Beirat der Klinikum Westfalen GmbH	keine
Marc	Ullrich	Elektriker im Vorruhestand	keine	-Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Middendorf	Susanne	Hörgeräteakustikerin	keine	-Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Kamener BetriebsführungsGmbH -stellv. Mitglied in der Mitgliederversammlung der Naturförderungsgesellschaft -stellv. Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW -Mitglied im Aufsichtsrat der Technopark Kamen GmbH - stellv. Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen	keine
Möller	Alexandra	Dipl.-Sozialpädagogin / Leiterin einer Tageseinrichtung für Kinder	keine	- Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Mork	Adrian	Fachdienstleiter bei der Stadtverwaltung Schwerte	keine	-Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen -stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -stellv. beratendes Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -stellv. Mitglied der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes	Aufsichtsratsmitglied - Die Energiegesellschaft eG
Müller	Ursula	Bankkauffrau	keine	-Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener BetriebsführungsGmbH -stellv. Mitglied in der Mitgliederversammlung des Rates der Gemeinden Europas - Deutsche Sektion -stellv. Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW -Mitglied im Aufsichtsrat der Technopark Kamen GmbH -Mitglied in der Gesellschafterversammlung Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH -Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Rickwärtz-Naujokat	Heinrich	Pensionär	keine	-stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	Geschäftsführer der Firma eHealth Experts GmbH
Runde	Silvester	Angestellter	keine	-stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -Mitglied im Beirat der Klinikum Westfalen GmbH	keine
Scharrenbach	Ina	Mitglied des Landtages NRW	keine	-stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Schaumann	Heike	Immobilienverwaltung (selbständig)	keine	-stellv. Mitglied der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -stellv. beratendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Theimann	Udo	Rentner	keine	-stellv. Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Wältermann	Theodor	Rentner	keine	-Mitglied in der Gesellschafterversammlung der TECHNOPARK Kamen GmbH -Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Weber	Franz Hugo	Beamter i.R.	keine	-stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen -Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener BetriebsführungsGmbH -Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -stellv. Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Werning	Bettina	kfm. Angestellte	keine	-Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen -stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener BetriebsführungsGmbH -Mitglied der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -Mitglied der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine
Wiedemann	Manfred	Rentner	keine	-Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen -Mitglied im Aufsichtsrates der Klinikum Westfalen GmbH -Mitglied in der Mitgliederversammlung des Rates der Gemeinden Europas - Deutsche Sektion -Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW -stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der WirtschaftsförderungsGmbH für den Kreis Unna -Mitglied in der Mitgliederversammlung der Zukunftsaktion Kohlegebiete (ZAK) e.V.	keine
Wiegelmann	Martin	Sozialversicherungsfachangestellter	keine	-Mitglied der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen -Beratendes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Zühlke	Nicola	Bankkauffrau	keine	-stellv. Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener BetriebsführungsGmbH -Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS- Zweckverbandes Kamen-Bönen	keine

Teil B:
Verwaltungsvorstand

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Hupe	Hermann	Bürgermeister	Mitglied im Beirat der Gelsenwasser AG	➤ stellv. Mitglied im Verwaltungsausschuss der Bundesagentur für Arbeit ➤ Mitglied im Regionalbeirat Arnsberg des Gemeindeversicherungsverbandes ➤ Vorsitzender des Aufsichtsrates der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen ➤ Mitglied im Beirat der GSW Com ➤ Mitglied im Beirat der Helinet GmbH ➤ Mitglied des Aufsichtsrates der Klinikum Westfalen GmbH ➤ Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener BetriebsführungsGmbH ➤ Mitglied in der Verbandsversammlung des Lippeverbandes ➤ Mitglied im Widerspruchsausschuss des Lippeverbandes ➤ Mitglied in der Mitgliederversammlung des Rates der Gemeinden Europas - Deutsche Sektion ➤ Mitglied in der Regionalkonferenz für die Region Dortmund/Unna/Hamm ➤ Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW ➤ Mitglied im Hauptausschuss des Städte- und Gemeindebundes NRW ➤ Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse UnnaKamen ➤ Mitglied der Zweckverbandsversammlung Sparkasse UnnaKamen ➤ Vorsitzender des Aufsichtsrates der Technopark Kamen GmbH ➤ Mitglied im Aufsichtsrat der Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH ➤ Mitglied in der Mitgliederversammlung der Zukunftsaktion Kohlegebiete (ZAK) e.V.	keine

Name	Vorname	ausgeübter Beruf	Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien	Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigen Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form	Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen
Mösgen	Jörg	1. Beigeordneter	keine	➤ Mitglied im Aufsichtsrat der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen ➤ Mitglied im Beirat der HeLI NET GmbH ➤ Mitglied im Aufsichtsrat der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH ➤ Mitglied in der Verbandsversammlung des Lippeverbandes ➤ stellv. Mitglied in der Regionalkonferenz für die Region Dortmund/Unna/Hamm ➤ stellv. Mitglied in der Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW ➤ Mitglied im Aufsichtsrat der Technopark Kamen GmbH ➤ Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Westfalen GmbH ➤ stellv. Verbandsvorsitzender Sparkassenzweckverband	keine
Brüggemann	Reiner	Beigeordneter	keine	➤ Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen, Bönen, Bergkamen ➤ Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH ➤ Mitglied in der Gesellschafterversammlung Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co.KG ➤ Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen ➤ Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen ➤ Mitglied in der Verbandsversammlung des VHS-Zweckverbandes Kamen-Bönen ➤ Mitglied im Aufsichtsrat der Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH ➤ Mitglied im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	keine



Beteiligungsbericht Konzern Stadt Kamen

2013

(Geschäftsjahr 2013)

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Vorwort.....	69
II. Zulässigkeit wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Betätigung	71
III. Organisationsformen der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung	75
IV. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Kamen zum 31.12.2013	77
A. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Kamen	78
B. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Kamen	78
V. Vertretung in den Gremien der Unternehmen und Einrichtungen	81
VI. Darstellung der einzelnen Unternehmen	83
Bildung und Kultur	85
1. VHS - Zweckverband Kamen - Bönen	87
Gesundheitsdienst.....	93
2. Klinikum Westfalen GmbH	95
Ver- und Entsorgung	103
3. GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen.....	105
3.1. GSWcom-Vertriebsgesellschaft mbH	117
4. Stadtentwässerung Kamen	121
Verkehr	127
5. Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU).....	129
Wirtschaft und Tourismus.....	137
6. TECHNOPARK KAMEN GmbH	139
7. Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)	146
8. Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH (KBG)	154
9. Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)	160
10. Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG.....	166

I. Vorwort

Die Stadt Kamen bedient sich im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung zur Erledigung und Wahrnehmung einer Vielzahl öffentlicher Aufgaben kommunaler Unternehmen und Einrichtungen des privaten und öffentlichen Rechts.

Nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der aktuellen Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW.S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2013 (GV. NRW. S. 878), dürfen sich Kommunen zur Erledigung der ihnen übertragenen Aufgaben nicht unbegrenzt auf wirtschaftlichem Gebiet betätigen. Bei der Gründung oder der Beteiligung an Unternehmen oder Einrichtungen in öffentlicher oder privater Rechtsform unterliegen die Kommunen maßgeblich dem 11. Teil der GO NRW.

Das Land NRW hat zum 01.01.2005 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) für die Kommunen des Landes eingeführt, was auch grundlegenden Einfluss auf den Beteiligungsbericht hat. Der § 3 NKF Einführungsgesetz NRW (NKFEGR NRW) regelt die Aufstellung des sogenannten neuen Beteiligungsberichts:

- (1) Gemeinden und Gemeindeverbände haben spätestens zum Stichtag 31. Dezember 2010 einen Beteiligungsbericht nach § 117 der Gemeindeordnung NRW und § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW aufzustellen. In der Zeit vom Inkraft-Treten dieses Gesetzes bis zum Stichtag nach Satz 1 kann der Beteiligungsbericht nach den Vorschriften des Satzes 1 jeweils zum Schluss eines Haushaltsjahres aufgestellt werden.

Der neue Beteiligungsbericht ist nach § 49 Abs. 2 Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) und nach § 117 Abs. 1 S. 2 GO NRW dem Gesamtabschluss beizufügen. Mit der Vorlage des Gesamtabchlusses zum 31.12.2013 wird der Beteiligungsbericht diesem als Anlage beigelegt. Während der Gesamtabchluss die Jahresabschlüsse der Stadt und der wesentlichen verselbständigten Aufgabenbereiche konsolidiert, legt der Beteiligungsbericht indessen den Fokus auf die einzelnen Beteiligungen.

Gemäß § 117 Abs. 1 GO NRW hat die Gemeinde einen Beteiligungsbericht zu erstellen und jährlich fortzuschreiben, in dem ihre wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigungen, unabhängig davon, ob verselbständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern sind. Der Beteiligungsbericht ist gemäß Absatz 2 dem Rat und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Die Gemeinde hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

Im Beteiligungsbericht nach § 117 der GO NRW sind gem. § 52 GemHVO NRW gesondert anzugeben und zu erläutern:

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligung untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Mit dem Beteiligungsbericht 2013 erfolgt die 20. Fortschreibung des Berichts. Einbezogen wurde das Datenmaterial aus dem abgeschlossenen Geschäftsjahr 2013. Der aktuelle Beteiligungsbericht stellt alle wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Stadt Kamen zum Stand 31.12.2013 dar.

Die Regelungen nach dem NKF wurden berücksichtigt. Zudem wurden Kennzahlen nach der NKF Handreichung für Kommunen gebildet, die Auskunft über die Ertragslage, den Vermögensaufbau, die Anlagenfinanzierung und die Kapitalausstattung geben.

- Die Kennzahl der „Eigenkapitalrentabilität“ (Ertragslage) dokumentiert, wie hoch sich das vom Kapitalgeber investierte Kapital innerhalb einer Periode verzinst hat.
- Die Kennzahl „Anlagenintensität“ (Vermögensaufbau) stellt ein Verhältnis zwischen dem Anlagevermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Anlagenvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entspricht. Die Anlagenintensität gibt Hinweise auf die finanzielle Unabhängigkeit der Beteiligung. Eine hohe Anlagenintensität hat in der Regel hohe Fixkosten in Form von Abschreibungen zur Folge.
- Die Kennzahl „Anlagendeckungsgrad“ (Anlagenfinanzierung) gibt Auskunft, inwieweit das langfristige Vermögen durch Eigenkapital finanziert ist und ist auch als „Goldene Bilanzregel“ oder „Grundsatz der Fristenkongruenz“ bekannt. Grundsätzlich sollte der Anlagendeckungsgrad 100% betragen.
- Die Kennzahl „Eigenkapitalquote“ (Kapitalausstattung) misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten Kapital auf der Passivseite der Bilanz. Die Eigenkapitalquote zeigt an, in welchem Umfang das Vermögen der Beteiligung durch Eigenkapital finanziert ist. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto unabhängiger ist die Beteiligung von externen Kapitalgebern.

Der Beteiligungsbericht wird mit dem Gesamtabschluss zur Einsichtnahme für jeden Interessierten bereitgehalten und kann ebenfalls im Internet unter www.stadt-kamen.de eingesehen werden. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme wird in den Kamener Bekanntmachungen – Amtsblatt der Stadt Kamen – öffentlich hingewiesen.

Kamen, im September 2014
Der Bürgermeister

gez.
Hupe

II. Zulässigkeit wirtschaftlicher und nicht wirtschaftlicher Betätigung

Rechtsgrundlage für die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde sind die §§ 107 ff. GO NRW. Der § 107 GO NRW unterscheidet zwischen wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Betätigung.

wirtschaftliche Betätigung

Nach § 107 Abs. 1 S. 3 GO NRW ist als wirtschaftliche Betätigung der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Zulässig ist die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde dann, wenn

- ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- der öffentliche Zweck bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebs von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Das Betreiben eines Telekommunikationsnetzes umfasst nicht den Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationsanlagen.

Ein öffentlicher Zweck liegt dann vor, wenn die Leistungen und Lieferungen eines Unternehmens im Aufgabenbereich der Gemeinde liegen und eine im öffentlichen Interesse gebotene Versorgung der Einwohner zum Ziel haben. Öffentlicher Zweck in diesem Sinne ist somit jede gemeinwohlorientierte, im öffentlichen Interesse der Einwohner liegende Zielsetzung, also die Wahrnehmung einer sozial-, gemeinwohl- und damit einwohnernützigen Aufgabe.

Weitere Voraussetzung ist, dass die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht. Die Voraussetzung entspricht dem allgemeinen Grundsatz, dass jede wirtschaftliche Betätigung der Gemeinde sich in den Grenzen halten muss, die ihre Leistungsfähigkeit setzt. Erforderlich ist demzufolge eine Relation zwischen der allgemeinen Leistungsfähigkeit der Gemeinde einerseits und der konkreten (finanziellen) Beteiligung an einem Unternehmen andererseits.

Die Zulässigkeit wird über den Absatz 3 des § 107 GO NRW weiter eingeschränkt. So ist die wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde außerhalb des Gemeindegebietes unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 nur zulässig, wenn die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt werden. Die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung auf ausländischen Märkten ist nur zulässig, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht. Die Aufnahme einer solchen Betätigung bedarf der Genehmigung.

Darüber hinaus bestimmt § 107 Abs. 5 GO NRW, dass vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung an Unternehmen im Sinne des Absatzes 1 der Rat auf der Grundlage einer Marktanalyse über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements und über die Auswirkungen auf das

Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten ist. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und der für die Beschäftigten der jeweiligen Branche handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zur Marktanalyse zu geben.

nichtwirtschaftliche Betätigung

In § 107 Abs. 2 GO NRW wird der Betrieb von folgende Einrichtungen aus dem Begriff der wirtschaftlichen Betätigung herausgenommen:

1. Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
2. öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Erziehung, Bildung oder Kultur, Sport oder Erholung und Gesundheits- oder Sozialwesen,
3. Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
4. Einrichtungen des Umweltschutzes, insbesondere der Abfallentsorgung oder Abwasserbeseitigung sowie des Messe- und Ausstellungswesens,
5. Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen.

Der Betrieb von Einrichtungen dieser Art gilt kraft Gesetzes als nichtwirtschaftliche Betätigung und ist somit nicht an die Zulässigkeitsvoraussetzungen des § 107 Abs. 1 GO NRW gebunden. Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend der Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

Der Absatz 4 des § 107 GO NRW schränkt die nicht wirtschaftliche Betätigung außerhalb des Gemeindegebietes insofern ein, als dass diese nur zulässig sind, wenn die Voraussetzungen des Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 2 vorliegen. Entsprechendes gilt für die nichtwirtschaftliche Betätigung auf ausländischen Märkten. Jedoch bedarf es bei der Aufnahme einer solchen Betätigung einer Genehmigung.

Energiewirtschaftliche Betätigung

Durch Artikel 1 des Gesetzes zur Revitalisierung des Gemeindewirtschaftsrechts vom 21. Dezember 2010, in Kraft getreten am 29. Dezember 2010, wurde u. a. der § 107a in die Gemeindeordnung NRW eingefügt.

In § 107a Abs. 1 GO NRW wird für wirtschaftliche Betätigungen im Bereich Strom-, Gas- und Wärmeversorgung das Tatbestandsmerkmal „öffentlicher Zweck“ festgelegt. Dienstleistungen, die mit diesen Bereichen unmittelbar verbunden sind, sind zulässig, wenn sie den Hauptzweck fördern. Die Gemeinde ist dabei in der Pflicht sicherzustellen, dass bei der Erbringung dieser Dienstleistungen die Belange kleinerer Unternehmen, insbesondere des Handwerks, berücksichtigt werden (Absatz 2).

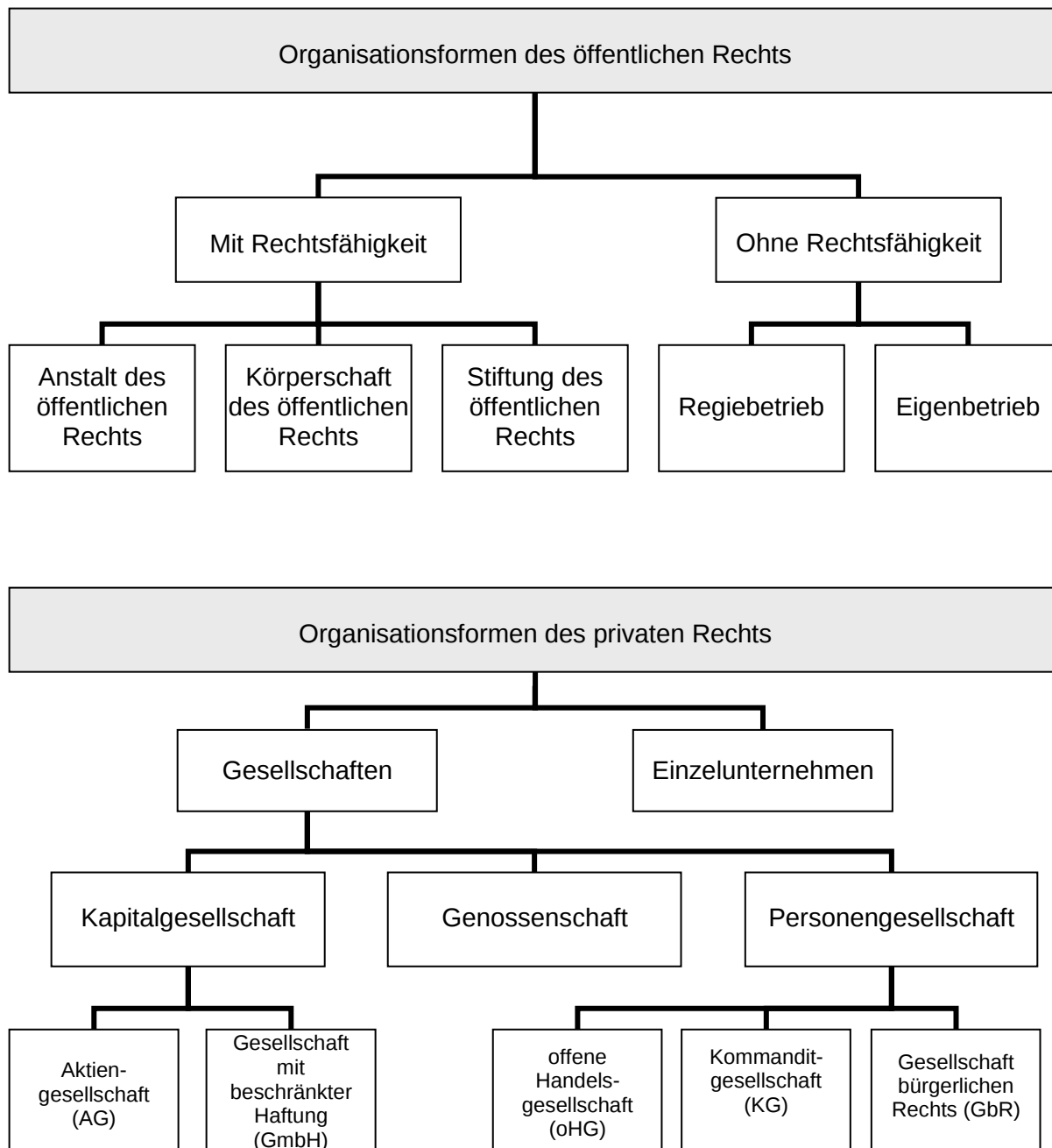
Die überörtliche energiewirtschaftliche Betätigung ist nach Absatz 3 zulässig, wenn die innerörtliche Betätigung zulässig ist und die berechtigten Interessen der betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften gewahrt sind. Bei der Versorgung mit Strom und Gas gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen. Eine Betätigung

auf dem ausländischen Markt ist zulässig, wenn Sie die Voraussetzungen für die innerörtliche Betätigung erfüllt. Sie bedarf jedoch der Genehmigung.

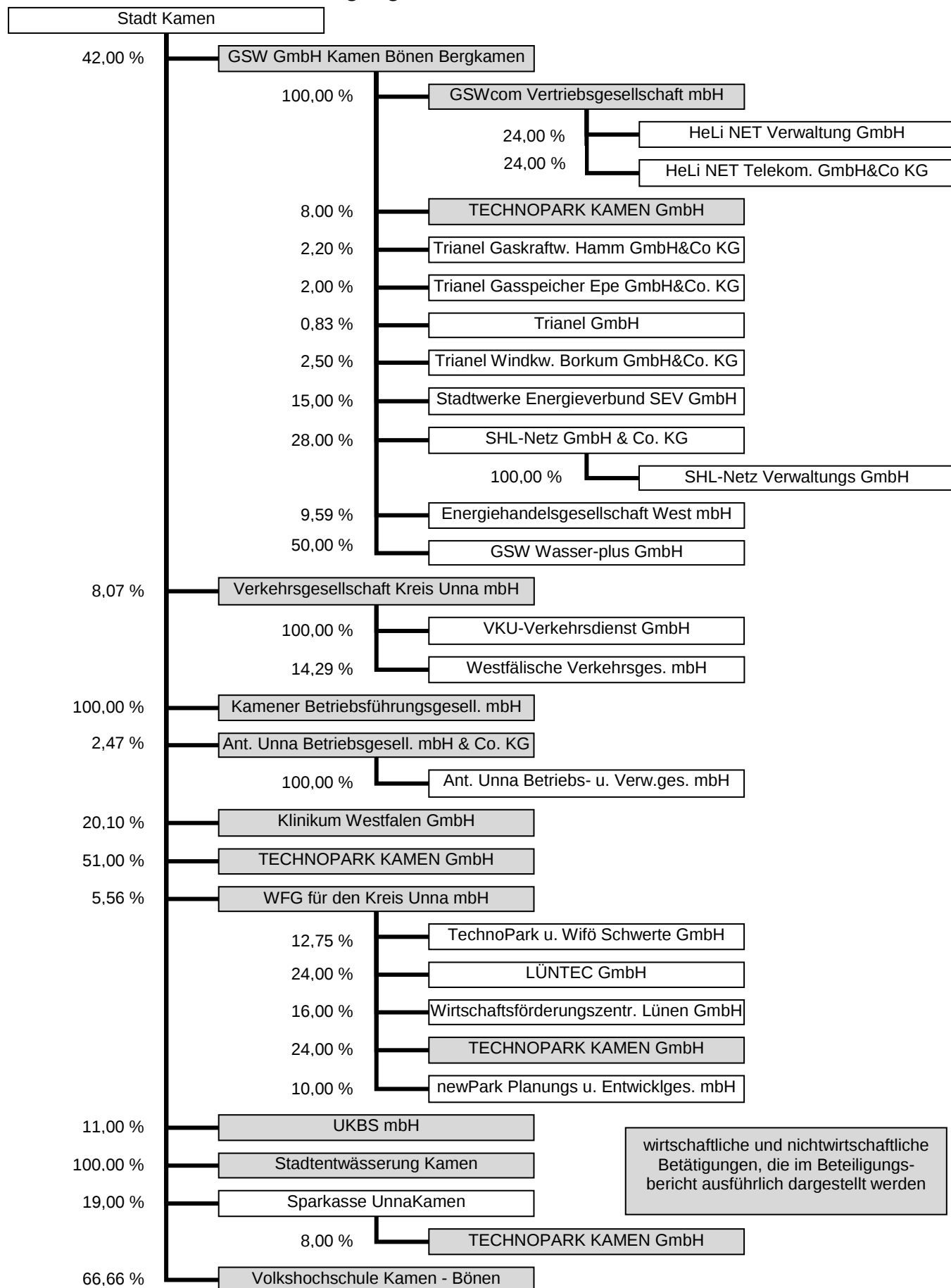
Gemäß Absatz 4 ist vor der Entscheidung über die Gründung von bzw. die unmittelbare Beteiligung an Unternehmen im Bereich Strom-, Gas- und Wärmeversorgung der Rat über die Chancen und Risiken des beabsichtigten wirtschaftlichen Engagements zu unterrichten. Den örtlichen Selbstverwaltungsorganisationen von Handwerk, Industrie und Handel und den für die Beschäftigten der jeweiligen Branchen handelnden Gewerkschaften ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, sofern die Entscheidung die Erbringung verbundener Dienstleistungen betrifft.

III. Organisationsformen der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung

Für die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung stehen den Gemeinden Organisationsformen des öffentlichen und privaten Rechts zur Verfügung, welche in der nachfolgenden Übersicht dargestellt werden. Die Voraussetzungen für eine Betätigung in privatrechtlicher Form sind in § 108 GO NRW geregelt.



IV. Übersicht über die Beteiligungen der Stadt Kamen zum 31.12.2013



A. Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Kamen

unmittelbare Beteiligungen		Anteil an der Kapitaleinlage in...	
		Euro	%
Kultur			
1	Volkshochschule Kamen – Bönen	0,00	66,66%
Gesundheitsdienst			
2	Klinikum Westfalen GmbH	409.638,00	20,10%
Ver- und Entsorgung			
3	GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen	6.300.000,00	42,00%
4	Stadtentwässerung Kamen	6.136.000,00	100,00%
Verkehr			
5	Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH	311.320,00	8,07%
Wirtschaft und Tourismus			
6	TECHNOPARK KAMEN GmbH	53.550,00	51,00%
7	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH	168.500,00	5,56%
8	Sparkasse UnnaKamen	-	19,00%
9	Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH	25.564,59	100,00%
10	Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH	286.000,00	11,00%
11	Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG, Dortmund	6.181,33	2,47%

B. Mittelbare Beteiligungen der Stadt Kamen

Zur Transparenz aller Beteiligungen, die die Stadt Kamen an Unternehmen und Einrichtungen hält, ist auch die Information über mittelbare Beteiligungen von Bedeutung. Eine mittelbare Beteiligung liegt vor, wenn sich eine Gesellschaft, an der die Stadt Kamen Anteile hält, ihrerseits an einer anderen Gesellschaft beteiligt.

Die nachfolgende Tabelle enthält Informationen über die mittelbaren Beteiligungen, an denen die Stadt Kamen über die jeweiligen unmittelbaren Beteiligungen Anteile hält.

Mittelbare Beteiligungen		Anteil an der Kapitaleinlage in...		mittelbare Beteiligungsquote der Stadt Kamen
		Euro	%	%
zu 3	über GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen			
3.1	GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH	250.000,00	100,00	42,00
	zu 3.1: HeLi NET Verwaltung GmbH	6.050,00	24,00	10,08
	zu 3.1: HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG	16.850,00	24,00	10,08
3.2	TECHNOPARK KAMEN GmbH	8.400,00	8,00	3,36
3.3	Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co.KG	931.468,00	2,20	0,92
3.4	Trianel Gasspeicher Epe mbH & Co. KG	280.000,00	2,00	0,84
3.5	Trianel GmbH	166.435,00	0,83	0,37
3.6	Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG	281.771,00	2,50	1,05
3.7	Stadtwerke Energieverbund SEV GmbH	48.000,00	15,00	6,30
3.8	SHL-Netz GmbH & Co.KG	70.000,00	28,00	11,76
	Zu 3.8: SHL-Netz Verwaltungs GmbH	7.000,00	100,00	11,76
3.9	ehw Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mbH	4.200,00	16,67	7,00
3.10	ehw Kraftwerksbeteiligungsgesellschaft mbH & Co.KG	0,00	0,00	0,00
3.11	Energiehandelsgesellschaft West mbH	383.534,00	9,59	4,03
3.12	GSW Wasser-plus GmbH	250.000,00	50,00	21,00
zu 5	über Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH			
5.1	VKU-Verkehrsdienst GmbH	25.600,00	100,00	8,07
5.2	Westfälische Verkehrsgesellschaft mbH	316.523,50	14,29	1,15
zu 7	über Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH			
7.1	TechnoPark und Wirtschaftsförderung Schwerte GmbH	204.000,00	12,75	0,71
7.2	LÜNTEC GmbH	122.710,05	24,00	1,33
7.3	Wirtschaftsförderungszentrum Lünen GmbH	8.320,00	16,00	0,89
7.4	TECHNOPARK KAMEN GmbH	25.200,00	24,00	1,33
7.5	NewPark Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	43.000,00	10,00	0,56
zu 8	über Städtische Sparkasse Kamen			
8.1	TECHNOPARK KAMEN GmbH	8.400,00	8,00	8,00
zu 11	über Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG			
11.1	Antenne Unna Betriebs- und Verwaltungsgesellschaft mbH	25.564,59	100,00	2,47

V. Vertretung in den Gremien der Unternehmen und Einrichtungen

Die Vertretung der Stadt Kamen in den Gremien der Unternehmen und Einrichtungen ist in § 113 GO NRW geregelt:

- Die Vertreter in Beiräten, Ausschüssen, Gesellschafterversammlungen, Aufsichtsräten oder entsprechenden Organen von juristischen Personen und Personenvereinigungen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, haben die Interessen der Gemeinde zu verfolgen.
- Sie sind an Beschlüsse des Rates und seiner Ausschüsse gebunden (kein freies Mandat).
- Die vom Rat bestellten Vertreter haben ihr Amt auf Beschluss des Rates jederzeit niederzulegen (Abberufungsmöglichkeit).
- Bei unmittelbaren Beteiligungen vertritt ein vom Rat bestellter Vertreter die Gemeinde in den entsprechenden Gremien. Diese Voraussetzung gilt bei mittelbaren Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.
- Sind in die Gremien unmittelbarer Beteiligungen zwei oder mehr Vertreter zu bestellen, muss der Bürgermeister oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter dazu zählen. Auch diese Voraussetzung gilt bei mittelbaren Beteiligungen entsprechend, sofern nicht ähnlich wirksame Vorkehrungen zur Sicherung hinreichender gemeindlicher Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten getroffen werden.
- Bei Kapitalgesellschaften muss die Gemeinde darauf hinwirken, dass ihr bei der Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages das Recht eingeräumt wird, Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Über die Entsendung entscheidet der Rat. Zu den entsandten Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister oder der von ihm vorgeschlagene Bedienstete der Gemeinde zählen, wenn diese mit mehr als einem Mitglied im Aufsichtsrat vertreten ist. Dies gilt sowohl für unmittelbare, als auch für mittelbare Beteiligungen.
- Ist der Gemeinde das Recht eingeräumt worden, Mitglieder des Vorstandes oder eines gleichartigen Organs zu bestellen oder vorzuschlagen, entscheidet der Rat.
- Die Vertreter der Gemeinde haben den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten (Unterrichtungspflicht), soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.
- Wird ein Vertreter aus seiner Tätigkeit in einem Organ haftbar gemacht, so hat die Stadt Kamen ihm den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass er ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat. Auch in diesem Falle ist die Stadt Kamen schadenersatzpflichtig, wenn sein Vertreter nach Weisung des Rates oder eines Ausschusses gehandelt hat (Freistellungsansprüche).

VI. Darstellung der einzelnen Unternehmen

Im Weiteren werden die unmittelbaren Beteiligungen und die bedeutenden mittelbaren Beteiligungen näher beschrieben. Als bedeutend werden diejenigen Beteiligungen angesehen, an denen die Stadt Kamen mittelbar noch mit mehr als 25 % beteiligt ist.

Bildung und Kultur

1. VHS - Zweckverband Kamen - Bönen

Unternehmenssitz

VHS-Geschäftsstelle Kamen

VHS-Haus Am Geist 1, 59174 Kamen

VHS-Geschäftsstelle Bönen

Kulturzentrum Alte Mühle
Bahnhofstraße 235, 59199 Bönen

Gründung

Aufgrund der Beschlüsse des Rates der Stadt Kamen vom 04.09.1975 und 20.09.1978 und des Rates der Gemeinde Bönen vom 05.06.1975 und 21.09.1978 haben die genannten Gemeinden sich zu einem Zweckverband im Sinne des nordrhein-westfälischen Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit zusammengeschlossen.

Die Satzung des Zweckverbandes ist gültig in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.08.2013.

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ Ziele der Gesellschaft

Der Zweckverband übernimmt als Aufgabe den Betrieb einer Volkshochschule. Volkshochschulen dienen der Weiterbildung von Jugendlichen und Erwachsenen nach Beendigung einer ersten Bildungsphase. Sie arbeiten parteipolitisch und weltanschaulich neutral. Die Arbeit der Volkshochschule ist sowohl auf die Vertiefung und Ergänzung vorhandener Qualifikationen als auch auf den Erwerb von neuen Kenntnissen, Fertigkeiten und Verhaltensweisen der Teilnehmer gerichtet. Zu diesem Zweck kann die VHS entsprechend dem Bedarf im Verbandsgebiet Lehrveranstaltungen (Vorträge, Seminare, Kurse, Diskussionen, Studienfahrten, Vorführungen u. a. m.) anbieten.

Die nichtwirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung NRW – Volkshochschulen – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Ein Drittel Bönen, zwei Drittel Kamen.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Verbandsvorsteher

Hermann Hupe (Bürgermeister Kamen)

stellvertretender Verbandsvorsteher:

Rainer Eßkuchen (Bürgermeister Bönen)

VHS Leiter

Manfred von Horadam

Verbandsversammlung**Vorsitzender**

Norbert Enters (SPD Bönen)

stellv. Vorsitzender

Rainer Fuhrmann (CDU)

für die **Stadt Kamen** sind in der Zweckverbandsversammlung vertreten:

Britta Dreher	(SPD)
Ralf Eisenhardt	(CDU)
Rosemarie Gerdes	(CDU)
Klaus-Dieter Grosch	(DIE LINKE/ GAL)
Astrid Gube	(SPD)
Hans-Dieter Heidenreich	(SPD)
Daniel Heidler	(SPD)
Renate Jung	(SPD)
Klaus Kasperidus	(SPD)
Heiko Klanke	(SPD)
Ulrich Marc	(SPD)
Alexandra Möller	(Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Ursula Müller	(SPD)
Theodor Wältermann	(SPD)
Franz Hugo Weber	(CDU)
Bettina Werning	(Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Martin Wiegelmann	(FDP)
Nicola Zühlke	(SPD)

Reiner Brüggemann (Verwaltung)

Arbeitsgemeinschaft

Vorsitzender

Heiko Klanke (SPD)

1. stellv. Vorsitzender

Detlef Pilz (CDU Bönen)

für die **Stadt Kamen** sind in der Arbeitsgemeinschaft vertreten:

Rainer Fuhrmann	(CDU)
Klaus-Dieter Grosch	(DIE LINKE/ GAL)
Hans-Dieter Heidenreich	(SPD)
Daniel Heidler	(SPD)
Theodor Wältermann	(SPD)
Franz Hugo Weber	(CDU)
Bettina Werning	(Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Martin Wiegelmann	(FDP)
Reiner Brüggemann	(Verwaltung)

Rechnungsprüfungsausschuss

Vorsitzender

Theodor Wältermann (SPD)

stellv. Vorsitzender

Rainer Fuhrmann (CDU)

für die **Stadt Kamen** sind im Rechnungsprüfungsausschuss vertreten:

Klaus Dieter Hößl	(FDP)
Andreas Meier	(DIE LINKE / GAL)
Anke Schneider	(Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Reiner Brüggemann	(Verwaltung)

Unternehmensergebnis 2013 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0	0
II. Sachanlagen	0,00	0	0
III. Finanzanlagen	816,91	1	2
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0,00	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.017,55	4	3
III. Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0	0
IV. Liquide Mittel	232.749,96	157	223
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7.635,73	16	5
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag*	1.052.693,00	1.078	1.068
	1.297.913,15	1.256	1.301
Passivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Eigenkapital			
I. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.980,00	26	-10
B. Sonderposten	0,00	0	0
C. Rückstellungen	1.086.716,75	1.076	1.100
D. Verbindlichkeiten	189.332,85	139	194
E. Rechnungsabgrenzungsposten	23.843,55	16	17
	1.297.913,15	1.256	1.301

* Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag besteht überwiegend aus Pensionsrückstellungen und darüber hinaus aus der Bilanzierung von Verbindlichkeiten, die aus der Rückführung von liquiden Überschüssen an die Trägerkommunen resultieren.

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	659.303,38 ¹	629	238
2. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	229.504,30	244	269
3. Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.571,30	7	7
4. Kostenerstattung und Kostenumlage	175.884,50 ¹	181	608
5. Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	6
= Ordentliche Erträge	1.071.263,48	1.061	1.128
6. Personalaufwendungen	411.560,25	394	381
7. Versorgungsaufwendungen	63.353,81	36	71
8. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	199.251,38	174	225
9. Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0,7	0,7
10. Sonstige ord. Aufwendungen	399.801,19	431	462
= Ordentliche Aufwendungen	1.073.966,63	1.036	1.139

¹ Die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr ist durch eine geänderte Zuordnung der Trägerumlage bedingt.

= Ordentliches Ergebnis	-2.703,15	25	-11
11. Finanzerträge	723,15	1	1
12. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0,00	0	0
= Finanzergebnis	723,15	1	1
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-1.980,00	26	-10
13. Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0
= Jahresergebnis	-1.980,00	26	-10

Kennzahlen in %	31.12.2013	2012	2011
1. Ertragslage Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital)	100,0	100,0	100,0
2. Vermögensaufbau Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen)	0,1	0,1	0,1
3. Anlagenfinanzierung Anlagendeckung I (Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	-242,4	2.043,1	-576,6
4. Kapitalausstattung Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	-0,2	2,1	-0,8

Leistungsdaten VHS	31.12.2013	2012	2011
- Ergebnis 11.01.01 Service	-304.084,62	-288	-298
- Ergebnis 25.01.01 Veranstaltungen nach dem Weiterbildungsgesetz	-199.715,15	-191	-191
- Ergebnis 25.01.02 Vertragsmaßnahmen	-1.265,55	-3	-9
- Ergebnis 61.01.01 Allgemeine Finanzwirtschaft	503.085,32	507	488

Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Das Geschäftsjahr 2013 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.980,00 € ab.

Der Jahresfehlbetrag entstand aus folgenden Gründen:

1. Mindereinnahmen im Bereich öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte, bedingt durch Kursausfällen und Teilnehmerrückgang.
2. Der Kreis Unna als Aufsichtsbehörde akzeptiert den „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ lediglich in Höhe der Pensionsrückstellungen. Der darüber hinausgehende Fehlbetrag (VHS-Fehlbetrag) muss vom VHS-Zweckverband Kamen - Bönen ausgeglichen werden. Nach Rücksprache mit den Trägerkommunen erfolgt der Ausgleich im Jahresabschluss 2013 über eine Verrechnung mit der Rückzahlungsverpflichtung der liquiden Mittel. Statt 233.764,83 € (Bankbestand zum 31.12.2013) werden lediglich 81.003,41 € erstattet. Der Differenzbetrag verbleibt zum Ausgleich des „VHS-Fehlbetrages“ beim Zweckverband.

Der Jahresfehlbetrag 2013 wird auf der Passivseite der Bilanz zum 31.12.2013 ausgewiesen und erst nach Feststellung des Jahresabschlusses durch die

Zweckverbandsversammlung des VHS Zweckverbandes Kamen - Bönen auf die Position „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ umgebucht.

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter

7

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Gemäß § 22 Abs. 3 der Satzung des Zweckverbandes in der gültigen Fassung der Bekanntmachung vom 21.08.2013 erhebt der Zweckverband von den Mitgliedern eine Umlage, soweit der Finanzbedarf des Zweckverbandes nicht aus Teilnehmerentgelten und Zuschüssen gedeckt wird. Der Umlagebetrag wird im Verhältnis von 2/3 zu 1/3 zwischen Kamen und Bönen aufgeteilt.

Im Jahr 2013 wurden von der Stadt Kamen an die VHS 272.466,67 € als Umlage gezahlt. Die verrechnete Kostenerstattung beläuft sich auf 97.800,00 €.

Von der Gemeinde Bönen wurden in 2013 136.233,33 € als Umlage gezahlt. Die verrechnete Kostenerstattung beläuft sich auf 78.000,00 €.

Ausblick

Die zukünftige Entwicklung des VHS-Zweckverbandes Kamen - Bönen ist in erster Linie von zwei Faktoren abhängig:

- Das zukünftige Angebot des VHS-Zweckverbandes Kamen - Bönen orientiert sich in Bezug auf das Angebot und die Preisgestaltung an der Nachfrage der Bevölkerung.
- Da die Liquidität des VHS-Zweckverbandes Kamen - Bönen von der Finanzausstattung der Trägerkommunen abhängig ist, ist die Einflussnahme der VHS auf den Umfang des Angebotes beschränkt.

Inwiefern sich die Haushaltssicherungsmaßnahmen der Trägerkommunen auf die finanzielle Ausstattung des Zweckverbandes auswirken, kann zurzeit noch nicht abgeschätzt werden.

Der VHS-Zweckverband Kamen - Bönen hat daher nur geringe Einflussmöglichkeiten auf seine eigene zukünftige Entwicklung.

Gesundheitsdienst

2. Klinikum Westfalen GmbH

Unternehmenssitz

Am Knappschaftskrankenhaus 1
44309 Dortmund

Gründung

Die Gesellschaft ist eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Sie führt die Firma „Klinikum Westfalen GmbH“.

Die Gesellschaft wurde am 07.11.1973 im Handelsregister beim Amtsgericht Lünen, Abteilung B, Nr. 116 eingetragen. Aufgrund der Änderung der örtlichen Zuständigkeit ist das Unternehmen nun im Handelsregister beim Amtsgericht Dortmund, Abteilung B, Nr. 17177 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag (GV) ist gültig in der Fassung vom 21.12.2012.

Die Klinikum Westfalen GmbH ist durch den Zusammenschluss der Krankenhäuser Klinik am Park sowie Knappschaftskrankenhaus Dortmund unter dem Dach der ehemaligen Klinik am Park – Krankenhaus Lünen-Brambauer GmbH entstanden. Zum 1. April 2010 hat die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See den Betrieb des Knappschaftskrankenhauses Dortmund in die Klinik am Park –Krankenhaus Lünen Brambauer GmbH eingebracht. In diesem Zusammenhang erfolgte auch die Umfirmierung in Klinikum Westfalen GmbH. Zum 1. Januar 2013 erfolgte die Erweiterung der Gesellschaft im Zuge der Einbringung des Hellmig-Krankenhauses Kamen durch die Stadt Kamen.

Mit Bescheid vom 10. Dezember 2013 wurde die krankenhausrrechtliche Verschmelzung des Krankenhauses Klinikum Westfalen mit den Standorten Klinik am Park Lünen und Knappschaftskrankenhaus Dortmund und dem Hellmig-Krankenhaus Kamen zum 01. Januar 2014 genehmigt. Das Klinikum Westfalen ist nunmehr als ein Krankenhaus mit drei Betriebsstätten (Klinik am Park, Knappschaftskrankenhaus Dortmund und Hellmig-Krankenhaus Kamen) im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen enthalten

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ Ziele der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 Abs. 1 GV der Betrieb mehrerer Krankenhäuser oder eines Krankenhauses mit den Betriebsteilen Hellmig-Krankenhaus Kamen, Klinik am Park und Knappschaftskrankenhaus Dortmund einschließlich Ausbildungsstätten sowie sonstiger Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe

Zweck der Gesellschaft ist gemäß § 2 Abs. 2 GV die bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des Versorgungsauftrages. Dies hat durch die langfristige Sicherung und Weiterentwicklung der Krankenhäuser bzw. des Krankenhauses mit den Betriebsteilen Hellmig-Krankenhaus, Klinik am Park und Knappschaftskrankenhaus zu erfolgen.

Nach § 2 Abs. 3 GV ist die Gesellschaft zu Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Gesellschaftszweck notwendig oder nützlich erscheinen und nach Maßgabe der für die Gesellschafter geltenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind.

Die Gesellschaft kann sich nach § 2 Abs. 5 an anderen Unternehmen im Inland gleicher oder ähnlicher Art beteiligen und Zweigniederlassungen errichten, wenn diese Vorhaben mit der gesetzlichen Aufgabenstellung der Gesellschafter und den gemeinnützigkeitsrechtlichen Vorschriften vereinbar sind.

Die nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Kamen ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung NRW – Gesundheits- oder Sozialwesen – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der gemeinnützigen Gesellschaft beträgt 2.038.000,00 €.

	Anteil am Stammkapital in	
	€	%
Stadt Lünen	409.638,00	20,1
Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See	1.218.724,00	59,8
Stadt Kamen	409.638,00	20,1

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Andreas Schlüter

Michael Kleinschmidt (ab 01.07.2013)

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Dr. rer. Nat. Georg Greve (Beamter)

1. Stellvertreter

Michael Haustein (Angestellter)

2. Stellvertreter

Hermann Hupe (Bürgermeister) (seit 06.03.2013 2. Stellvertreter)

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Petra Hartig (SPD)

Manfred Wiedemann (SPD)

Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Peter Holtmann	(SPD)
Jörg Mösgen	(Verwaltung)

Unternehmensergebnis 2013 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	483.102,00	433	504
II. Sachanlagen	93.396.809,12	71.113	68.965
III. Finanzanlagen	62.015,09	61	50
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.784.696,77	3.682	3.039
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20.547.191,56	15.312	12.691
III. Kassenbestand, Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	7.216.765,61	7.653	7.058
	125.490.580,15	98.255	92.307
Passivseite			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.038.000,00	2.038	2.038
II. Kapitalrücklage	41.537.186,67	38.502	38.502
III. Gewinnrücklagen	3.721.007,34	3.721	3.721
IV. Bilanzverlust	-19.563.851,78	-3.273	-5.686
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	42.268.004,94	26.016	24.305
C. Sonstige Rückstellungen	33.885.087,01	17.012	15.770
D. Verbindlichkeiten	21.333.882,12	13.836	13.503
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	144.979,61	150	154
F. Rechnungsabgrenzungsposten	126.284,24	254	0
	125.490.580,15	98.255	92.307

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	112.364.589,37	82.984	79.533
2. Erlöse aus Wahlleistungen	2.380.481,73	1.663	1.123
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.969.046,62	1.480	1.483
4. Nutzentgelte der Ärzte	4.247.137,00	3.691	2.991
5. Erhöhung/Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen	-475.629,93	892	81
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 10	65.778,21	42	43
7. Sonstige betriebliche Erträge	7.730.599,95	5.935	5.491
8. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	64.020.582,82	47.680	44.655
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	12.095.870,86	9.490	9.652
9. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	22.750.042,36	15.777	14.955
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.226.469,27	7.697	9.291
Zwischenergebnis	18.189.037,64	16.041	12.191
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen (davon Fördermittel nach dem KHG)	3.908.817,56 (3.568.848,44)	3.011 (2.847)	4.523 (3.521)
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.424.934,58	2.493	2.370
12. Erträge aus der Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	4.745,00	5	5
13. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten oder Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.524.319,03	2.653	4.167
14. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	491.482,49	482	430
15. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	5.656.039,52	4.647	4.421
16. Sonstige betriebliche Aufwendungen (davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre)	14.710.870,40 (51.696,24)	10.761 (0)	10.049 (0)
Zwischenergebnis	1.144.823,34	3.007	22
17. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	38.317,85	58	73
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	354.190,46	44	46
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	828.950,73	3.021	49
20. Außerordentliche Aufwendungen/ Außerordentliches Ergebnis	0,00	600	-10.000
21. Steuern	6.233,70	9	5
22. Jahresüberschuss	822.717,03	2.413	-9.956

23. Verlustvortrag			
- Klinikum Westfalen	-3.273.143,80	-5.686	4.270
- Hellmig Krankenhaus	-17.113.425,01		
24. Bilanzverlust	-19.563.851,78	-3.273	-5.686

Kennzahlen in %	31.12.2013	2012	2011
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital)	3,0	5,9	-25,8
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität ((Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen)	74,9	72,9	75,3
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I ((Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	29,5	57,2	55,5
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote ((Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	22,1	41,8	41,8

Leistungsdaten Standorte	Dortmund	Lünen	Kamen	Summe
Bettenzahl	451	160	207	818

Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Die wirtschaftliche Entwicklung des Berichtsjahres war in allen Standorten der Gesellschaft gut ausgeprägt.

Am Standort Knappschaftskrankenhaus Dortmund konnte die positive Entwicklung des Vorjahres gehalten werden, so dass eine runde 3 %ige Fallzahlensteigerung erreicht wurde, was sich auch entsprechend in der positiven Ertragslage wieder gespiegelt hat. Die Liegezeit (VWD) beläuft sich im Schnitt auf 7,3 Tage, der Auslastungsgrad liegt bei rd. 82,2 %.

Am Standort Klinik am Park konnten die Erträge wiederum erhöht und auch die Fallzahl trotz eines hohen Auslastungsgrades weiter gesteigert werden. Die Liegezeit (VWD) beläuft sich somit im Schnitt auf 7,9 Tage, die Auslastung liegt bei rd. 89,9 %.

Am Standort Hellmig-Krankenhaus hat sich die Fallzahl um rund 5 % verringert. Dieser Rückgang ist insbesondere auf die Schließung der Belegabteilung Gynäkologie/Geburtshilfe zum 15. Juli 2014 zurückzuführen. Diese Maßnahme war notwendig, da aufgrund der Kündigung einer Belegärztin die Sicherheit der Patientinnen nicht mehr hinreichend gewährleistet werden konnte. Als Ersatz für die Belegabteilung Gynäkologie/Geburtshilfe hat der Aufsichtsrat den Aufbau einer Onkologie beschlossen. Trotz der gesunkenen Fallzahlen konnten die Erträge aufgrund einer Steigerung des Auslastungsgrades sowie des Schweregrades der behandelten Erkrankungen infolge von umfangreichen Maßnahmen im baulichen sowie im organisatorischen Bereich gesteigert werden. Die Liegezeit (VWD) beläuft sich im Schnitt auf 7,8 Tage, der Auslastungsgrad liegt bei rd. 78,8 %.

Die betrieblichen Erträge der Klinikum Westfalen GmbH belaufen sich im Berichtsjahr auf rd. 128,5 Mio. €, (+32,7 % gegenüber Vorjahr) während die Sachaufwendungen bei rd. 48,7 Mio. € (+42,2 % gegenüber Vorjahr) liegen. Die Personalaufwendungen belaufen sich auf 76,1 Mio. € (+ 33,1 % gegenüber Vorjahr) und betragen 60,9 % der gesamten Aufwendungen. Die hohen Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr sind auf die Einbringung des Hellmig-Krankenhauses in die Klinikum Westfalen GmbH zurückzuführen.

Insgesamt erwirtschaftete die Gesellschaft ein Jahresergebnis von 0,8 Mio. €.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft wird als zufriedenstellend angesehen. Die Eigenkapitalquote beläuft sich dabei unter Berücksichtigung der Sonderposten auf 55,8 % (- 18,2% gegenüber Vorjahr). Die Fremdkapitalquote beträgt 44,2 % (+ 39,0 % gegenüber Vorjahr). Die hohen Veränderungsdaten zum Vorjahr sind im Wesentlichen auf die Einbringung des Hellmig-Krankenhauses in die Klinikum Westfalen GmbH zurückzuführen.

Die Liquidität der Gesellschaft war zu keiner Zeit ernsthaft gefährdet. Im April 2013 hat die Gesellschaft zur Finanzierung der VBL-Ablösung ein Darlehen in Höhe von insgesamt 10 Mio. € aufgenommen, von denen 5 Mio. € bereits ausgezahlt wurden. Aufgrund der unklaren Rechtslage bezüglich der Ablösung hat der Aufsichtsrat im Dezember entschieden, die zweite Rate nicht aufzunehmen und die erste Rate zurückzuhalten; dies erfolgte im März 2014.

Auch in den nächsten Jahren wird ein Teil der zum Stichtag bilanzierten Finanzmittel gezielt für die bauliche Weiterentwicklung des Krankenhauses verwendet werden, um die gute Wettbewerbssituation weiter zu stärken.

Im Berichtszeitraum wurden in allen Standorten der Gesellschaft größere Investitionen insbesondere im Baubereich vorgenommen bzw. weitergeführt.

Am Standort des Knappschaftkrankenhauses Dortmund ist Mitte 2013 die interdisziplinäre Komfortstation in der 6. Etage mit insgesamt 40 Betten eröffnet worden. Diese bietet Privatpatienten einen abgeschlossenen Komfortbereich mit besonders hochwertig ausgestatteten Zimmern und einem besonderen Service. Darüber hinaus wurde mit dem Umbau der ehemaligen Wirtschaftsstelle zu einer neuen Zentralküche für alle drei Standorte begonnen; die Eröffnung der neuen Küche erfolgte zum 1. April 2014.

Am Standort der Klinik am Park konnte die Neugestaltung der Eingangsfassade und damit einer der letzten Bausteine der baulichen Weiterentwicklung des Standortes abgeschlossen werden.

Am Standort Hellmig-Krankenhaus wurde der Umbau des Erdgeschosses mit einer damit verbundenen Neustrukturierung dieses Bereiches nahezu abgeschlossen. Der Umbau der internistischen Funktionsabteilung (IFA) wurde zum Beginn des Geschäftsjahres abgeschlossen. Darüber hinaus wurden Flächen für extern betriebene Abteilungen für Reha und Radiologie bereitgestellt. Desweiteren wurde nach der Schließung der Belegabteilung für Gynäkologie/Geburtshilfe mit dem Umbau der ersten Station zu einer Station für Onkologie begonnen, der Abschluss dieser Maßnahme ist für Juni 2014 geplant.

Personalbestand

Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter	1.122,96
---	----------

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Durch die am 21.12.2012 geschlossenen Verträge mit Wirkung zum Stichtag 01.01.2013 hat die Hellmig-Krankenhaus gGmbH alle zum Betrieb des Krankenhauses erforderlichen und zugeordneten Vermögensteile und Schulden auf die Klinikum Westfalen GmbH übertragen. Die Stadt Kamen hat die dem Krankenhaus zuzuordnenden Grundstücksflächen einschließlich der darauf errichteten Bauten und der mit diesen fest

verbundenen Einrichtungen und Anlagen gegen Übertragung von Geschäftsanteilen .der Klinikum Westfalen GmbH übertragen.

Die Stadt Kamen haftet bis zur Höhe ihres Geschäftsanteils von 409.638,00 €.

Ausblick

Für die nächsten Jahre ist die Gesellschaft im Rahmen des Wettbewerbs bei den jetzigen Rahmenbedingungen gut aufgestellt. Die Entwicklung der Personalaufwendungen im Zusammenhang mit den Tarifverträgen TVöD und TV-Ärzte des Marburger Bundes sind jedoch weiter zu beachten.

Da im Gesundheitswesen zukünftig eher weniger als mehr Geld zur Verfügung gestellt werden kann, sind auch Auswirkungen auf die Krankenhäuser zu berücksichtigen und zu beobachten. Der Wettbewerb und die finanziellen Erlöse werden auch weiterhin an Bedeutung gewinnen.

Die Chancen der Gesellschaft liegen dabei insbesondere in der Vernetzung von ambulantem und stationärem Sektor (integrierte Versorgung, Medizinische Versorgungszentren, Ärztehäuser etc.), aber auch in der Profilierung einzelner Schwerpunkte der medizinischen Fachabteilungen. Durch den Aufbau einer Hauptabteilung für Kardiologie am Standort Knappschafts Krankenhaus Dortmund zum 01. April 2014 soll dieser Weg fortgesetzt werden. Letztlich bietet auch das gute öffentliche Ansehen der einzelnen Standorte der Gesellschaft Potenziale zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Patientenzahlen. Hierbei ist konsequent der bisherige Weg weiter zu gehen.

Das wichtigste Ziel der Planung für das Klinikum Westfalen liegt darin, sich für den Wettbewerb in den nächsten Jahren weiter optimal zu positionieren. Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet.

Ver- und Entsorgung

3. GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen

Unternehmenssitz

Poststr. 4
59174 Kamen

Gründung

Mit Datum vom 01.01.1995 führt die Firma den Namen „GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen“ (vormals Stadtwerke Kamen GmbH).

Die Gesellschaft wurde am 11.04.1995 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 4623 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag (GV) ist gültig in der Fassung vom 07.03.2001.

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ Ziele der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist nach § 2 Abs. 1 GV die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Wärme sowie der Betrieb von Freizeiteinrichtungen.

Nach Abs. 2 ist die Gesellschaft zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten.

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Kamen ist gem. § 107 a Gemeindeordnung NRW – energiewirtschaftliche Betätigung – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 15,0 Mio. € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am gezeichneten Kapital in	
	€	%
Stadt Kamen	6.300.000	42
Stadt Bergkamen	6.300.000	42
Gemeinde Bönen	2.400.000	16

Die Zusammenarbeit der drei Kommunen in der Gesellschaft ist in einem Konsortialvertrag geregelt. Dieser erstmalig im Dezember 1994 geschlossene Vertrag ist am 01.04.1999, am 01.07.2002 und erneut am 01.01.2005 neu gefasst worden.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Hans Jochen Baudrexl	(Vorsitzender)
Robert Stams	

Aufsichtsrat

Vorsitzende

Hermann Hupe	(Bürgermeister, Kamen)
Roland Schäfer	1. stellv. Vors. (Bürgermeister, Bergkamen)
Rainer Eßkuchen	2. stellv. Vors. (Bürgermeister, Bönen)
Karsten Diedrich-Späh	3. Stellv. Vors. (CDU, Kamen)
Udo Stuhlmann	4. Stellv. Vors. (Mitarbeiter GSW)

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Marion Dyduch	(SPD)
Reinhard Hasler	(CDU)
Adrian Mork	(Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Manfred Wiedemann	(SPD)
Jörg Mösgen	(Verwaltung)

Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Rainer Fuhrmann	(CDU)
Petra Hartig	(SPD)
Annette Mann	(SPD)
Bettina Werning	(Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
Reiner Brüggemann	(Verwaltung)

Präsidium

für die **Stadt Kamen** sind im Präsidium vertreten:

Hermann Hupe	(Bürgermeister, Kamen)
Karsten Diederichs-Späh	(CDU)

Unternehmensergebnis 2013 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks
Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.055.747,13	1.184	1.291
II. Sachanlagen	101.330.503,18	98.757	88.442
III. Finanzanlagen	23.639.262,71	23.279	24.586
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1.960.142,18	1.051	1.139
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.219.683,92	23.760	20.850
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	16.100.921,73	9.595	11.814
C. Rechnungsabgrenzungsposten	144.065,43	10	128
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensrechnung	314.608,00	188	112
	167.764.934,28	157.824	148.362
Passivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	15.000.000,00	15.000	15.000
II. Kapitalrücklagen	19.031.918,39	18.422	17.812
III. Gewinnrücklagen	8.400.204,64	8.023	7.632
IV. Bilanzgewinn	1.520.000,00	1.520	1.471
B. Baukosten- und Ertragszuschüsse	12.667.739,44	13.524	14.873
C. Rückstellungen	20.268.023,93	15.597	15.289
D. Verbindlichkeiten	90.877.047,88	85.738	76.285
	167.764.934,28	157.824	148.362

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	150.342.146,57	140.891	129.285
2. andere Aktivierte Eigenleistungen	383.394,27	414	410
3. sonstige betriebliche Erträge	2.418.464,08	1.996	3.783
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	97.152.906,61	94.470	85.427
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	10.517.773,61	10.231	9.919
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	8.481.623,74	8.405	8.188
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	2.936.295,41	2.673	2.326
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	9.503.728,17	8.905	8.771
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	16.863.838,09	12.302	12.822
8. Erträge aus Beteiligungen	268.802,76	489	368
9. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	889.127,73	697	824
10. Abschreibungen auf Finanzanlagen	17.902,35	50	0
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	280	0
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.085.150,59	4.106	4.107
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.742.716,84	3.064	3.110
14. Außerordentliche Erträge	0	0	0
15. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
16. Außerordentliches Ergebnis	0	0	0
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	2.332.839,27	787	1.035
18. sonstige Steuern	512.191,33	366	181
19. Jahresüberschuss	1.897.686,24	1.911	1.894
20. Einstellungen in die Gewinnrücklagen	377.686,24	391	423
21. Bilanzgewinn	1.520.000,00	1.520	1.471

Kennzahlen in %	31.12.2013	2012	2011
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital)	4,3	4,4	4,5
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität ((Anlagevermögen x 100) : Bilanzsumme)	75,1	78,1	77,1
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I ((Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	34,9	34,9	36,7
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote ((Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital))	26,2	27,2	28,3

Die Umsatzerlöse teilen sich auf die einzelnen Sparten wie folgt auf:

Leistungsdaten GSW Umsatzerlöse nach Sparten	2013 T€	2012 T€	2011 T€
Stromversorgung	88.049	79.984	73.412
Erdgasversorgung	34.125	33.585	28.228
Wasserversorgung	12.806	12.488	13.230
Wärmeversorgung	7.085	6.469	5.647
Sonstige	8.277	8.366	8.768
Summe	150.342	140.892	129.285

Lagebericht – Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Allgemeine wirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt als stabil erwiesen: Nachdem sie zu Jahresbeginn noch stagniert hatte, setzte sie mit Beginn der zweiten Jahreshälfte ihren moderaten Wachstumskurs fort. Für das gesamte Jahr 2013 konstatierten die Statistiker einen Anstieg von 0,4 Prozent (kalenderbereinigt: 0,5 Prozent). Im Vergleich zu den beiden Vorjahren war das moderat: Stieg das BIP in 2012 noch um 0,7 Prozent, erhöhte es sich 2011 sogar um 3,3 Prozent. Belastungsfaktoren waren in 2013 offenbar die anhaltende Rezession in einigen europäischen Ländern sowie die gebremste weltwirtschaftliche Entwicklung. Die starke Binnennachfrage konnte dies nur bedingt kompensieren. Blickt man auf die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts, stellt sich der Konsum als wichtigster Wachstumsfaktor heraus: Preisbereinigt stiegen die privaten Konsumausgaben um 0,9 Prozent, die des Staates um 1,1 Prozent. Ein Rückgang war hingegen bei den Investitionen zu verzeichnen: Unternehmen und Staat investieren im Inland 2,2 Prozent weniger in Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge als ein Jahr zuvor. Die preisbereinigten Bauinvestitionen sanken um 0,3 Prozent.

Die Zahlen für die gesamte Bundesrepublik bestätigen sich auch im Westfälischen Ruhrgebiet, das sich aus den Städten Dortmund und Hamm sowie dem Kreis Unna zusammensetzt. In einer Befragung, die die IHK Dortmund Ende des Jahres 2013 durchgeführt hat, beurteilten 92 Prozent der Unternehmen ihre aktuelle Situation als befriedigend oder sogar gut. Weit mehr als ein Drittel (36 Prozent) wählten sich in einer guten Verfassung. Die Hälfte der Unternehmen berichtete der IHK von gestiegenen Umsätzen, ein Drittel von gestiegenen Erträgen.

Dass sich die Wirtschaft in der Region auf einem guten Weg befindet, zeigte auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes. So sank die Arbeitslosenquote im Laufe des Jahres 2013 von 11,8 auf 11,5 Prozent, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg um mehr als ein Prozent. Von steigenden Beschäftigungszahlen ging Ende 2013 in Dortmund, Hamm und im Kreis Unna jedes fünfte Unternehmen aus; im Industrie- und Dienstleistungsbereich jedes vierte. Ein anderer Trend zeigte sich im Handel: Hier ging fast jedes fünfte Unternehmen von sinkenden Beschäftigungszahlen aus.

Die allgemeine konjunkturelle Entwicklung wirkte sich nicht tiefgreifend auf die Geschäftsentwicklung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen – Bönen – Bergkamen (GSW) aus. Wie jedoch bereits in den vergangenen Jahren deutlich wurde, hat sich durch die Liberalisierung und Öffnung der Märkte ein ganz anderer Effekt ergeben: Zwischen den Erwartungen der Kunden auf der einen und dem Wettbewerb auf der anderen Seite hat sich ein komplexes Feld an Wünschen, Anforderungen und Aufgaben ergeben, an denen sich die Energieversorger immer wieder messen müssen. Beide Seiten dieses Spannungsfeldes wirkten sich wie bereits in den Jahren zuvor unmittelbar auf die Geschäftsentwicklung aus.

Insbesondere im gewerblichen Bereich ist der Wettbewerb gestiegen; schon seit längerem wählen viele Unternehmen ihren Energielieferanten per Ausschreibung aus. Die GSW sehen diese Entwicklung als Chance. Die aktive Beteiligung an Ausschreibungen versetzte die GSW in die Lage, im gewerblichen Bereich eine hohe Präsenz zu zeigen und durch neue Abschlüsse auch Umsätze außerhalb des Versorgungsgebietes zu generieren.

Den Gemeinschaftsstadtwerken ist es trotz der Rahmenbedingungen, die sich durch die häufigen regulatorischen Eingriffe des Gesetzgebers weiter erschwert haben, gelungen, sich erfolgreich am Markt zu behaupten. So konnte das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Energiepolitische Rahmenbedingungen

Das Jahr 2013 war für die GSW und die weiteren Energieversorgungsunternehmen in Deutschland ein Jahr des Wartens: Vor dem Hintergrund der Bundestagswahlen im Herbst des Jahres war nicht damit zu rechnen, dass sich vor dem Termin Änderungen bei den energiepolitischen Rahmenbedingungen ergeben – was dann auch tatsächlich so eingetreten ist. Voraussetzung zur Bewältigung der umfassenden Herausforderungen sind jedoch wettbewerblich ausgerichtete Rahmenbedingungen, die die Weiterentwicklung von nachhaltigen Marktmechanismen.

Das Jahr brachte bekannte Muster zu Tage: Trotz der angekündigten Strompreisbremse durch den Bundesumweltminister hat sich an den unsicheren Rahmenbedingungen und den Inkonsistenzen im System im Laufe des Jahres nur wenig verändert. Die anfänglichen Pläne des Bundesumweltministeriums, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu reformieren, verpufften ebenso wie die Chance, eine umfangreiche Reform des Marktdesign anzustoßen. Auf breites Unverständnis stieß in der Branche die Forderung eines Förderstopps für Erneuerbare Energien.

Dabei stand die Branche erheblich unter Druck: Der Boom bei den Erneuerbaren Energien nahm nahezu täglich zu, die Regulierungswut und die sich ständig ändernden Regelungen erzeugten vor allem eines: einen planwirtschaftlichen Flickenteppich von Regeln und eine große Verunsicherung – mit der Folge, dass Investitionen in großen Stil vorerst auf Eis gelegt wurden. Stabile politische Rahmenbedingungen, die Investitionssicherheit schaffen und die Erneuerbaren Energien in die Systemverantwortung nehmen, wurden von der Branche ebenso dringend gefordert wie die Rückkehr der Bundesregierung zu marktwirtschaftlichen Kriterien im Energiemarkt.

Die Stadtwerke-Kooperation Trianel kritisierte bereits zu Jahresbeginn, dass der Strommarkt aus den Fugen geraten sei. Investitionsanreize für moderne, hocheffiziente Kraftwerke, die für die Versorgungssicherheit benötigt werden, seien nicht mehr vorhanden. Um die Energiewende nicht zu gefährden, müssten das Erneuerbare-Energie-Gesetz weiterentwickelt und die Erneuerbaren Energien sinnvoll integriert werden. Trianel sprach sich bereits für Investitionssicherheit in einem Marktmodell aus, das Investitionen in der Energiewende die Chance gibt, die Kapitalkosten von neuen Kraftwerken zu finanzieren. So sind bzw. waren in 2013 selbst hocheffiziente und flexible Neuanlagen nicht oder kaum noch in der Lage, ihre Grenzkosten zu verdienen. Projektplanungen für neue Erzeugungsanlagen (z. B. Pumpspeicherkraftwerke) sind nahezu zum Erliegen gekommen. Das aktuelle Marktdesign führt auch im Jahr 2013 dazu, dass ausgerechnet Braunkohlekraftwerke mit dem höchsten CO₂-Ausstoß den größten Anteil an der Stromerzeugung in Deutschland haben. Versuche, über den Handel mit CO₂-Zertifikaten den Einsatz zu drosseln, sind gescheitert – die Preise noch immer zu niedrig, als dass sie beispielsweise die Stromerzeugung durch moderne GUD-Kraftwerke profitabler machen würden.

Vor diesem Hintergrund wurde auch in 2013 vermehrt über die Notwendigkeit diskutiert, das bestehende Energiemarktdesign anzupassen, um die zur Versorgungssicherheit benötigten Erzeugungskapazitäten wirtschaftlich betreiben zu können. Diese werden bis spätestens Anfang der 2020er Jahre nach Abschaltung der letzten Kraftwerke benötigt. Mit ihnen soll auch langfristig eine ausreichende Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Energiewende ist der Ausbau der Übertragungsnetze. Zum Hintergrund: Die tiefgreifenden Veränderungen im Erzeugungsbereich wirken sich

unmittelbar auf die Stromnetze aus – schließlich muss der hauptsächlich im Norden Deutschlands aus den Erneuerbaren Energien gewonnenen Strom in die Verbrauchszentren im Süden und Südwesten der Republik transportiert werden. Hierfür müssen vor allem die Übertragungsnetze entsprechend ausgebaut werden, denn bereits jetzt gelangen diese an ihre Grenzen. Hier gab und gibt es Widerstände unter anderem aus der Politik, die den Ausbau der Infrastruktur verzögern. Auch dies führt bei den Investoren zu einer spürbaren Verunsicherung.

Somit besteht seit längerem ein erheblicher Investitionsbedarf nicht nur Übertragungsnetze. Das Problem: Aufgrund des systematischen Zeitverzuges zur Refinanzierung von Netzinvestitionen – insbesondere im Verteilnetz – herrschen im Regulierungsdesign immer noch unzureichende Investitionsbedingungen. Fehlende Anreize zur Implementierung von intelligenten Netzen stellen ein weiteres Problem im Netzbereich dar, das nachhaltige Investitionen in die Netze behindert.

Von ganz grundsätzlicher Art ist die Frage, wie der Anstieg bei den Endkundenpreisen wieder rückgängig gemacht werden kann. Für die Preisentwicklung war vor allem die Erhöhung der EEG-Umlage maßgeblich, die auch von 2013 auf 2014 wieder gestiegen ist. Den Energieversorgern sind hier weitgehend die Hände gebunden: Die staatlich veranlassten Preisbestandteile haben einen hohen Anteil am Endkundenpreis. Dem Wettbewerb selbst verbleibt nur ein kleiner Teil, den er selbst gestalten kann – woran sich durch die Beschlüsse der Großen Koalition Anfang 2014 letztlich nicht ändern wird. Den Großteil der Kosten der Energiewende zahlen weiter die Endverbraucher.

Regulierung und Netze

Im Rahmen der Vorbereitung für die zweite Regulierungsperiode hat die Landesregulierungsbehörde NRW eine Kostenprüfung für das Stromnetz durchgeführt, die das Ausgangsniveau der Erlösobergrenzen für den Zeitraum 2014 bis 2018 festlegt. Der sich anschließende Effizienzvergleich hat für die GSW einen Effizienzwert von 92,7 Prozent ergeben. Mit einer endgültigen Festlegung der Erlösobergrenze für die Stromnetzentgelte wird erst im Herbst 2014 gerechnet. Das Ergebnis zum Anhörungsverfahren zur Festlegung der Erlösobergrenzen für das Gasnetz ist bereits eingegangen. Der Effizienzwert für die zweite Regulierungsperiode des Gasnetzes beträgt 88,3 Prozent.

Beteiligungen und Konzessionen

Zusammen mit 33 Stadtwerken sind die GSW an der Trianel Windkraftwerk GmbH & Co. KG (TWB) beteiligt. In der ersten Ausbaustufe umfasst das Projekt die Errichtung von 40 Offshore-Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 200 Megawatt. Verzögerungen beim Netzanschluss durch den Übertragungsnetzbetreiber, Produktionsengpässe bei einigen Zulieferern und die verzögerte Fertigstellung der Umspannplattform haben dazu geführt, dass der Errichtungszeitpunkt für den Windpark neu ausgerichtet werden musste. Zwischenzeitlich eingetretene Liquiditätsengpässe wurden durch die Gesellschafter mit Darlehen an die TWB ausgeglichen.

Die endgültige Fertigstellung des Windparks wird Herbst 2014 erwartet.

Positiv war die Entwicklung bei der HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG. Der Telekommunikationsdienstleister, zu dessen Gesellschaftern die GSW gehört, wies für das Geschäftsjahr 2013 wieder ein positives Ergebnis von 1,3 Mio. Euro aus. Das gute Ergebnis beruht im Wesentlichen auf der Auflösung einer Rückstellung in Höhe von 1,0 Mio. Euro wegen eines erfolgreich abgeschlossenen gerichtlichen Vergleichs gegenüber einem Leasinggeber. Die Investitionsplanung für die kommenden Jahre ist auf den Investitionsstau der vergangenen Jahre zurückzuführen. Die Investitionen sollen in neue

Technologien erfolgen, um die Störanfälligkeit der vorhandenen Systeme deutlich zu verringern und die Einführung von innovativen Produkten zu ermöglichen.

Mit Gründung der GSW wurden im Dezember 1994 mit den Gesellschafterkommunen Kamen, Bönen und Bergkamen Stromkonzessionsverträge mit einer Laufzeit von 20 Jahren geschlossen. Nach § 46 Abs. 3 Satz 1 EnWG sind die Städte Kamen und Bergkamen sowie die Gemeinde Bönen verpflichtet, spätestens 2 Jahre vor Ablauf der Konzessionsverträge das Vertragsende zu veröffentlichen. Die Bekanntmachung des Vertragsendes der Stromkonzessionen erfolgte im Dezember 2012.

Die GSW haben sich erfolgreich um die Neuvergabe der Stromkonzessionen in den Gesellschafterkommunen beworben. Im Juli 2013 wurde zeitgleich in allen drei Gesellschafterkommunen per Ratsbeschluss die Vergabe eines neuen Konzessionsvertrages ab dem 01.01.2015 über eine Laufzeit von 20 Jahren beschlossen.

Strom- und Erdgasbeschaffung

Der durchschnittliche Spotmarktpreis für Strom im Jahr 2013 lag auf ähnlichem Niveau wie die Terminpreise für Base-Produkte für das Jahr 2014. Die Preise für die Lieferjahre 2015 und 2016 lagen sogar noch geringfügiger darunter.

Dass die Terminmarktpreise Ende 2013 unter dem Spotmarktpreis lagen, signalisiert, dass die Marktteilnehmer für die Jahre 2015 und 2016 von weiter sinkenden Strompreisen am Großhandelsmarkt ausgehen. Für die künftige Preisentwicklung auf der Angebotsseite sind vor allem die Brennstoff- und CO₂-Zertifikatspreise, die künftige Verfügbarkeit von Kraftwerkskapazitäten und der Ausbau der Erneuerbaren Energien von wesentlicher Bedeutung. Das EEG führt zu einer wachsenden Einspeisung der Erneuerbaren Energien. Diese Entwicklung kann künftig zu einer weiteren Erhöhung der Preisvolatilität an den Energiemärkten führen. Die Volatilität zeichnet sich dann durch sehr niedrige Preise für einzelne Stunden am Spotmarkt aus. Extreme Witterungsverhältnisse, Kraftwerksausfälle oder –engpässe können zudem heftige Preisausschläge bewirken. Nachfrageseitig beeinflussen vor allem die gesamtwirtschaftliche Entwicklung und die Nachfrage der Industrie den Strompreis. Darüber hinaus führt die EEG-Umlage zu einer wesentlichen Kostenerhöhung auf der Endkundenseite.

Die Terminmarktpreise für das Gas bewegten sich im Jahr 2013 in einem relativ engen Korridor. In Deutschland waren die Füllstände der Gasspeicher im Frühjahr 2013 nach dem lange anhaltenden Winter auf einem sehr niedrigen Niveau. Über den Sommer 2013 hinweg wurden die Gasspeicher jedoch wieder aufgefüllt. Durch eine optimierte Erdgasbeschaffung konnten die Endkundenpreise ein weiteres Jahr stabil gehalten werden.

Wärmebeschaffung

Der Wärmebedarf für die Fernwärmeinsel Bergkamen-Innenstadt wird durch das Kohlekraftwerk Bergkamen-Heil und das GSW-eigene Stützheizwerk sichergestellt. Der Wärmebezug aus dem Kohlekraftwerk Bergkamen Heil ist im Vergleich zum Vorjahr um 11,3 Prozent gestiegen, der Erdgaseinsatz im Stützheizwerk hingegen um 5,8 Prozent gesunken.

Umsatzerlöse

Der Wettbewerb auf dem Energiemarkt wächst ständig. So haben Verbraucher heute die Möglichkeit, ihren Energielieferanten unter vielen Anbietern zu wählen.

Der GSW ist es aber gelungen, ihre Marktposition erfolgreich zu behaupten.

Die Umsatzerlöse (ohne Energiesteuern) sind im Vergleich zum Vorjahr um 6,71 Prozent gestiegen und lagen bei 150,3 Mio. Euro. Der Anstieg der Umsatzerlöse in der Strom-, Erdgas- und Wärmeversorgung ist im Wesentlichen durch die Erhöhung der gesetzlichen

Abgaben in 2013 zu begründen. Nach Abzug des Materialaufwands, der übrigen Geschäfts- und Finanzaufwendungen sowie der Steuern verblieb ein Jahresüberschuss von 1,90 Mio. Euro (im Vorjahr 1,9 Mio. Euro). 1,52 Mio. Euro sind für eine Ausschüttung an die Gesellschafter vorgesehen; 0,38 Mio. Euro sollten in die Gewinnrücklage eingestellt werden.

Der wesentliche Teil der Unternehmenstätigkeit entfällt auf den Energiebereich.

In der Stromversorgung war ein Absatzrückgang in Höhe von 3,6 Prozent zu verzeichnen. Die Umsatzerlöse steigen hingegen um 10,1 Prozent. Dies liegt im Wesentlichen an den höheren Netznutzungsentgelten und der Erhöhung der Strompreise.

In der Erdgasversorgung ist die Abgabemenge geringfügig um 1,94 Prozent. Die Gradtagszahlen erhöhten sich in 2013 um 7,88 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Der Anstieg der Umsatzerlöse mit 1,61 Prozent fällt erfolgte anlog zur Abgabemenge.

Die an Endkunden abgegebene Trinkwassermenge ist in 2013 um 4,58 Prozent gestiegen. Entsprechend steigerte sich der Umsatz um 2,54 Prozent. Der Wasserpreis blieb auch in 2013 unverändert.

Im Bereich der Wärmeversorgung stieg die Absatzmenge um 10,95 Prozent, dementsprechend stiegen die Umsatzerlöse in 2013 um 9,52 Prozent.

Auch auf die Besucherzahl in den Einrichtungen der GSW hatte die Witterung – insbesondere durch den schlechten Sommer – ihren Einfluss: Die Besucherzahl ist gegenüber dem Vorjahr nochmals um rund 6.000 Besucher auf rund 385.500 Besucher gesunken. Die Erlöse deckten lediglich 29 Prozent des Betriebsaufwands; der Betriebsverlust belastete das Unternehmensergebnis.

Vermögenslage

In einer weiteren Ausbaustufe am Standort Bergheim haben die GSW ihren Windpark erweitert. Im Oktober 2013 wurden mit einem Investitionsvolumen von rund 8,2 Mio. Euro zwei weitere Windenergieanlagen des Typs Enercon E 82 mit einer Leistung von je 2,3 Megawatt in Betrieb genommen. Das Gesamtinvestitionsvolumen am Standort Süddeutschland mit sieben Windenergieanlagen beträgt nunmehr 27,2 Mio. Euro.

Die Gesamtinvestitionen in 2013 beinhalten im Wesentlichen den Ausbau bzw. die Erweiterung der Windparks in Bergheim sowie die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Leuchten und die Verdichtung und Erneuerung der Versorgungsnetze.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Bilanzsumme auf 167,8 Mio. Euro (im Vorjahr 157,8 Mio. Euro) erhöht. Den Abschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen von 9,5 Mio. Euro standen Investitionen von insgesamt 12 Mio. Euro gegenüber.

Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag 26,2 Prozent (im Vorjahr 27,2 Prozent) der Bilanzsumme und deckte das Anlagenvermögen zu 34,9 Prozent. Das Anlagenvermögen war in voller Höhe durch das Eigenkapital und langfristige Kapital finanziert.

Finanzlage

Der im Geschäftsjahr 2013 erzielte Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit betrug 17,5 Mio. Euro. Er lag 13 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert in Höhe von 4,5 Mio. Euro. Die Veränderung resultierte aus dem Rückgang der Forderungen sowie der Zunahme von Verbindlichkeiten und Rückstellungen.

Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit in Höhe von 7,5 Mio. Euro verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 9,5 Mio. Euro. Der Rückgang der Investitionen ist im Wesentlichen mit den einmalig hohen Investitionen in Erneuerbare Energien (Windenergieanlagen) des Vorjahres von rund 15 Mio. Euro zu begründen.

Dem Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 3,5 Mio. Euro stand ein Mittelzufluss in Höhe von 10,3 Mio. Euro aus dem Vorjahr gegenüber. Die deutliche Veränderung gegenüber dem Vorjahr beruht auf einer Darlehensaufnahme für die beiden Windparkprojekte.

Insgesamt lag der Mittelzufluss mit 6,5 Mio. Euro über dem Vorjahreswert von 2,2 Mio. Euro (Mittelabfluss).

Die GSW waren im Berichtsjahr jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres bis zur Bilanzerstellung, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ausüben, haben sich nicht ereignet.

Personalbestand

Anzahl der Angestellten	134
Anzahl der gewerblichen MitarbeiterInnen	53
Saisonkräfte	5

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet bis zur Höhe ihrer Einlage von 6.300.000 €.

Der Jahresüberschuss beträgt 1.897.686,24 €; an die Gesellschafter wurden 1.520.000,00 € ausgeschüttet werden. Für die Stadt Kamen ist dies abzüglich der Kapitalertragssteuer und des Solidaritätszuschlages ein Betrag in Höhe von 537.373,20 €.

Konzessionsabgaben

Die für das Jahr 2013 von der GSW gezahlten Konzessionsabgaben für Strom, Gas und Wasser (einschl. Gestattungsentgelt Fernwärme) in Höhe von insgesamt 2.508.059,54 € stellen eine wesentliche Einnahmeposition im Haushalt der Stadt Kamen dar.

Bürgschaften

Die Stadt Kamen hat

- im Jahr 1991 durch Übernahme der seinerzeit zugunsten des Eigenbetriebs Stadtwerke aufgenommenen Kommunaldarlehen
- im Jahr 1996 zum Kauf der Mittel- und Niederspannungs-Stromversorgungsanlagen und der dazugehörigen Immobilien mit Zubehör von der VEW Energie AG und
- im Jahr 1999 zur Sicherung von Darlehen im Rahmen der Finanzierung der laufenden Investitionen und des Kaufs der Erdgasnetze in Bergkamen und Bönen

Ausfallbürgschaften zugunsten der GSW in Höhe von insgesamt 38.858.410,99 € übernommen. Das verbürgte Restkapital betrug am 31.12.2013 noch 7.210.009,63 €.

Ausblick

Die GSW haben sich weiterhin zum Ziel gesetzt, die Energiewende auch vor Ort zu realisieren. Aufgrund planungsrechtlicher Hemmnisse konnte die Projektierung von Bürgerwindenergieanlagen bisher nicht erfolgreich umgesetzt werden.

Bei steigender Erzeugungslast aus erneuerbaren Energien leisten die Verteilnetze einen wichtigen Beitrag zur Systemstabilität und zur effizienten Energieverwendung. Um Erzeugung und Verbrauch optimal aufeinander abstimmen zu können, investieren die GSW erhebliche Mittel in den Ausbau ihrer Netze und der Infrastruktur. Die Strategie der zukünftigen Netzinvestitionen wird in Übereinstimmung mit dem EnWG verfolgt, damit die Ziele einer möglichst sicheren und effizienten Verteilung erreicht werden. Im Hinblick auf die Refinanzierung der langfristigen Investitionen besteht eine große Abhängigkeit von den Entscheidungen des Regulierers.

Die sich stärker an ökologischen Kriterien ausrichtende Geschäftstätigkeit wird sich auch in neuen Produkten widerspiegeln. Das Produktdesign wird den Bedürfnissen der Kunden nach einer fairen Preisgestaltung ebenso Rechnung tragen wie dem Unternehmensauftrag, bei der Erzeugung von Energie Aspekte wie Nachhaltigkeit und Verantwortung zu berücksichtigen. So verfolgen die GSW weiterhin konsequent den Ausbau der regenerativen Energie.

Das Unternehmen wird weiterhin verstärkt den Kunden als Ansprechpartner für die Themen Energiesparen, Energieeffizienz oder Energiemanagement zur Verfügung stehen. Beratungsangebote verankern das Unternehmen weiter vor Ort und dokumentieren den Ansatz, Werte wie Kundennähe und Verantwortung zu leben.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der eingeschlagene Weg, sich auf allen Stufen der Wertschöpfungskette zu positionieren, wird trotz der derzeitigen schwierigen energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit Augenmaß weiterverfolgt.

Trotz der veränderten Rahmenbedingungen und des milden Witterungsverlaufs im 1. Quartal 2014 gehen wir mit der Einführung eines Risikohandbuchs Energiebeschaffung, Vertrieb, Kraftwerks- und Gasspeichervermarktung sowie eines intelligenten Controlling davon aus, dass das Ergebnis des Wirtschaftsplanes 2014 mit einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rund 832.000 Euro erreicht wird.

Durch die oben genannten Rahmenbedingungen und der eingeleiteten Maßnahmen erwarten die GSW auch in den beiden nächsten Jahren positive Geschäftsergebnisse.

3.1. GSWcom-Vertriebsgesellschaft mbH

Unternehmenssitz

Poststr. 4
59174 Kamen

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 22.04.1999 gegründet. Der Rat der Stadt Kamen hat der Gründung der GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH in seiner Sitzung am 25.03.1999 zugestimmt. Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 4922 eingetragen.

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ Ziele der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und der Vertrieb von Kommunikationsdienstleistungen.

Die wirtschaftliche Betätigung der Stadt Kamen ist gem. § 107 Abs. 1 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Betrieb von Telekommunikationsleitungsnetzen einschl. der Telefondienstleistungen – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt 250.000,00 €. Alleinige Gesellschafterin ist die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen.

Die Stadt Kamen ist mittelbar über die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen mit 42% an der GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH beteiligt.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Hans Jochen Baudrexl (Vorsitzender)
Robert Stams

Gesellschafterversammlung

Die Geschäftsführung der GSW bildet die Gesellschafterversammlung der GSWcom.

Beirat der Gesellschaft

Mitglieder der Stadt Kamen

Hermann Hupe (Bürgermeister, Kamen)

Karsten Diederichs-Späh (CDU)

Unternehmensergebnis 2013 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen - Beteiligungen	28.760,20	30	31
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen gegen Gesellschafter	227.064,80	226	224
	255.825,00	256	255
Passivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	250.000,00	250	250
II. Kapitalrücklagen			0
B. Rückstellungen	2.800,00	3	2
C. Verb. gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	3.025,00	3	3
	255.825,00	256	255

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Sonstige betriebliche Erträge	3.596,63	4	2
2. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-3.596,63	4	2
3. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0	0
4. Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0	0
5. Jahresergebnis	0,00	0	0

Lagebericht

Das operative Geschäft betreibt die HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG (kurz: HeLi NET), an der die GSWcom zu 24 % beteiligt ist.

An der HeLi NET Verwaltung GmbH und an der HeLi NET Telekommunikation GmbH & Co. KG sind die Gesellschafter wie folgt beteiligt:

		HeLi NET Verwaltung GmbH	HeLi NET Tele- kommunikation GmbH & Co. KG
	31.12.2013 Anteil in %	Stammkapital €	Kommanditkapital €
Ahlencom	11,2	2.800	7.850
GSWcom	24,0	6.050	16.850
Hamcom	36,5	9.150	25.600
Stadtwerke Soest GmbH	9,8	2.450	6.900
HeLi NET Verwaltung	<u>18,5</u>	<u>4.650</u>	<u>0</u>
	<u>100,0</u>	<u>25.100</u>	<u>57.200</u>

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen (GSW) ist alleinige Gesellschafterin der GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH. Zwischen beiden Gesellschaften wurde am 22.04.1999 ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag geschlossen. Hiernach ist die GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen verpflichtet, die Verluste der GSWcom Vertriebsgesellschaft mbH in vollem Umfang zu tragen.

Die Stadt Kamen ihrerseits haftet wiederum bis zur Höhe ihrer Einlage von 6.300.000,00 €.

Ausblick

Der positive Jahresüberschuss von 1,3 Mio. Euro in 2013 (Vorjahr 0,3 Mio. Euro) hat die Wirksamkeit der erfolgreichen Konsolidierung und Neuausrichtung des Unternehmens bestätigt. Die Ergebnisverbesserung ist im Wesentlichen auf die Auflösung einer Rückstellung über einen gewonnen Rechtsstreit in Höhe von 1 Mio Euro zurückzuführen. In dem Rechtsstreit konnte die HeLi NET gegen die Firma Compendium, über unangemessene Leasingzahlungen, vor dem Landesgericht in München einen Erfolg erzielen.

Die Investitionsplanung für die kommenden Jahre ist im Wesentlichen durch den Investitionsstau der vergangenen Jahre geprägt. Die Investition soll in neue Technologien erfolgen, um die Störanfälligkeit der veralteten Systeme deutlich zu verringern und die Einführung von innovativen Produkten zu ermöglichen.

Durch den weiteren Rückgang des klassischen Tal-Geschäftes ist eine Investition in neue Technologien unumgänglich um nicht vom Markt verdrängt zu werden. Hierdurch besteht die Chance durch höhere Bandbreiten und neue Dienste die Wertschöpfung für die regionale Wirtschaft zu verbessern.

Mit dem erfolgreich abgeschlossenen Rechtsstreit gegen das Finanzierungsunternehmen Compendium, bestehen bei der HeLi NET nur sehr geringe Risiken, die für den künftigen Geschäftsbetrieb als untergeordnet anzusehen sind.

4. Stadtentwässerung Kamen

Unternehmenssitz

Rathausplatz 5
59174 Kamen

Gründung

Der Rat der Stadt Kamen hat in seiner Sitzung am 11.12.1997 die Gründung einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung gem. § 107 Abs. 2 GO NRW a. F. mit dem Namen „Stadtentwässerung Kamen“ für die Aufgabe „Abwasserbeseitigung“ zum 01.01.1998 beschlossen.

Die Betriebssatzung ist gültig in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.10.2010.

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ der Gesellschaft

Ziele

Zweck des Betriebes Stadtentwässerung Kamen ist gemäß § 1 Abs. 2 der Betriebssatzung die Erfüllung der der Stadt obliegenden Pflichten zur Abwasserbeseitigung und Gewässerunterhaltung mit Hilfe bestehender bzw. noch zu schaffender Einrichtungen.

Der Betrieb Stadtentwässerung Kamen wird entsprechend den für Eigenbetriebe geltenden gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung geführt.

Die nichtwirtschaftliche Betätigung der Stadt Kamen ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 4 Gemeindeordnung NRW – Abwasserbeseitigung – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital des Eigenbetriebs beträgt 6.136 T€ und entfällt ausschließlich auf die Stadt Kamen.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Betriebsleiter

Jörg Mösgen

Betriebsausschuss

Vorsitzende

Marion Dyduch (SPD)

1. stellv. Ausschussvorsitzender

Rainer Fuhrmann (CDU)

Reinhard Hasler (CDU)

Carsten Diete (SPD)

Joachim Eckardt (SPD)

Klaus Gube (SPD)

Petra Hartig (SPD)

Hans - Christian Henze (FDP)

Peter Holtmann (SPD)

Carsten Jaksch-Nink (SPD)

Ingo Kress (CDU)

Udo Kalle (DIE LINKE/ GAL)

Klaus Kasperidus (SPD)

Adrian Mork (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Martin Niessner (CDU)

Theodor Wältermann (SPD)

Beschäftigtenvertreter

Uwe Fleißig

Unternehmensergebnis 2013 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	174.029,07	185	176
II. Sachanlagen	83.298.615,27	81.081	78.437
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	282.097,95	218	112
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	70.686,75	0,3	0,04
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.250,11	5	3
	83.830.679,15	81.489	78.728
Passivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	6.136.000,00	6.136	6.136
II. Rücklagen	21.858.784,60	21.481	21.105
III: Gewinnvortrag	788.864,00	147	1.374
IV. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.639.840,42	2.669	-851
B. Sonderposten für Zuschüsse	15.385.868,71	15.677	15.963
C. Rückstellungen	2.857.030,06	2.813	3.546
D. Verbindlichkeiten	34.164.291,36	32.567	31.455
	83.830.679,15	81.489	78.728

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	11.910.688,67	12.033	11.673
2. andere Aktivierte Eigenleistungen	89.317,00	74	58
3. sonstige betriebliche Erträge davon für die Auflösung von Sonderposten für Zuschüsse 378.479,02 € (VJ 377 T€)	738.362,50	759	809
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.611,86	7	6
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.172.389,27	5.582	5.636
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	319.822,40	244	203
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	107.816,30	83	87
davon Aufwendungen für Altersversorgung	(60.249,89)	(47)	(39)
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.237.294,26	2.166	2.106
7. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.067.361,03	913	1.480
8 sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.761,27	32	173
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.194.993,90	1.235	4.045
10. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.639.840,42	2.669	-851

Kennzahlen in %	31.12.2013	2012	2011
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital)	8,4	8,8	-3,1
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität ((Anlagevermögen x 100) : Bilanzsumme)	99,6	99,7	99,6
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I ((Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	37,6	37,4	35,3
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote ((Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital))	37,3	37,3	35,3

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

Leistungsdaten SEK	2013 €	2012 T€	2011 T€
Kanalbenutzungsgebühren			
- Schmutzwassergebühren	6.312.317,28	6.409	6.383
- Niederschlagswassergebühren	3.946.924,29	3.941	3.602
Zwischensumme	10.259.241,57	10.351	9.985
Laufendes Entgelt für Straßenoberflächenentwässerung	1.644.200,00	1.678	1.678
Erlöse aus Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen	7.247,10	5	10
Gesamtsumme	11.910.688,67	12.033	11.673

Lagebericht – Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Das Vermögen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 2.341 T€ erhöht. Das Fremdkapital auf der Passivseite erhöht sich um rd. 1.641 T€. Das wirtschaftliche Eigenkapital (Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Mittel / Sonderposten) erhöht sich um rd. 700 T€. Damit verändert sich die Eigenkapitalquote (Quote von wirtschaftlichem Eigenkapital / Fremdkapital) von 56,6 % in 2012 auf 55,8 % in 2013. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass 2013 eine Gewinnausschüttung an die Stadt Kamen in Höhe von 1.650.000,00 € erfolgte (Reduzierung des Eigenkapitals).

In der Gewinn- und Verlustrechnung werden die tatsächlichen, betrieblichen Aufwendungen des Geschäftsjahres den entsprechenden Erträgen gegenübergestellt. Dies unterscheidet die GuV von der Gebührenbedarfsberechnung/Kalkulation und der dazugehörenden Betriebsabrechnung, die Kostenrechnungen darstellen und insbesondere für Abschreibungen und Zinsen kalkulatorische Kosten berücksichtigen. Zudem stellt die Auflösung der Sonderposten für Zuschüsse in Höhe von rd. 378 T€ nur im Rahmen der handelsrechtlichen GuV einen Erlös dar und nicht im Rahmen der Kostenrechnung, die um diesen Auflösungsbetrag niedriger ausfällt.

Die Vergleichswerte zu dem Ergebnis der GuV stellen die Werte des Erfolgsplanes im Wirtschaftsplan dar, wobei die Planwerte für die Umsatzerlöse für Schmutzwasser und Niederschlagswasser und für den Gemeindeanteil an der Straßenentwässerung aus der Gebührenbedarfsberechnung resultieren.

Auf der Ertragsseite wurde der Planansatz insgesamt um rd. 32,4 T€ übertroffen. Differenzierter betrachtet stellt sich die Entwicklung der Erträge wie folgt dar:

Die Umsatzerlöse konnten ziemlich exakt zu 100 % erwirtschaftet werden, wobei sowohl bei den Erlösen aus der Schmutzwassergebühr (99,94 % des Planwertes) wie auch bei den

Erlösen aus der Niederschlagsabwassergebühr (100,18 % des Planwertes) die Einzelansätze nahezu erreicht wurden.

Die Mehreinnahmen in Höhe von rd. 54,6 T€ bei den ordentlichen betrieblichen Erträgen resultieren im Wesentlichen aus Mehreinnahmen durch Kostenerstattungen der Stadt Kamen für Maßnahmen, die die Stadtentwässerung für die Stadt Kamen geleistet hat (+ 22,4 T€) und durch erhöhte Erträge aus Eigenleistungen (+ 15,4 T€).

Die Finanzerträge (Erträge aus Zinsen und ähnlichen Aufwendungen, auch aus Derivategeschäften) fallen rd. 22,2 T€ niedriger aus als geplant, da für den Zehlerswap das Zinsniveau auf der Grundlage des 6-Monats-Euribors weiterhin sehr niedrig liegt. Dieser Effekt wird neutralisiert, weil auch die Zinsen für das Grundgeschäft (Darlehenszinssatz orientiert sich ebenfalls an 6-Monats-Euribors) entsprechend gesunken sind.

Die Mehraufwendungen für den Verlust aus dem Abgang von Anlagenvermögen („technischer Abgang“, + 96,1 T€) konnten zu einem großen Teil durch Einsparungen bei anderen Aufwandspositionen aufgefangen werden, sodass insgesamt die Aufwendungen 2013 nur geringfügig höher ausfallen als geplant (rd. 37,3 T€ oder 0,37 %).

Insgesamt werden diese Mehraufwendungen (37,3 T€) durch Mehrerlöse in Höhe von 32,4 T€ fast ausgeglichen, so dass das Jahresergebnis lediglich um 4,9 T€ vom Planwert abweicht.

Von den eingeplanten Kreditaufnahmen zur Finanzierung der Investitionen (Kreditrahmen bis zu 5,89 Mio. €) wurden nur 2,999 Mio. € abgerufen. Für ein Darlehen dessen Frist für die Festzinsbindung in 2013 auslief konnten günstigere Festzinssätze vereinbart werden, so dass die Zinsbelastung für investive Darlehen mit 1.054,3 T€ noch unter dem Wert des Jahresergebnisses 2012 (1.099,6 T€) und rd. 105,8 T€ unter dem Wert des Wirtschaftsplanes ausfiel.

Aufgrund der Tilgungsleistung in Höhe von 1.103,8 T€ und der niedrigeren Neukreditaufnahme von 2.999,0 T€ erhöhten sich die Verbindlichkeiten für investive Darlehen im Geschäftsjahr von rd. 30.863,0 T€ auf rd. 32.758,2 T€ (rd. + 1.895,2 T€).

Für den CHF- SWAP wurden auch in 2013 keine Zahlungen geleistet und die Rückstellung, die 2011 eingestellt worden ist, aufgrund des laufenden Rechtsstreites entsprechend beibehalten.

Die Gesamterträge fielen gegenüber 2012 insgesamt rd. 152,2 T€ niedriger aus, die Gesamtaufwendungen verringerten sich lediglich um rd. 123,0 T€, so dass das Jahresergebnis insgesamt um 29,2 T€ geringer ausfällt als im Vorjahr. Der Unterschied zu 2012 ergibt sich im Wesentlichen dadurch, dass für 2013 durch entsprechende einkalkulierten Gebührenverzicht ein Teil der Überdeckung aus dem KAG-Ergebnis 2011 (277,3 T€) umsatzermindernd eingestellt wurde. Die Umsatzerlöse fielen daher (bei gleichem Gebührensatz und wie auch im Wirtschaftsplan vorgesehen) rd. 122,6 T€ geringer aus. Mengenmäßig ist der Schmutzwasserverbrauch im Vergleich zum Vorjahr erwartungsgemäß weiter zurückgegangen (rd. – 33.000 cbm) und die veranlagten Flächen für Niederschlagabwasser sind weiter gestiegen (+ rd. 4.500 qm) Der kalkulatorischen Zinssatz wurde von 6,9 % in 2012 auf 6,83 % für 2013 gesenkt und so dem Referenzzinssatz für vergleichbare, sehr langfristige Finanzanlagen angepasst.

Personalbestand

Betriebsleitung	1 (Stellenplan der Verwaltung)
Wirtschafts- und Verwaltungsdienst	2 (Stellenplan der Verwaltung)
Technischer Dienst	6

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Für die Aufgabenerledigung im technischen Bereich sind die im Stellenplan ausgewiesenen Personen zuständig. Darüber hinaus werden die Leistungen für bestimmte Tätigkeiten bei der Stadt Kamen gegen Entgelt in Anspruch genommen. Die Arbeiten des Fachbereiches Servicebetriebe im technischen Bereich der Kanalunterhaltung und im kaufmännischen Bereich sind hier ebenso zu nennen, wie die Leistungen des Fachbereiches Innerer Service für das Personalwesen und die Bereiche Kassenwesen, Gebühren und Beiträge.

Da umgekehrt der Eigenbetrieb Stadtentwässerung Kamen auch Leistungen für die Stadt Kamen erbringt, deren Kosten der Stadt Kamen in Rechnung zu stellen sind, wird vor Beginn eines Wirtschaftsjahres der Leistungsaustausch zwischen beiden Partnern exakt definiert.

Die Stadtentwässerung hat im Jahr 2013 an die Stadt Kamen 414.100,00 € für Verwaltungsleistungen gezahlt.

Die Stadtentwässerung Kamen hat an die Stadt Kamen für Leistungen der Servicebetriebe 147.629,98 € gezahlt.

Ausblick

Wie auch in den Jahresabschlüssen der Vorjahre betont, gilt sowohl für das laufende wie für die kommenden Jahre die Prämisse, dass das entscheidende Kriterium für das finanzielle Volumen der zukünftigen Investitionsplanung weiterhin neben der Einschätzung der technisch bedingten Notwendigkeit einzelner Maßnahmen, die nach betriebswirtschaftlichen und finanzwirtschaftlichen Grundsätzen einzuschätzende „Machbarkeit“ sein wird. Die Beachtung dieser Grundsätze bestimmte bisher maßgeblich die Gestaltung der Wirtschaftspläne, der fünfjährigen Finanzplanungen und der Gebührenbedarfsberechnungen, wobei eine wirtschaftlich vertretbare und angemessene, langfristige Verstetigung der Gebührensätze angestrebt wird.

Für das Jahr 2014 plant der Betrieb Stadtentwässerung eine geringere Erhöhung der Umsatzerlöse auf insgesamt 12,0 Mio. € (WPL 2013: 11,9 Mio. €), bei einem positiven Jahresergebnis von 2,7 Mio. €. Für die Erweiterung und Erneuerung des Kanalnetzes ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 2014 ein überschlägiger Bedarf von rd. 6,7 Mio. €. Nach den Erfahrungen der letzten Wirtschaftsjahre ist davon auszugehen, dass ein großer Teil dieser Maßnahmen realisiert werden kann. Dabei erfolgt eine strenge Auswahl nach Prioritäts- und Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten. Die Neukreditaufnahme (maximal 4,9 Mio. €) richtet sich nach der Realisierung der geplanten Investitionen. Für 2014 ist wieder eine Gewinnausschüttung an die Stadt Kamen in Höhe von 1,65 Mio. € aus dem Jahresgewinn 2013 geplant.

Auch für die Folgejahre wird eine positive Entwicklung des Eigenbetriebes angestrebt. Für das Jahr 2015 werden Umsatzerlöse in Höhe von rd. 12,5 Mio. € erwartet bei einem positiven Jahresergebnis von rd. 2,8 Mio. €. Für die Erneuerung des Kanalnetzes sind Investitionen in Höhe von 7,6 Mio. € eingeplant. Für die Durchführung aller Maßnahmen wird im Wirtschaftsjahr 2015 mit einer Kreditaufnahme in Höhe von bis zu rd. 5,8 Mio. € gerechnet. 2015 ist vorgesehen, (bei entsprechend gutem Ergebnis in 2014) dem städtischen Haushalt 1,65 Mio. € zuzuführen.

Verkehr

5. Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Unternehmenssitz

Kamen
 Geschäftsanschrift:
 Krögerweg 11
 48155 Münster

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 27. Juli 1908 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 4491 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag wurde im Jahr 2010 geändert und ist gültig in der Fassung vom 17.12.2010.

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ Ziele der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs im Sinne des § 107 Abs. 1 GO NRW im Kreis Unna sowie in angrenzenden Verkehrsgebieten, insbesondere durch Einrichtung und Betrieb von Linien- und Freistellungsverkehren, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr mit Kraftfahrzeugen (z. B. Bussen, Kleinbussen, Taxen), ferner die Beteiligung an Unternehmungen, die diese Zwecke fördern.

Die wirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 1 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Förderung des öffentlichen Verkehrs – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 3.856.100,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am gezeichneten Kapital in	
	€	%
Kreis Unna	1.935.170,00	50,19
Stadt Lünen	632.050,00	16,39
Stadt Unna	353.910,00	9,18
Stadt Kamen	311.320,00	8,07
Stadt Bergkamen	296.030,00	7,68
Stadt Werne	197.970,00	5,13
Gemeinde Bönen	53.220,00	1,38
Gemeinde Holzwickede	42.280,00	1,10
Stadt Selm	34.150,00	0,88

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Zwischen der Westfälischen Verkehrsgesellschaft mbH (WVG) und der VKU besteht ein Geschäftsführungsvertrag, wonach die Aufgaben der Geschäftsführung von der WVG wahrgenommen werden.

Geschäftsführer der VKU sind

Dipl.- Wirtsch.- Ing. (FH) André Pieperjohanns
Dipl. Geogr. Werner Linnenbrink

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Michael Makiolla (Landrat, Kreis Unna)

1. stellv. Vorsitzender

Werner Kolter (Bürgermeister, Stadt Unna)

2. stellv. Vorsitzender

Rainer Schmeltzer (Gewerkschaftssekretär)

für die **Stadt Kamen** ist im Aufsichtsrat vertreten:

Reiner Brüggemann (Verwaltung)

Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Friedhelm Lipinski (SPD)

Unternehmensergebnis 2013 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	74.819,00	97	92
II. Sachanlagen	8.795.742,93	8.921	8.246
III. Finanzanlagen	380.826,29	388	396
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	234.249,35	156	196
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.543.279,28	7.280	9.714
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	196.206,75	872	116
C. Rechnungsabgrenzungsposten	639,07	1	1
	19.225.762,67	17.714	18.761
Passivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.856.100,00	3.856	3.856
II. Kapitalrücklagen	792.496,21	792	792
III. Verlustvortrag	-152.946,00	-153	-153
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0	0
B. Rückstellungen	2.303.862,29	1.711	2.582
C. Verbindlichkeiten	12.088.328,69	11.140	11.283
D. Rechnungsabgrenzungsposten	337.921,48	367	401
	19.225.762,67	17.714	18.761

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	19.160.618,56	18.644	17.577
2. sonstige betriebliche Erträge	7.891.208,15	8.041	8.249
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.933.173,43	3.050	3.015
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.585.133,42	10.986	10.384
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.474.518,07	6.528	6.551
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	1.333.584,30	1.354	1.355
c) Aufwendungen für Altersversorgung	533.020,77	512	540
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.582.316,53	1.593	1.518
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	2.389.216,76	2.389	2.220
7. Erträge aus Beteiligungen	60,00	0	0
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.305,43	9	5
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	0	0
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	206.770,10	261	235

11. Ergebnis der gew. Geschäftstätigkeit	15.458,76	22	13
12. außerordentliche Aufwendungen	0,00	0	0
13. sonstige Steuern	15.458,76	22	13
14. Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	0,00	0	0

Kennzahlen in %	31.12.2013	2012	2011
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität ((Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital)	0,00	0,00	0,00
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität ((Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen)	48,1	53,1	46,6
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I ((Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	48,6	47,8	51,5
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote ((Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	23,8	25,9	24,0

Leistungsdaten Personenverkehr	2013	2012	2011
Fahrgastzahlen nach Ertragsstatistik (in Tsd.)			
- Jedermannverkehr	7.103	7.055	6.612
- Ausbildungsverkehr	6.512	6.238	6.146
- Gesamtverkehr	15.323	14.961	14.601
Verkehrsnetz			
- Linienlänge gesamt in km	2.445	2.502	2.643
- Anzahl der Linien gesamt	116	126	128
Omnibusse	179	176	183
Betriebsleistung			
- Wagen-km Omnibus gesamt (in Tsd.)	7.998	7.891	7.970

Die VKU beförderte im Berichtsjahr rd. 15,3 Mio. Fahrgäste. Das entspricht einer Steigerung um rd. 2,2 % gegenüber dem Vorjahr. Der sogenannte Jedermannverkehr entwickelte sich mit + 0,7 % auf dem Vorjahresniveau.

Im für das Unternehmen besonders wichtigen Ausbildungsverkehr war der Rückgang bei den Schulträgerkarten mit 0,4 % relativ moderat. Der Freiverkauf von Schülerkarten stieg hingegen stark, so dass der Ausbildungsverkehr insgesamt um rd. 4,4 % gestiegen ist. Die Quote für die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten betrug 7,4 %. An einem Schultag benutzten im Mittel rd. 35.000 Schüler die Busse der VKU.

Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Im Berichtsjahr wird insgesamt ein bilanzieller Fehlbetrag von rd. 6,7 Mio. € vor Ausgleichsleistungen ausgewiesen. Die Erträge im Linienverkehr stiegen um rd. 4,9 %. Während sie im Jedermannverkehr um rd. 4 % stiegen, verzeichnete der Ausbildungsverkehr einen Anstieg von 5 %. Die Ausgleichsleistungen für den Schülerlinienverkehr gem. § 11a ÖPNVG blieben auf dem Niveau des Vorjahres. Begünstigt wurde das Ergebnis des Berichtsjahres durch nachträgliche Einnahmezuschüsse für Vorjahre und Ertragszuschüsse aus der Förderung gem. § 11 (2) ÖPNVG. Die operativen Gesamterträge lagen um rd. 0,6 Mio. EUR über denen des Vorjahres.

Die Betriebsleistung betrug im Berichtsjahr 8 Millionen km und ist damit um rd. 1% gestiegen. Die Leistungserbringung erfolgt in enger Kooperation mit etwa 25 regionalen, privaten Partnerunternehmen. Bei den Kosten der Fahrleistungen wirkte sich der im Jahresvergleich mit durchschnittlich rd. 3,6 % gesunkene Treibstoffpreis positiv aus. Weiterhin gab es Tarifierhöhungen für Mitarbeiterentgelte sowie Vergütungsanhebungen für eingekaufte Fahrleistungen. Die VKU unternahm auch in diesem Berichtsjahr wirksame Gegensteuerungsmaßnahmen, um die Gesamtkosten den wirtschaftlichen Erfordernissen anzupassen.

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter im Personenverkehr	229
Anzahl Auszubildende	4

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet bis zur Höhe ihrer Einlage von 311.320 €.

Es besteht eine Refinanzierungsvereinbarung zwischen dem Kreis Unna und den übrigen Gesellschaftern (ohne WFG), wonach die jährlichen Verluste über den Kreishaushalt abgewickelt werden. 50 % werden – nach dem Betriebsleistungsschlüssel abgerechnet – von den beteiligten Gemeinden an den Kreis Unna erstattet. Der Handelsbilanzverlust wird dabei vor der eigentlichen Verlustabdeckung um individuelle Abrechnungen (z. B. für Ortslinienverkehr, für Regionalverkehre, für den Schülerlinienverkehr und für Stadtverkehr) reduziert.

An den Kreis Unna wurde seitens der Stadt Kamen ein Zuschuss zum Zwecke des Verlustausgleichs VKU in Höhe von 526.106,42 € gezahlt.

An Schülerbeförderungskosten wurden von der Stadt Kamen 468.139,05 € an die VKU erstattet.

Ausblick

Durch die abgeschlossene Umsetzung der 2010 beschlossenen Direktvergaben für die VKU und die zwei anderen ÖPNV-Unternehmen der WVG-Gruppe, ist die Grundlage für den Hauptzweck der VKU und damit der Erhalt der Gruppenstruktur mit der synergetischen Erledigung von Managementaufgaben für die Gesellschafterunternehmen bis 2020 gesichert.

Das Personenbeförderungsgesetz PBefG wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2013 an die Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 angepasst. Die Zulässigkeit von Direktvergaben an einen internen Betreiber und der Vergabe von ausschließlichen Rechten ist damit rechtssicher verankert. Dagegen sorgt in Nordrhein-Westfalen das seit Mai 2012 geltende Tariftreue- und Vergabegesetz TVgG NRW für neue Unsicherheiten. Die Geschäftsführung der VKU geht allerdings davon aus, dass aufgrund der bestehenden Direktvergabe sich für die Gesellschaft keine negativen Auswirkungen daraus ergeben.

Als strukturelles Problem aller ÖPNV-Unternehmen der Gruppe zeichnet sich die demographische Entwicklung im Bedienungsgebiet ab, die zu bedeutenden Verringerungen und Veränderungen der heutigen Schülerströme führen wird, mit möglicherweise deutlichen Auswirkungen auf das wichtige Geschäftsfeld „Ausbildungsverkehr“. Der Schülerrückgang aus der Landesstatistik NRW von rd. 5,0 % für 2013 lässt sich allerdings nicht ohne Weiteres auf die Schullandschaft der VKU übertragen. Die konkreten Effekte daraus auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage sind nicht ermittelbar. Der sich abzeichnende Fachkräftemangel in vielen Geschäftsbereichen der WVG und der angeschlossenen ÖPNV- und Eisenbahnunternehmen sowie die in den nächsten Jahren erfolgende Pensionierung zahlreicher Fach- und Führungskräfte stellen eine Herausforderung an die Aufrechterhaltung des ordentlichen Geschäftsbetriebs dar. Diese Herausforderung liegt insbesondere in der rechtzeitigen, angemessenen und wirtschaftlichen Neubesetzung sowie Einarbeitung von neuen Mitarbeitern und Schaffung adäquater Vertretungsstrukturen.

Ein möglicher Ausfall vorhandener IT-Systeme könnte ein hohes Risiko darstellen, insbesondere im Bereich der Disposition und Steuerung der Verkehre sowie der Abrechnung des Fahrpersonals. Das Dispositionssystem (ProFahr) muss im Betriebszeitfenster immer zur Verfügung stehen. Der gesamte fahrplangesteuerte Busverkehr wird über ProFahr gesteuert und abgerechnet. Es kann dann bei einem Ausfall nicht mehr sichergestellt werden, dass alle Fahrten durchgeführt und abgerechnet werden. Eine Quantifizierung derartiger Effekte auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage ist nicht möglich und korrespondiert stark mit der Ausfalldauer. Durch die Modernisierung der IT-Infrastruktur und die Verschlinkung von Prozessen erwartet die Gesellschaft eine Reduzierung des Ausfallrisikos sowie möglicher Schäden.

Für die Fahrzeugförderung nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG gelten konkrete Fördervoraussetzungen. Danach müssen 50% der Fahrplankilometer (ohne Schülerverkehre) von Fahrzeugen erbracht werden, die nicht älter als 78 Monate sind. Wenn die Gesellschaft Investitionen nicht durchführen würde, wäre künftig diese Fördervoraussetzung nicht erfüllbar. Hier wird die VKU durch Anpassung des eigenen Investitionsprogramms und Verpflichtung der Anmietunternehmer, richtlinienkonforme Fahrzeuge einzusetzen, gegensteuern.

Auf dem Beschaffungsmarkt birgt die Dieselpreisentwicklung ein Kostenrisiko. Ebenso würde eine möglicherweise hohe Krankenquote insbesondere im Bereich des Fahrpersonals zu schwierigen Dispositionsaufgaben sowie kostenintensiven außerplanmäßigen Leistungsvergaben führen.

Weitere wesentliche Risiken für die beiden Folgejahre werden von der Geschäftsführung derzeit nicht gesehen. Es liegen auch keine Beschlüsse der Unternehmensorgane vor, die gegen eine solche Annahme sprechen.

Das vorhandene zentrale Risiko- und Chancenmanagement der WVG-Unternehmensgruppe ermöglicht, Risiken der betrieblichen Tätigkeit systematisch zu identifizieren und erforderliche Gegensteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Es ist ein wesentliches Steuerungsinstrument und integraler Bestandteil des internen Kontrollsystems, um im Umgang mit identifizierten Risiken innerhalb der Gruppe auch die Chancen zu erkennen und umzusetzen.

Die Risiken werden systematisch dokumentiert. Soweit erforderlich, wird für die aus den unterschiedlichen Bereichen stammenden Risiken durch Rückstellungen Vorsorge getragen. Für potenzielle Schadensfälle und Haftungsrisiken bestehen adäquate Versicherungsverträge, welche die finanziellen Auswirkungen von eintretenden Schäden in Grenzen halten oder ausschließen. Der Umfang dieser Versicherungen wird für die gesamte WVG-Gruppe laufend optimiert.

Die Risiko- und Chancenberichterstattung erfolgt jährlich an die Geschäftsführung und den Aufsichtsrat. Sie wird stets gemäß den aktuellen Anforderungen weiterentwickelt. Die Effizienz und Wirksamkeit des Systems werden regelmäßig durch die interne Revision überwacht.

Aufgrund veränderter Rahmenbedingungen durch die weiterhin begrenzten Ertragssteigerungspotenziale, den demografisch bedingten Schülerrückgang, noch nicht planbare Effekte aus dem Einnahmenausgleich sowie Kostensteigerungstendenzen in den Bereichen Energie und Personal wird im Personenverkehr für Folgejahre mit einem schlechteren Ergebnis als 2013 gerechnet.

Bei rd. 20 Mio. € Umsatzerlösen für 2014 rechnet das Unternehmen mit einem operativen Defizit von rd. 7 Mio. EUR vor Ausgleichsleistungen. Für 2015 werden mit ebenfalls rd. 20 Mio. EUR stagnierende Umsatzerlöse erwartet. Wesentliche Ursachen hierfür sind der demografisch bedingte Schülerrückgang. So wird in der Landesstatistik NRW für 2014 mit einem Schülerrückgang von 5 % gerechnet. Allerdings ist diese Entwicklung nicht voll auf die VKU anzuwenden. Das operative Defizit für 2015 vor Ausgleichsleistungen dürfte trotz Gegensteuerungsmaßnahmen über 7 Mio. EUR liegen.

Wirtschaft und Tourismus

6. TECHNOPARK KAMEN GmbH

Unternehmenssitz

Lünener Str. 211/212
59174 Kamen

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 01.12.1994 gegründet und ist beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 4725 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 07.07.2004.

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ Ziele der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Gründer- und Technologiezentrums sowie die Errichtung und Betreuung des angeschlossenen Technologieparks.

Zur Erreichung dieses Zwecks ist die Gesellschaft insbesondere berechtigt,

- Räumlichkeiten im Gründer- und Technologiezentrum zu vermieten,
- Grundstücke zu erwerben, zu erschließen, zu verpachten bzw. zu verkaufen,
- Beratungsdienstleistungen im kaufmännischen und technischen Bereich für die Firmen im Gründer- und Technologiezentrum und im angeschlossenen Technologiepark bereitzustellen,
- Gemeinschaftseinrichtungen für die Firmen vorzuhalten und zu betreiben,
- den Technologietransfer zu fördern,
- für das Gründer- und Technologiezentrum und den Technologiepark Werbung und Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben,
- sowie die Organisation von Messen und Ausstellungen, Seminaren und Verbundvorhaben mit externen Kooperationspartnern zu betreiben.

Die nichtwirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Wirtschaftsförderung – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 105.000,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am gezeichneten Kapital in	
	€	%
Stadt Kamen	53.550,00	51
WFG für den Kreis Unna mbH	25.200,00	24
Städt. Sparkasse Kamen	8.400,00	8
GSW Gemeinschaftsstadtwerke Kamen-Bönen-Bergkamen GmbH	8.400,00	8
Stadt Bergkamen	6.300,00	6
Gemeinde Bönen	3.150,00	3

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Dipl. Betriebswirt Hubertus Ebbers

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Hermann Hupe (Bürgermeister, Stadt Kamen)

1. stellv. Vorsitzender

Manfred Turk (Stadt Bergkamen)

2. stellv. Vorsitzender

Dr. Michael Danneborn (Geschäftsführer WFG, Unna)

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Daniel Heidler	(SPD)
Susanne Middendorf	(CDU)
Ursula Müller	(SPD)

Jörg Mösgen (Verwaltung)

Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Theodor Wältermann (SPD)

Unternehmensergebnis 2013 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.224,00	1	2
II. Sachanlagen	1.896.780,46	2.045	2.189
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12.182,85	22	43
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	183.261,13	161	230
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10.677,54	17	18
	2.105.125,98	2.246	2.482
Passivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	105.000,00	105	105
B. Sonderposten wegen Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen	1.335.061,00	1.440	1.545
C. Rückstellungen	145.137,03	165	218
D. Verbindlichkeiten	516.132,47	532	611
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.795,48	4	3
	2.105.125,98	2.246	2.482

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	581.430,01	559	553
2. sonstige betriebliche Erträge	142.096,25	192	154
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.079,11	-2	-2
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-280.373,47	-272	-269
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-266.582,57	-266	-241
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-63.523,25	-61	-63
davon Aufwendungen für Altersversorgung	(24.345,44)	(24)	(24)
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-155.593,78	-155	-173
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-172.704,05	-141	-144
7. Zinsen und ähnliche Erträge	471,17	2	4
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-16.798,27	-21	-22
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-232.657,07	-166	-203

tigkeit			
10. sonstige Steuern	-11.157,35	-9	-9
11. Erträge aus Verlustübernahme	243.814,42	175	212
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Kennzahlen in %	31.12.2013	2012	2011
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität ((Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital)	-243,8	-166,3	-201,9
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität ((Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen)	90,2	91,1	88,3
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I ((Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	5,5	5,1	4,8
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote ((Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	5,0	4,7	4,2

Leistungsdaten Technopark	31.12.2013	2012	2011
Umsatzerlöse			
- Vermietung Büroräume u. Werkstätten	542 T€	528 T€	507 T€
- Grundstücksvermarktung u. Projektentwicklung	10 T€	6 T€	6 T€
- Vermietung Seminarräume	13 T€	12 T€	26 T€
- Bewirtschaftungsleistung	16 T€	13 T€	14 T€
Anzahl angesiedelter Unternehmen	60	55	59
- Arbeitsplätze	353	383	362
- davon Teilzeit	78	76	81
Quote Existenzgründer	55%	56%	58%

Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Die TECHNO PARK KAMEN GmbH ist seit 1994 als Betreibergesellschaft des Technologiezentrums und des Gründerzentrums im Technologiepark Kamen ein wesentliches Instrument der Struktur- und Technologieförderung. Insbesondere durch die Akquisition und Förderung von innovativen Existenzgründern und technologieorientierten Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) gehen positive wirtschaftsstrukturelle und arbeitsmarktrelevante Impulse am Wirtschaftsstandort Kamen, Bergkamen und Bönen aus. Nach erfolgreicher Auditierung durch den ADT-Bundesverband Deutscher Innovations-, Technologie- und Gründerzentren e.V. im April 2007 wurde der TECHNO PARK KAMEN GmbH das Prädikat „Anerkanntes Innovationszentrum“ verliehen.

Die Bilanzsumme ist um 141 T€ auf 2.105 TEUR gesunken. Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt lediglich 5 %. Unter Einbeziehung des Sonderpostens wegen Investitionszuschüssen haben die Eigenmittel einen Anteil von 68 % an der Bilanzsumme. Das langfristig gebundene Vermögen ist am Bilanzstichtag zu 97% durch zeitgleiche Mittel finanziert.

Die Liquidität der Gesellschaft war in 2013 durch vorhandene Finanzmittel und eine Abschlagszahlung der Stadt Kamen in Höhe von 312 TEUR auf die Verlustübernahme gesichert.

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 69 TEUR auf -244 TEUR erhöht. Nach Einzahlungen der Stadt Kamen wird ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

Aus Sicht der TECHNOPARK KAMEN GmbH war das Geschäftsjahr 2013 geprägt durch eine - im Vergleich zu den Vorjahren - normale Fluktuation der Unternehmen im Gründer- und im Technologiezentrum sowie durch einen hohen Rückgang der Existenzgründungen. Wie viele Menschen den Sprung in die Selbständigkeit wagen, hängt in Deutschland nach wie vor maßgeblich von der Beschäftigungssituation ab. 8 Auszüge und 2 Verkleinerungen mit einer Fläche von 397 qm konnten durch 12 Neueinzüge und 6 Erweiterungen mit einer Fläche von 462 qm gut kompensiert werden. Bei einer Gesamtjahresbetrachtung der Entwicklung des Technologie- und des Gründerzentrums für das Jahr 2013 sind in der Summe zum Stichtag 31.12.2013 60 Unternehmen inkl. assoziierter Mieter mit 353 Arbeitsplätzen, davon 78 Teilzeit-Arbeitsplätze, angesiedelt. Die Quote der Existenzgründer beträgt hierbei ca. 55 %.

Zum Bilanzstichtag betrug die Vermarktungsquote des Technologiezentrums 96 %, die des Gründerzentrums 73 %.

Die Ansiedlung neuer Unternehmen bestätigt das diversifizierte Spektrum technologieorientierter Entwickler und Dienstleister im Technologie- und Gründerzentrum. Schwerpunktmäßig lassen sich die Unternehmen in die Branchensegmente Software und I+K-Technologien, Maschinenbau/ Logistik/ Anlagentechnik, E-Technik/ Messtechnik und Sensorik, Umwelttechnik, Beratung und Bildung, Kreativwirtschaft sowie andere produktions- und technologieorientierte Dienstleister differenzieren.

Für den Seminarbetrieb in den beiden Zentren wurden Fachveranstaltungen von und für KMU an 340 gebuchten Seminartagen akquiriert. Anlässlich dieser Veranstaltungen wurden rd. 2.500 Teilnehmer im Technologie- und Gründerzentrum registriert.

Auch im 21. Jahr des Bestehens der TECHNOPARK KAMEN GmbH existiert im Hauptgeschäftsfeld „Vermietung“ grundsätzlich die Gefahr eines Umsatzrückganges, da die Hauptzielgruppe der (technologieorientierten) Existenzgründer hinsichtlich des realisierbaren Erfolgs ihrer Geschäftsentwicklung schwer einzuschätzen ist. Mit einer vorliegenden Kündigung für eine Fläche im Technologiezentrum in der Größe von rd. 260 m², die im laufenden Jahr 2014 wirksam wird sowie 20 auslaufenden Mietverträge in 2014, können kurzfristig auch größere Leerstände nicht ausgeschlossen werden.

Zudem ist die Nachfrage potentieller, geeigneter Existenzgründer u. a. konjunkturbedingt weiterhin äußerst verhalten.

Das Risikomanagementsystem der TECHNOPARK KAMEN GmbH wurde auch im Jahr 2013 den Anforderungen entsprechend überprüft. Der Einsatz dieses Systems bietet qualifizierte Hilfestellung, insbesondere bei der Formulierung kurz- und mittelfristiger Problemlösungen. Weiterhin unterstützt dieses System eine langfristig auf Risikominimierung hin ausgerichtete Sicht- und Entscheidungsweise.

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter	8
- davon Teilzeit	4
- davon Auszubildende	1

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet bis zur Höhe ihrer Einlage von 53.550,00 €.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 243.814,42 € ist durch die Stadt Kamen ausgeglichen worden.

Aus der Verpachtung von Gebäuden an die TECHNOPARK Kamen GmbH erzielte die Stadt Kamen Pachteinnahmen in Höhe von 115 TEUR/a.

Bürgschaften

Zur Sicherung von Darlehen für die Finanzierung des Eigenanteils im Zuge der Errichtung eines Gründerzentrums im Technologiepark Kamen hat die Stadt Kamen im Jahr 2000 eine Ausfallbürgschaft zugunsten der TECHNOPARK KAMEN GmbH in Höhe von 2.288.000,00 DM (1.106.000,00 €) übernommen.

Von der TECHNOPARK KAMEN GmbH abgerufen wurden davon 2.162.085,49 DM (1.105.456,75 €). Auf die Auszahlung des Restbetrages wurde verzichtet. Das verbürgte Restkapital betrug am 31.12.2013 noch 397.686,71 €.

Ausblick

Die Geschäftsführung geht aufgrund der anhaltend positiven Konjunktur davon aus, dass der Vermarktungsstand des Technologiezentrums zum Ende des 4. Quartals 2013 auch im Jahr 2014 auf hohem Niveau fortgeführt werden kann. Die Kehrseite der Medaille ist, dass auch im Jahr 2014 die anhaltende konjunkturelle Dynamik zusammen mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, steigender Arbeitsplatzsicherheit und einem zunehmenden Fachkräftemangel für eine Abnahme der Gründungsaktivitäten sorgen. Aufgrund der vorliegenden Kündigungen und auslaufender, nicht verlängerbarer Mietverträge für das Gründerzentrum wird das Hauptaugenmerk der Aktivitäten auch im Jahr 2014 auf die Akquisition, Beratung und Ansiedlung betrieblicher Existenzgründer und kleiner- und mittlerer Unternehmen für das Gründerzentrum gelegt. Es wird daher im Jahr 2014 mit einer Vermarktung des Gründerzentrums von ca. 77 % kalkuliert. Neben der Vermarktung des Flächenangebots im Technologie- und Gründerzentrum wird die Vermarktung der bebaubaren Gewerbeflächen im Technologiepark Kamen weiter fortgesetzt.

Die TECHNOPARK KAMEN GmbH wird in enger Kooperation mit dem Verein Der Innovationsstandort e. V. weiterhin für kleine und mittlere Unternehmen in der Region Kamen/ Bergkamen/ Bönen Beratungsdienstleistungen und Informationsveranstaltungen zum Wissens- und Technologietransfer anbieten.

Zusätzlich wird die TECHNOPARK KAMEN GmbH zusammen mit den anderen regional ansässigen Technologiezentren („TECH5plus“) auch im Jahr 2014 das Angebot „Pre-Incubator-Center“ im Gründerzentrum Kamen für Ausgründungen aus Hochschulen einsetzen.

Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2014 einen Verlust, der von der Stadt Kamen ausgeglichen wird.

Berichtspflichtige Vorgänge gemäß § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB sind nicht eingetreten.

7. Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG)

Unternehmenssitz

Friedrich-Ebert-Str. 19
59425 Unna

Gründung

Die Gesellschaft ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 3054 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 19.07.2004.

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ Ziele der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreises Unna durch Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Industrieansiedlung, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Sanierung von Altlasten.

Zur Erreichung dieses Zwecks werden grundsätzlich folgende Tätigkeiten schwerpunktmäßig verfolgt:

- Planen, Erschließen und Vermarkten von Gewerbe- und Industriegebieten
- Standortmarketing für den Kreis Unna
- Informationsbeschaffung und Verteilung an die kreisangehörigen Gemeinden und Unternehmen
- Förderung von Unternehmensgründungen und –entwicklungen
- Wissens- und Technologietransfer im Bereich der Kompetenzfelder im Kreis Unna
- Förderung der beruflichen Weiterbildung und Qualifizierung im Kreis Unna.

Die nichtwirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Wirtschaftsförderung – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 3.032.500,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil am gezeichneten Kapital in	
	€	%
Kreis Unna	1.213.000,00	40,00
Stadt Bergkamen	223.600,00	7,37
Gemeinde Bönen	92.500,00	3,05
Stadt Fröndenberg	100.300,00	3,31
Gemeinde Holzwickede	115.100,00	3,80
Stadt Kamen	168.500,00	5,56
Stadt Lünen	418.000,00	13,78
Stadt Schwerte	219.300,00	7,23
Stadt Selm	110.800,00	3,65
Stadt Unna	245.800,00	8,11
Stadt Werne	125.600,00	4,14

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Dr. Michael Dannebom	(Geschäftsführer)
Christoph Gutzeit	(Prokurist)

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Michael Makiolla	(Landrat, Kreis Unna)
------------------	-----------------------

1. stellv. Vorsitzender

Roland Schäfer	(Bürgermeister, Bergkamen)
----------------	----------------------------

2. stellv. Vorsitzender

Wilhelm Jasperneite	(Kreis Unna)
---------------------	--------------

für die **Stadt Kamen** ist im Aufsichtsrat vertreten:

Hermann Hupe	(Bürgermeister)
--------------	-----------------

Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Marion Dyduch

(SPD)

Unternehmensergebnis 2013 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.849,00	6	12
II. Sachanlagen	16.710,00	23	30
III. Finanzanlagen	403.230,05	403	406
B. Umlaufvermögen			
I. zum Verkauf bestimmte Grundstücke	7.011.135,09	7.212	7.410
II. Treuhandgrundstücke	16.500.661,04	16.296	17.899
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	27.794.999,73	29.647	35.215
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	786.531,96	2.520	2.242
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.022,10	9	0
	52.519.138,97	56.117	63.214
Passivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.032.500,00	3.033	3.033
II. Kapitalrücklage	7.215.440,75	7.215	7.215
III. Gewinnrücklage (neue Position ab 2010)	2.200.000,00	2.200	2.200
2. Ausgleichsposten zu Grundstücken, Beteiligungen und Forderungen	16.860.891,09	16.657	18.260
3. Rückstellungen	1.054.000,00	1.412	568
4. Verbindlichkeiten	22.152.143,49	25.593	31.937
5. Rechnungsabgrenzungsposten	4.163,64	8	1
	52.519.138,97	56.117	63.214

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Gesamtertrag	1.394.085,80	2.414	2.599
2. Materialaufwand	-123.812,95	- 1.050	-1.366
3. Personalaufwand	-1.598.696,86	- 1.439	- 1.316
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-14.993,11	- 19	- 28
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-552.262,65	- 497	- 605
6. Zinserträge	130.832,17	128	144
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13.444,95	- 13	- 22
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-778.292,55	- 477	- 594
9. Sonstige Steuern	-9.441,24	0	0
10. Erträge aus Verlustübernahme	787.733,79	478	594
11. Jahresergebnis	0,00	0	0

Kennzahlen in %	31.12.2012	2012	2011
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität ((Jahresergebnis vor Verlustübernahme x 100) : Eigenkapital)	-6,3	- 3,8	- 4,8
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität ((Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen)	0,8	0,8	0,7
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I ((Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	2.951,2	2.880,9	2.780,7
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote ((Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	23,7	22,2	19,7

Leistungsdaten Projektentwicklung	2013	2012	2011
Gewerbeflächenprojekte	14	11	11
Vermarktung			
- Verträge mit Gewerbebetrieben	12	8	10
- verkaufte Quadratmeter	149.415	32.860	355.156

Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Die Aktivseite der Bilanz ist maßgeblich von den Positionen Grundstücke im Umlaufvermögen sowie Forderungen aus Ansiedlungskosten bestimmt. Hier finden in der Regel die großen Bewegungen statt. Der Bestand an WFG-Grundstücken umfasste im Geschäftsjahr 5.407 TEuro (Vorjahr: 5.607 TEuro) und die darauf aktivierten Erschließungskosten 1.604 TEuro (Vorjahr: 1.606 TEuro). Die kommunalen Grundstücke in Treuhänderschaft der WFG wurden mit 16.501 TEuro (Vorjahr: 16.296 TEuro) bewertet und die Forderungen aus Ansiedlungen betragen 25.752 TEuro (Vorjahr: 26.344 TEuro). Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus dem An- und Verkauf von Treuhandgrundstücken. Die leichte Zunahme entstand durch Investitionen in Tauschland für Gewerbeflächen. Diese beiden Bilanzpositionen sind maßgeblich für die Höhe der Bilanzsumme verantwortlich. Langfristig wird sich ein Trend ergeben, wonach sich die Struktur des Umlaufvermögens sukzessive von den Treuhandprojekten zu den WFG-eigenen Projekten verschieben wird. Damit wird der Zeitpunkt näherkommen, dass die WFG für diese Projekte auch auf Fremddarlehen zurückgreifen muss und die Projekte auch faktische Zinsaufwendungen mitverdienen müssen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind um 904 TEuro auf 1.611 TEuro gesunken. Die Gründe hierfür liegen hauptsächlich in der Stichtagsbetrachtung des Jahresabschlusses. Der Kassenbestand belief sich auf 787 TEuro (Vorjahr: 2.520 TEuro). Die Bilanzsumme ist um 3.598 TEuro gesunken und beträgt 52.519 TEuro.

Die Passivseite besteht im Wesentlichen aus Eigenkapital von 12.448 TEuro (Vorjahr: 12.448 TEuro), aus Ausgleichsposten von 16.861 TEuro (Vorjahr: 16.567 TEuro) sowie aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 21.401 TEuro (Vorjahr: 25.061 TEuro). Durch Verkaufserlöse aus Treuhandprojekten konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten deutlich gemindert werden.

Der Liquiditätsspielraum der WFG entspricht dem Eigenkapital und besteht aus dem gezeichneten Kapital, der Gewinnrücklage und der Kapitalrücklage. Das Eigenkapital der WFG beträgt 12.448 TEuro. Es steht in erster Linie für Investitionen in die Treuhandprojekte sowie für Investitionen in die WFG-eigenen Projekte zur Verfügung und fließt in weitere Grunderwerbs- und Erschließungsaktivitäten ein. Ein Betrag von 403 TEuro ist durch Finanzbeteiligungen gebunden.

Die Eigenkapitalquote der WFG ist leicht auf 24 % (Vorjahr: 22 %) gestiegen. Dagegen ist die Fremdkapitalquote auf 76 % (Vorjahr: 78 %) gefallen.

Im Geschäftsjahr 2013 wurde ein Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit von 644 TEuro (Vorjahr: 5.306 TEuro) erwirtschaftet. Des Weiteren betrug der Cash-Flow aus Investitionstätigkeiten -5 TEuro (Vorjahr: -6 TEuro) und aus Finanzierungstätigkeiten -2.372 TEuro (Vorjahr: -5.022 TEuro). Die Zahlungsfähigkeit der WFG war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

Die WFG erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2013 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von -787 TEuro (Vorjahr: -477 TEuro). Die wesentlichen Säulen, auf die sich die Ertragslage der WFG gründete, bestand aus den Umsatzerlösen (1.016 TEuro; Vorjahr: 2.089 TEuro), den sonstigen betrieblichen Erträgen (579 TEuro, Vorjahr 486 TEuro) und den Zinserträgen (131 TEuro; Vorjahr: 128 TEuro). Somit betrugen die Gesamteinkünfte (ohne Bestandsveränderung) 1.726 TEuro (Vorjahr: 2.703 TEuro). Die Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen in Höhe von 124 TEuro (Vorjahr: 1.050 TEuro) stellen Investitionen in Grundstücke und Erschließungsanlagen in langfristige WFG-eigene Projekte dar.

Das mit dem Wirtschaftplan gesetzte Ziel, mit einem Jahresverlust von 683 TEuro abzuschließen, wurde um 104 TEuro überschritten. Dies lag vor allem an der nicht realisierten Verkaufsoption des bereits erwähnten Gewerbegrundstückes.

Der Verkauf von WFG-eigenen Grundstücken ging deutlich zurück. Durch den Abgang der Grundstücke und der wenigen Ankäufe von Grundstücken aus Eigenprojekten sind die Bestandsveränderungen negativ (-201 TEuro, Vorjahr: -162 TEuro).

Die Aufwendungen für Material- und Fremdleistungen haben um ca. 90 % abgenommen, da 2013 kaum Erschließungsaufwand anfiel. Die Erhöhung beim Personalaufwand resultiert hauptsächlich aus der Zunahme der Vollzeitkräfte im Bereich der Projektarbeit.

Wirtschaftsförderung ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet, sondern auf die politisch motivierte Stärkung der heimischen Wirtschaft und damit auf die Sicherung der Entwicklungsperspektiven der Region Kreis Unna. Im Hinblick auf die Ziele der WFG muss festgestellt werden, dass sich der Erfolg der struktur- und wirtschaftspolitischen Aktivitäten insbesondere in der Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der lokalen Wirtschaft niederschlägt und nur bedingt im Jahresabschluss der WFG.

Zusammenfassend hat sich die Geschäftssituation der WFG im Vergleich zum Wirtschaftsplan verschlechtert. Es ist nur folgerichtig, dass die Ausrichtung auf die Realisierung von Eigenprojekten zwangsläufig zu stark schwankenden Ergebnissen führt, die sich auch nicht in einem noch so präzise geplanten Wirtschaftsplan prognostizieren lassen. Der hohe Jahresfehlbetrag ist als nicht zufriedenstellend zu bewerten. Jedoch stehen diesem Investitionen in Projekte und Initiativen gegenüber, deren Wirkung sich im Sinne des Gesellschaftszwecks auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur im Kreis Unna richten und sich in der Zukunft nachhaltig auszahlen werden.

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter
(inklusive Stiftung Weiterbildung)

29

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Im Gesellschaftsvertrag ist geregelt, dass der Gesellschafter Kreis Unna den Verlustausgleich leistet. Es ist erklärter Wille und geübte Praxis der Vergangenheit, die Tätigkeiten der WFG, die allen Kommunen gleichermaßen zuteilwerden, über die Kreisumlage allen Kommunen entsprechend ihres Umlageteils anzulasten. Dies ist ein sehr guter Weg, die Solidargemeinschaft und die interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Unna zu stärken.

Ausblick

Die WFG ist für die Herausforderungen der nächsten Jahre gut aufgestellt. Die noch im Kreis Unna vorhandenen Gewerbeflächenpotenziale müssen durch entsprechende Grunderwerbsverhandlungen und Erschließungsmaßnahmen weiterhin marktfähig gemacht werden. Allerdings wird die Landesplanung die Neuausweisung von Gewerbegebieten und die Umsetzung von Bebauungsplänen für Gewerbestandorte aus den Flächennutzungsplänen zukünftig sehr restriktiv genehmigen. Somit wird bei Neuansiedlungen darauf zu achten sein, mit der endlichen Ressource Grund und Boden so umzugehen, dass möglichst viele Arbeitsplätze und eine hohe Wertschöpfung erzielt werden.

Aus den wirtschaftlichen Rahmendaten, wie z. B. dem Prognose Zukunftatlas, ergeben sich neben den klassischen Wirtschaftsförderungsmaßnahmen vor allem die Schwerpunkte Förderung von Existenzgründungen, Bildung und Innovationen im Unternehmensbestand.

Diese Aktivitäten wird die WFG zukünftig noch offensiver ausbauen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen im Kreis Unna zu verbessern. Parallel dazu hat die Geschäftsführung ein umfassendes Ziel- und Indikatorensystem erarbeitet, das sie Anfang 2014 dem Aufsichtsrat zur Diskussion und Beschlussfassung vorlegen wird. Wenn jedoch diese Offensiven zielführend und wahrnehmbar sein sollen, müssen die Maßnahmen insbesondere durch zusätzliche Personal- und Sachmittel ergänzt werden. Umsatzsteigerungen hieraus sind jedoch nicht zu erwarten.

Für das Wirtschaftsjahr 2014 wird laut Wirtschaftsplan ein Jahresfehlbetrag von 696 TEuro und für das Folgejahr wird in etwa dasselbe Ergebnis erwartet.

8. Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH (KBG)

Unternehmenssitz

Rathausplatz 2 - 4
59174 Kamen

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 24.06.1993 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 4691 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 18.02.2014.

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ Ziele der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Betriebsführung der Kamener Stadthalle sowie die Bereitstellung und Organisation von Räumen, einschl. aller technischen und sonstigen notwendigen Einrichtungsgegenstände, Inventar und Personal zur Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Veranstaltungen des Stadtmarketings, die im Interesse der Stadt Kamen liegen.

Die nichtwirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung NRW – Kulturförderung – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das Gezeichnete Kapital der Gesellschaft beträgt **25.564,59 €**. Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Kamen.

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Franz-Peter Herrmann

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Kaja Gercek (SPD)

1. stellv. Vorsitzender

Franz Hugo Weber (CDU)

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Britta Dreher	(SPD)
Rainer Fuhrmann	(CDU)
Astrid Gube	(SPD)
Hans-Dieter Heidenreich	(SPD)
Klaus-Bernhard Kühnapfel	(Bündnis 90/DIE GRÜNEN) (ab 16.05.2013)
Ursula Müller	(SPD)
Anke Schneider	(Bündnis 90/DIE GRÜNEN) (bis 15.05.2013)

Hermann Hupe	(Bürgermeister)
Jörg Mösgen	(Verwaltung)

Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** sind in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Joachim Eckardt	(SPD)
Susanne Middendorf	(CDU)
Reiner Brüggemann	(Verwaltung)

Unternehmensergebnis 2013 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1.887,00	4	7
II. Sachanlagen	121.887,00	143	152
B. Umlaufvermögen			
I. Waren	22.591,72	12	14
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	227.192,26	247	295
III. Kassenbestand	3.508,63	3	4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	19.074,88	17	21
	396.141,49	427	493
Passivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	26	26
B. Sonstige Rückstellungen	14.402,98	19	12
C. Verbindlichkeiten	356.173,92	383	455
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0	0
	396.141,49	427	493

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	711.957,47	713	674
2. sonstige betriebliche Erträge	17.229,42	26	34
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	329.192,88	278	282
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	183.956,05	178	132
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	411.908,70	424	418
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	89.946,09	91	109
davon Aufwendungen für Altersversorgung	(36.580,63)	(35)	(52)
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	37.032,00	40	41
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	163.703,96	167	233
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.494,80	12	11
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	495.047,59	452	517
9. sonstige Steuern	74,00	0	1
10. Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	495.121,59	452	518
11. Erträge aus Verlustübernahme	495.121,59	452	518
12. Jahresergebnis	0,00	0	0

Kennzahlen in %	31.12.2013	2012	2011
1. Ertragslage Eigenkapitalrentabilität ((Jahresergebnis vor Verlustübernahme x 100) : Eigenkapital)	-1.936,7	-1.769,8	-2.024,6
2. Vermögensaufbau Anlagenintensität ((Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen)	31,2	34,5	32,3
3. Anlagenfinanzierung Anlagendeckung I ((Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	20,7	17,3	16,1
4. Kapitalausstattung Eigenkapitalquote ((Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	6,5	6,0	5,2

Leistungsdaten KBG in T €	2013	2012	2011
Umsatzerlöse gesamt	712	713	674
Umsatzerlöse Gastronomie	443	416	396
Verpachtung Gastronomie	32	32	32
Personalgestellung und Anlagenvermietung	121	132	128
Veranstaltungen/Messen	84	94	91
Nebenleistungen	32	39	27

Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Es fanden 205 (i. Vj. 215) Veranstaltungen statt, davon 94 Veranstaltungen mit 12 Probetagen im Saalbereich und 99 Meetings und Feiern im Konferenzbereich, zusätzlich konnte der Saal für eine Tanzsportgruppe an 82 Tagen pauschal vermietet werden. Insgesamt besuchten 51.380 Besucher die Kamener Stadthalle.

Das mietkostenfreie Angebot nutzten Kamener Vereine und Verbände für 14 Veranstaltungen. Es wurden 10 Außerhaus-Veranstaltungen durchgeführt, an Großveranstaltungen fanden u. a. Altstadtparty, Brunnenfest, Kamen Classic und Kamen Open Air statt, im Messebereich wurde die Immobilienmesse sowie die Messe Hund durchgeführt.

In der Konzertaula wurde für 59 kulturelle und schulische Veranstaltungen die technische und gastronomische Betreuung durchgeführt. Für die Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung der insgesamt 287 Veranstaltungen sind Aushilfskräfte eingesetzt worden.

Das Gesamtergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um 43 T€ verschlechtert. Dieser Rückgang resultiert bei nahezu unveränderten Umsätzen im Wesentlichen aus gestiegenen Aufwendungen für den Materialeinsatz. Die Lohn- und Gehaltskosten blieben vor allem wegen krankheitsbedingter Minderaufwendungen und einem Personalabgang zum Ende des dritten Quartals unter dem Ansatz des Vorjahres. Die nicht durchgeführten Investitionen für die Erneuerung und Erweiterung der Saalbeleuchtung und für den Austausch der Bestuhlungsflächen führten zu geringeren Abschreibungen als geplant. Im sonstigen Aufwandbereich führten hauptsächlich geringere Werbungskosten insgesamt zu einem leichten Rückgang.

Im Jahr 2013 hatte die Verwaltung der Stadt Kamen eine Beratungsgesellschaft beauftragt, eine Optimierungsuntersuchung zur Umstrukturierung der Kamener Betriebsführungsgesellschaft durchzuführen. Nach eingehender Prüfung und Untersuchung wurde auf Basis der Strukturanalyse ein Maßnahmenkatalog vorgestellt. Die Verwaltung wurde vom Rat der Stadt Kamen beauftragt, im Rahmen des Maßnahmenkataloges die Umsetzung der Maßnahmen sukzessive ab dem 01.01.2014 vorzunehmen. Insbesondere wird der derzeitige Aufsichtsrat als Leitungsgremium durch die Gesellschafterversammlung ab 2014 ersetzt, der Gesellschaftsvertrag wird entsprechend geändert. Weitere größere Maßnahmen sind die Übernahme der Buchführung und Abschlussarbeiten von der Stadt Kamen und eine Personalunion im Leitungsbereich der Stadt Kamen und der Kamener Stadthalle. In dem Wirtschaftsplan 2014 wurden bereits vorsichtige Ansätze der Umstrukturierung dokumentiert und Ergebnisauswirkungen dargestellt.

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter 6

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet bis zur Höhe ihrer Einlage von 25.564,59 €.

Für das Jahr 2013 wurden 495.121,59 € zum Zwecke des Verlustausgleichs seitens der Stadt Kamen an die Gesellschaft gezahlt.

Aus der Verpachtung der Stadthalle an die KBG flossen der Stadt Kamen 30.677,52 € zu.

Ausblick

Veränderungen im Konsum- und Veranstaltungsverhalten haben das Geschäftsumfeld für die Kamener Betriebsführungsgesellschaft mbH geprägt, die zu einem Jahresfehlbetrag von 495 T€ geführt haben. Kurzfristige Absagen von Veranstaltungen, Änderungen von Gastronomievorbestellungen sowie Verlegungen von Tagungen und Kongressen führten zu großen Auswirkungen auf die Umsätze und das Geschäftsergebnis.

Durch neue organisatorische Maßnahmen, Umstrukturierungen von Aufgaben und Zuordnung von Mitarbeitern soll sich das Ergebnis für das kommende Geschäftsjahr verbessern. Es wird angestrebt, den Zuschussbedarf um ca. 100 T€ bis 120 T€ zu verringern. Zur besseren Beurteilung von Vermietungs- und Bewirtungsgeschäften soll ab 2014 die Analyse der Kosten und Erlöse erweitert werden, um insbesondere die Kostenstruktur nach örtlichen und überörtlichen Benutzergruppen beurteilen zu können.

Aufgrund der vorliegenden Veranstaltungsbuchungen für das Jahr 2014, zwei nachzuholenden Veranstaltungen aus dem Vorjahr sowie den strukturverbessernden und organisatorischen Maßnahmen wird ein deutlich geringerer Jahresfehlbetrag für 2014 erwartet.

9. Unnaer Kreis-, Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS)

Gesellschaftssitz

Friedrich-Ebert-Str. 32
59425 Unna

Gründung

Die Gesellschaft wurde am 19. August 1939 gegründet und ist im Handelsregister beim Amtsgericht Hamm, Abteilung B, Nr. 3046 eingetragen.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 20.06.2006.

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ Ziele der Gesellschaft

Die Gesellschaft errichtet und bewirtschaftet Wohnungen im eigenen Namen. Sie kann zur Ergänzung der wohnlichen Versorgung ihrer Mieter Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe bereitstellen.

Daneben kann sie die Errichtung von Wohnungsbauten betreuen und fremde Wohnungen bewirtschaften.

Außerdem kann die Gesellschaft alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen.

Die nichtwirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 Gemeindeordnung NRW – Wohnraumversorgung – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Das gezeichnete Kapital von 2.600.000,00 € entfällt auf die Gesellschafter wie folgt:

	Anteil gezeichneten Kapital in	
	€	%
Kreis Unna	1.061.850,00	40,8
Stadt Unna	381.150,00	14,7
Stadt Bergkamen	364.000,00	14,0
Stadt Kamen	286.000,00	11,0
Stadt Hamm	171.600,00	6,6
Stadt Fröndenberg	127.400,00	4,9
Gemeinde Bönen	78.000,00	3,0
Stadt Selm	78.000,00	3,0
Gemeinde Holzwickede	52.000,00	2,0

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Matthias Fischer	(Geschäftsführer)
Karl-Friedrich Meister	(Prokurist)

Aufsichtsrat

Vorsitzender

Theodor Rieke	(Kreis Unna)
---------------	--------------

Stellvertreter

Michael Hoffmann	(Stadt Unna)
------------------	--------------

für die **Stadt Kamen** sind im Aufsichtsrat vertreten:

Friedhelm Lipinski	(SPD)
Reiner Brüggemann	(Verwaltung)

Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Annette Mann	(SPD)
--------------	-------

Unternehmensergebnis 2013 - Erfüllung des Gesellschaftszwecks

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.677,57	37	73
II. Sachanlagen	97.448.792,94	97.539	93.437
III. Finanzanlagen	4.160,00	4	4
B. Umlaufvermögen			
I. Zum Verkauf bestimmte Grundstücke u. a. Vorräte	5.647.248,17	5.220	5.283
II. Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände	98.552,15	75	105
III. Kassenbestand, Postbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten	566.869,40	1.791	1.639
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0	0
	103.769.300,23	104.667	100.541
Passivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	2.600.000,00	2.600	2.600
II. Gewinnrücklagen	19.890.312,35	19.599	19.205
III. Jahresüberschuss	909.193,16	915	1.018
B. Rückstellungen	186.487,00	820	635
C. Verbindlichkeiten	80.183.307,72	80.733	77.083
	103.769.300,23	104.667	100.541

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse			
a) aus der Hausbewirtschaftung	15.795.181,37	15.362	15.081
b) aus anderen Lieferungen und Leis- tungen	158.919,11	77	14
2. Veränderungen des Bestandes an unfertigen Leistungen	428.641,37	-92	68
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	100.620,00	221	197
4. Sonstige betriebliche Erträge	615.660,34	605	522
5. Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	8.350.358,89	7.878	8.052
6. Rohergebnis	8.748.663,30	8.294	7.830
7. Personalaufwand	1.595.283,03	1.535	1.383
8. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlage- vermögens und Sachanlagen	3.356.115,17	3.126	2.986
9. sonstige betriebliche Aufwendungen	780.917,22	706	668
10. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.734,94	9	11
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.583.267,73	1.527	1.388
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätig- keit	1.436.815,09	1.409	1.415
13. Steuern vom Einkommen und Ertrag	+44.973,50	72	8

14. sonstige Steuern	572.595,43	421	388
15. Jahresüberschuss	909.193,16	915	1.018

Kennzahlen in %	31.12.2013	2012	2011
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität (Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital)	3,9	4,0	4,5
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität (Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen)	93,9	93,2	93,0
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I (Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	24	23,7	24,4
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	22,5	22,1	22,7

Leistungsdaten	2013	2012	2011
Anzahl Mieterwechsel	256	279	278
Fluktuationsquote in %	9,1	10,0	10,0
Leerstand am Bilanzstichtag in Wohneinheiten	79	73	71
Leerstandsquote am Bilanzstichtag in %	2,8	2,6	2,6

Die UKBS bewirtschaftete den eigenen Hausbesitz, der zum 31.12.2013 2.827 Wohnungen, 35 Büro- und sonstige Einheiten in insgesamt 379 Häusern, 1 Parkhaus mit 82 Stellplätzen und 486 Garagen und Stellplätze mit einer Gesamtwohn/-nutzfläche von 198.561,06 m² umfasst.

Mit der umfangreichen Neubau- und Investitionstätigkeit im Wohnungsbestand hat die UKBS der im Gesellschaftsvertrag festgelegten Zielsetzung „die Errichtung und Bewirtschaftung von Wohnungen in allen Rechts- und Nutzungsformen“ auch im Jahr 2013 voll entsprochen.

Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Im zweiten Quartal 2013 nahm die reale Wirtschaftsleistung im Euroraum erstmals seit anderthalb Jahren wieder zu. Die Verbesserung der Konjunktur ist zu einem guten Teil auf die Außenwirtschaft zurückzuführen. Auch die Binnennachfrage legte leicht zu. Der private Konsum und die Bruttoinvestitionen wurden geringfügig ausgeweitet.

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahresdurchschnitt 2013 insgesamt als stabil erwiesen. Das Bruttoinlandprodukt war zwar um 0,4 % höher als im Vorjahr, jedoch war der Anstieg deutlich gebremster als in den vorangegangenen Jahren. Die Investitionen im Inland gingen zurück; ebenso die Bauinvestitionen. Der Außenhandel büßte in 2013 an Dynamik ein. Deutschland exportierte zwar insgesamt um 0,5 % mehr an Waren und Dienstleistungen, gleichzeitig stiegen jedoch die Importe um 1,3 %.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten 2013 davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft am Beginn eines Aufschwungs befindet. Dies wird damit begründet, dass die Weltwirtschaft wieder etwas stärker expandiert und die Unsicherheit im Zusammenhang mit der Krise im Euroraum deutlich abgenommen hat.

Für die Mieter bestand auch 2013 ein günstiges Preis-Leistungs-Verhältnis. Die Mieten lagen auch in 2013, überwiegend, größtenteils deutlich, unterhalb der ortsüblichen Vergleichsmieten.

Die durch vorübergehenden Leerstand entstandenen Kosten betragen 414,7 T€ (2012: 392,8 T€). Von den Kosten entfallen 22,5 T€ (2012: 78,6 T€) auf modernisierungsbedingten Leerstand; die restlichen Kosten sind bedingt durch Mieterwechsel. In den Leerstandskosten sind 119,0 T€ (2012: 124,9 T€) Betriebskosten enthalten. Gegenüber Beihilfeempfängern wurden im Jahr 2013 88,0 T€ (2012: 88,2 T€) Mietverzicht gewährt.

Die Erlösausfälle, ohne WFB-Verzichte, betrugen in 2013 unter Berücksichtigung von Eingängen auf abgeschriebene Mietforderungen 2,9 % (= 471,4 T€), gegenüber 2012 3,1 % (= 491,3 T€) des Miet- und Umlagensolls. In den Erlösausfällen sind Forderungsausfälle in Höhe von 68,6 T€ (2012: 107,5 T€) enthalten. Diese hohen Kosten für Abschreibungen und Wertberichtigungen resultieren im Wesentlichen daraus, dass viele Haushalte oft überschuldet sind, von Arbeitslosigkeit betroffen oder finanzielle Unterstützung durch das Jobcenter erhalten. Die Rückzahlung ist oft nur in kleinen Raten und über einen längeren Zeitraum möglich.

Die Verbesserung unseres Wohnungsbestandes in Qualität und Attraktivität wurde in erheblichem Maße fortgesetzt. Für Modernisierungs-, Instandhaltungs- und Reparaturmaßnahmen wurden 3.792,9 T€ (2012: 3.544,6 T€) einschließlich zugeordneter Personalaufwand durch den BAB ausgegeben.

Für Modernisierung, geplante und ungeplante Instandhaltungsmaßnahmen wurden in 2013 in Relation zur Sollmiete rd. 34,6 % (Vorjahr: 33,5 %) verausgabt. Dies sind 19,32 € pro durchschnittliche m² Wohn- und Nutzfläche (Vorjahr: 18,32 € pro durchschnittliche m²).

Im Geschäftsjahr wird ein Jahresüberschuss von 909,2 T€ (2012: 915,3 T€) ausgewiesen. Dieser wurde im Wesentlichen durch das Ergebnis der Hausbewirtschaftung erzielt.

Bei der z. Zt. vorhandenen Liquidität ist die ordentliche Bewirtschaftung und Durchführung geplanter Bauvorhaben gesichert.

Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachzukommen.

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter	34
davon Anzahl Auszubildende	3,5

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet bis zur Höhe ihrer Einlage von 286.000,00 €.

Die Gesellschaft hat entschieden, aus dem ausgewiesenen Jahresüberschuss eine Gewinnausschüttung in Höhe von 624.000,00 € vorzunehmen und den Restbetrag in Höhe von 285,2 T € in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen.

Auf die Stadt Kamen entfällt eine Nettodividende von 57.777,72 €.

Ausblick

Auch im bisherigen Verlauf des Geschäftsjahres 2014 stellt sich die wirtschaftliche Lage unseres Unternehmens weiterhin positiv dar. Für das Geschäftsjahr 2014 wird ein Jahresergebnis in ähnlicher Höhe erwartet.

Die Modernisierung und die Wohnwertverbesserung des eigenen Mietwohnungsbestandes bleibt auch in den kommenden Jahren, gerade bei einem Mietermarkt von großer Bedeutung. Bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen werden die Ergebnisse des Portfoliomanagementes und die Auswirkungen des demografischen Wandels einfließen.

Ein Bedarf an Wohnformen für Senioren (z. B. Mehrgenerationenwohnen, Betreutes Wohnen, Senioren-Wohngemeinschaften) ist weiterhin vorhanden. Bei der Planung von Neubauobjekten orientiert sich unsere Gesellschaft an den Bedürfnissen des Marktes sowie an den Interessen ihrer Gesellschafter.

Die Gesellschaft wird ihre erfolgreichen Anstrengungen fortsetzen, um sich auf die Veränderungen des Wohnungsmarktes, unter besonderer Berücksichtigung der lokalen wirtschaftlichen und demografischen Entwicklung, einzustellen und die Herausforderung des Marktes zukunftsorientiert zu bewältigen.

10. Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG

Unternehmenssitz

Westenhellweg 86-88
44137 Dortmund

Betriebsstätte

Antenne Unna Radio und Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Ostring 17a
59423 Unna

Gründung

Die Gesellschaft ist mit Gesellschaftsvertrag vom 17.01.1991 unter der Firma Radio U Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG gegründet und am 15.01.1991 im Handelsregister beim Amtsgericht Dortmund, Abteilung A, Nr. 12756 eingetragen worden.

Die Gesellschafterversammlung hat am 23. Juni 2007 einstimmig die Änderung des Firmennamens in Antenne Unna Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG beschlossen; die Änderung der Firma wurde am 23. Oktober 2007 ins Handelsregister Dortmund eingetragen. Die Gesellschaft hat die Rechtsform einer Kommanditgesellschaft in der Sonderform der GmbH & Co. KG.

Der Gesellschaftsvertrag ist gültig in der Fassung vom 17.01.1991.

Gesellschaftszweck (Erfüllung des öffentlichen Zwecks)/ Ziele der Gesellschaft

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
- der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
- für die Veranstaltergemeinschaft den in § 24 Abs. 4 Satz 7 des Rundfunkgesetzes genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Darüber hinaus sind Gegenstand des Unternehmens alle mit der Wahrnehmung dieser Aufgaben unmittelbar oder mittelbar zusammenhängenden Geschäfte.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vornehmen.

Die nichtwirtschaftliche Betätigung ist gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 Gemeindeordnung NRW – Kulturförderung – zulässig.

Beteiligungsverhältnisse

Die Kommanditeinlage in Höhe von 250.000,00 € entfällt auf die Kommanditisten wie folgt:

	Anteil an den Kommanditeinlagen in...	
	€	%
A. Kommanditisten		
Ruhr-Nachrichten Verlag & Co. KG	80.500,00	32,20
FUNKE MEDIEN NRW GmbH	48.600,00	19,44
Graphische Betriebe F.W. Rubens GmbH & Co. KG	44.825,00	17,93
Westfäl. Anzeiger Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG	13.575,00	5,43
Kreis Unna	12.362,63	4,95
Gemeinde Holzwickede	3.434,06	1,37
Gemeinde Bönen	3.434,06	1,37
Stadt Schwerte	6.181,33	2,47
Stadt Bergkamen	6.181,33	2,47
Stadt Lünen	8.928,57	3,58
Stadt Kamen	6.181,33	2,47
Stadt Fröndenberg	3.434,06	1,37
Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH	12.362,63	4,95
B. Komplementärin		
Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH	ohne Einlage	

Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung

Gem. § 14 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages werden die Geschäfte der Gesellschaft durch die Komplementärin geführt. Die Komplementärin ist gem. § 4 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages die Antenne Unna Verwaltungsgesellschaft mbH mit Sitz in Dortmund, Amtsgericht Dortmund, HRB 92 12. Sie ist zur Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft berechtigt und verpflichtet.

Marco Morocutti

(Geschäftsführer)

Gesellschafterversammlung

für die **Stadt Kamen** ist in der Gesellschafterversammlung vertreten:

Reiner Brüggemann

(Verwaltung)

Unternehmensergebnis 2013 – Erfüllung des Gesellschaftszwecks

Bilanz

Aktivseite	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	38.169,00	57	76
II. Sachanlagen	261.736,00	348	399
III. Finanzanlagen	26.189,23	26	26
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	16.447,30	15	5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	197.026,10	223	221
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	618.904,55	498	489
C. Rechnungsabgrenzungsposten	981,04	1	1
	1.159.453,22	1.168	1.217
Passivseite	31.12.2013 €	2012 €	2011 T€
A. Eigenkapital			
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	250.000,00	250	250
II. Rücklagen	43.132,00	43	43
B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile	26.189,23	26	26
C. Rückstellungen	155.708,00	112	122
D. Verbindlichkeiten	684.423,99	737	776
	1.159.453,22	1.168	1.217

Gewinn- und Verlustrechnung

	31.12.2013 €	2012 T€	2011 T€
1. Umsatzerlöse	2.175.562,13	1.970	1.804
2. sonstige betriebliche Erträge	81.697,48	81	72
3. Aufwendungen aus Kostenerstattungen an die Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Unna e.V.	609.054,93	662	621
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	70.330,24	58	47
b) soziale Abgaben	14.280,22	13	11
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	113.404,99	113	96
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	934.373,45	882	851
7. Zinsen und ähnliche Erträge	907,41	3	4
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	19.840,92	29	43
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	496.882,27	297	211
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	96.370,80	50	36
11. Jahresüberschuss	440.511,47	246	175
12. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	440.511,47	246	175
13. Bilanzgewinn	0,00	0	0

Kennzahlen in %	31.12.2013	2012	2011
1. Ertragslage			
- Eigenkapitalrentabilität ((Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital)	136,6	84,1	59,6
2. Vermögensaufbau			
- Anlagenintensität ((Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen)	28,1	36,9	41,2
3. Anlagenfinanzierung			
- Anlagendeckung I ((Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen)	89,9	68,1	58,5
4. Kapitalausstattung			
- Eigenkapitalquote ((Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital)	25,3	25,1	24,1

Leistungsdaten Antenne Unna	2013	2012	2011
Umsatzerlöse in T€			
- Erlöse aus Rundfunkwerbung	2.143	1.919	1.763
- Erlöse aus Spotproduktion	24	36	34
- Interneterlöse	9	15	7

Lagebericht - Kurzdarstellung wesentlicher Bestandteile der Jahresrechnung

Die Umsatzerlöse sind insgesamt im Vergleich zum Vorjahr um 206 T€ (10,5 %) gestiegen. Maßgeblich für diese Steigerung waren Verbesserungen in beinahe allen Umsatzkategorien. So verzeichneten die Erlöse aus der Verbundwerbung ein Plus von 96 T€ (20,5 %), die Sponsoringerlöse eine Zunahme von 54 T€ (43,2 %), die Erlöse radio NRW einen Anstieg von 45 T€ (7,2 %) und die lokalen Spoterlöse eine Erhöhung von 29 T€ (4,1 %).

Die Investitionen des Geschäftsjahres beliefen sich auf 9 T€ insbesondere für Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Abschreibungen betrugen 113 T€ im Geschäftsjahr.

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist zufriedenstellend. Barentnahmen von den Privatkonten der Gesellschafter in Höhe von 400 T€ wurden im August 2013 an die Gesellschafter entsprechend ihrer Beteiligungsquoten verteilt.

Der Jahresüberschuss ist von 246 T€ in 2012 auf 401 T€ in 2013 gestiegen. Die Verbesserung des Jahresergebnisses ist hauptsächlich verursacht durch den Anstieg der Umsatzerlöse um 206 T€.

Personalbestand

Anzahl der Mitarbeiter

3

Finanzwirtschaftliche Auswirkungen der Beteiligung

Die Stadt Kamen haftet bis zur Höhe ihrer Einlage von 6.181,33 €.

Gewinne oder Verluste der Gesellschaft werden entsprechend ihrer Anteile auf die Gesellschafter verteilt und verrechnet.

Die Kommanditisten sind bei einem entsprechenden Gesellschafterbeschluss verpflichtet, Gesellschafterdarlehen bis zu einer Gesamthöhe des achtfachen Betrages ihrer jeweiligen Kommanditeinlage zur Verfügung zu stellen. Solange eine Rückzahlung die Liquidität der Gesellschaft gefährdet, sind die Darlehen nur bei Austritt aus der Gesellschaft kündbar. Die geleisteten Darlehensbeträge werden auf einem für jeden Gesellschafter geführten Darlehenskonto gebucht (§ 6 Abs. 1 und 4 sowie § 8 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages).

Aufgrund des Gesellschafterbeschlusses vom 02. November 1998 waren die Darlehenskonto der Gesellschafter Ruhr-Nachrichten Verlag & Co. KG, Zeitungsverlag Westfalen GmbH & Co. KG, Graphische Betriebe F. W. Rubens GmbH & Co. KG und Westfälischer Anzeiger Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG zum 01. Dezember 1998 aufgelöst worden.

Die Darlehenskonto der Gesellschafter Kreis Unna, Gemeinde Holzwickede, Gemeinde Bönen, Stadt Schwerte, Stadt Bergkamen, Stadt Lünen, Stadt Kamen, Stadt Fröndenberg und Wirtschaftsbetriebe der Stadt Unna GmbH wurden im Geschäftsjahr 2011 in voller Höhe zurückgezahlt.

Die Privatkonto der Gesellschafter werden im Haben mit 5 % p. a. verzinst. Im Jahr 2013 sind Zinsen in Höhe von 356,56 € angefallen. Der Privatkonto stand der Stadt Kamen zum 31.12.2013 betrug 11.477,70 €.

Die vom Guthaben gezahlte Zinsabschlagsteuer sowie der Solidaritätszuschlag der Stadt Kamen für 2013 belaufen sich auf 6,13 €.

Ausblick

Im Geschäftsjahr 2013 lag die Gesamtausschüttung des Rahmenprogrammanbieters radio NRW an die Lokalstationen auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr. Da die Stundenreichweite von Antenne Unna mit 8,6 % im Vergleich zum Vorjahr (7,6 %) gestiegen ist, ist der Anteil von Antenne Unna an der Ausschüttung im Vergleich zum Vorjahr höher ausgefallen. Die schwierigen Rahmenbedingungen in der nationalen Radiovermarktung führen dazu, dass die Ergebnisprognose von radio NRW für das Geschäftsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr derzeit negativ ausfällt. Die Geschäftsführung von radio NRW strebt dennoch eine Stabilisierung der Ergebnisse auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2013 an. Wie sich die langfristige Perspektive in der nationalen Vermarktung insbesondere im Wettbewerb mit den öffentlich-rechtlichen Sendern darstellt, bleibt auch weiterhin unsicher. Die wirtschaftlichen Auswirkungen, die sich mittelfristig aus der Vergabe der derzeit durch die Landesanstalt für Medien ausgeschriebene Frequenzkette in NRW ergeben, lassen sich aus heutiger Sicht noch nicht hinreichend genau abschätzen.

Der Anteil von Antenne Unna an der Gesamtausschüttungssumme wird 2014 etwas niedriger sein als im Vorjahr, da laut E.M.A. 2014 I die für die Ausschüttung maßgebliche durchschnittliche Stundenreichweite von Antenne Unna auf 8,3 % gesunken ist.

Nach der über viele Jahre stetig positiven Umsatzentwicklung von Antenne Unna in der lokalen Hörfunkvermarktung zeichnet sich nun für das Geschäftsjahr 2014 erstmals ein leicht rückläufiger Trend ab. Dies ist aber vor allem auf Einzeleffekte insbesondere im Vergleich zum Geschäftsjahr 2013 zurückzuführen und lässt nicht auf eine generelle Trendwende schließen. Nach wie vor sind das Image und die Markenakzeptanz von Antenne Unna bei den lokalen Werbetreibenden als sehr gut zu bezeichnen.

Auf der Kostenseite sind 2014 nach derzeitigem Stand keine größeren Belastungen zu erwarten. Die Gesellschaft wird das Geschäftsjahr 2014 nach jetzigen Erkenntnissen wie bereits in den Vorjahren wieder mit einem Jahresüberschuss abschließen.

Der Wettbewerb des Rahmenprogrammanbieters radio NRW mit dem öffentlich-rechtlichen Hörfunk und die Situation in der nationalen Vermarktung, insbesondere in der Zielgruppe 14-49 Jahre, stellen derzeit für die Berichtsgesellschaft die größte wirtschaftliche Unsicherheit dar.

Rechtliche Gefährdungspotentiale sind aus heutiger Sicht für 2014 nicht erkennbar.